17°C

Zeitung für den Rest

Nummer 6, September 1993, DM 6

IM LAND DER SUPER-ARIER



To whom it may concern

In einem vierseitigen Flyer, den wir Ende 1990 dem Erscheinen der ersten Nummer der 17°C vorausschickten, schrieben wir: „Mit ‚Zeitung für den Rest' haben wir eine schon eher programmatische Unterzeile gewählt. Wir schreiben diese Zeitung ins Leere, in der Hoffnung, den verschwindend kleinen Rest der Linken zu treffen, der sich Deutschland kategorisch verweigert." Mehr als zweieinhalb Jahre nach der Nr. 1 ist das Interesse an dieser Zeitschrift beträchtlich gestiegen. Mit einem grafischen, typografischen und nun auch fotografischen Konzept, welches nach unserem Dafürhalten anspruchsvolle linksradikale Diskussionen, Thesen und Themen in einem Äußeren präsentiert, das sich von dem stilkonservativen Aneinanderschnipseln vormals autonomer Publikationen bewußt absetzt, Inhalt und Form versucht in einen Zusammenhang zu bringen, haben wir allem Anschein nach einen Teil jener erreicht, die wir Ende 1990 im „Zielgruppenvisier" hatten. Beim verständnislosen Betrachten der Rückseite der letzten Nummer und dem – wie wir von vielen hörten – vergeblichen Versuch, hinter den Sinn des dort plazierten Inhaltsverzeichnisses zu kommen, haben uns viele allerdings mehr grafischen Avantgardismus zugetraut, als wir für zumutbar halten. Ein schlichter Patzer beim Montieren der Druckvorlagen ist die Lösung dieses unbeabsichtigten Bilderrätsels.

Den „verschwindend kleinen Rest der Linken" anzusprechen, der sich nach der Annexion der DDR und dem Zusammenbruch des sogenannten realen Sozialismus überhaupt mit diesem Thema inhaltlich auseinandersetzte und darüber nicht zu den Schlüssen kam: a) der gesamtdeutsche „Sozialismus" wird kommen b) vielleicht doch etwas später c) Deutsche sind auch nicht schlimmer als die anderen d) aber auf jeden Fall lernfähig: wir können sie überreden, keinen „Minderwertigen" totzuschlagen, ist dennoch ein fast schizophrenes Unterfangen. Einerseits wissen wir, daß sowohl unser Bekanntheitsgrad vergrößert als auch der Vertrieb verbessert werden könnte, andererseits zeigt sich politisch, daß sich immer mehr von denen, die wir als potentielle Leserinnen und Leser vermuten, in wesentlichen Diskussionen von linksradikalen, antinationalistischen und antifaschistischen Positionen verabschieden, aus welchen kruden Gründen auch immer. Das letzte erschreckende Beispiel lieferte der was tun?-Kongreß der konkret Mitte Juni in Hamburg. Christoph Türcke, Hochschullehrer, konkret-Schreiber und Buchautor (u. a. schrieb er die Megaseller „Zum ideologiekritischen Potential der Theologie" – Konsequenzen einer materialistischen Paulus-Interpretation und „Heilige Hure Vernunft" – Luthers nachhaltiger Zauber), hielt auf dem Forum „Differenz und Reaktion" einen Redebeitrag, der in seinem ersten Teil „erklärte", warum es gerechtfertigt wäre, von „Rassen" zu sprechen und worin genau die Unterschiede zwischen ihnen lägen. Begriffe wie „Mentalität", „Temperament", „Begabung", „Charakter" im Zusammenhang mit „Rassen" und „Rassemerkmalen" (bei Türcke fehlen die Anführungen selbstverständlich) wurden hier – ganz TAZ-Tabubruch-Strategie – gebraucht und „gefüllt". Unter wütendem Protest einiger weniger (!) der ca. 600 BesucherINNEN und nachdem Ingrid Strobel den Saal – ebenfalls unter Protest – verlassen hatte, bestand die Mehrheit der ZuhörerINNEN – und das ist der eigentliche Skandal – auf Fortführung des Beitrages. Sie wurden im zweiten Teil dann auch bedient, indem Türcke eine „antikapitalistische" Kritik folgen ließ. Daß auf einem derartigen Kongreß ein Redebeitrag ideologische Versatzstücke und Begrifflichkeiten der Neuen Rechten (zu deren Kernaussagen

Impressum

Die 17°C erscheint vierteljährlich bundesweit im Eigenvertrieb.
Der Einzelverkaufspreis beträgt 6 DM.
Ein Abonnement kostet 25 DM inklusive Versandkosten und beinhaltet die Lieferung von 4 Nummern. Es verlängert sich nicht automatisch.
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom März 1993.
V.i.S.d.P.: V. Schmidt

Kontaktadresse:
Redaktion 17°C
c/o Buchhandlung im Schanzenviertel
Schulterblatt 55
2000 Hamburg 36

Bankverbindung:
V. Schmidt
Sonderkonto
Konto-Nr. 713990-200
Postgiroamt Hamburg
BLZ 200 100 20

Bezahlung von Abos, Anzeigen und Einzelbestellungen bitte per Scheck, in bar, Briefmarken oder per Überweisung.

Redaktionsschluß für Nr. 7: 22. 10. 1993
Anzeigenschluß: 12. 11. 1993

Manuskripte, die an uns geschickt werden, machen viel Arbeit bis sie druckreif verarbeitet sind. Wir bitten bei der Zusendung von Artikeln folgendes zu beachten:
Bei Schreibmaschinentexten bitte maximal 2/3 der Papierbreite ausnutzen und eineinhalb Zeilen Zeilenabstand einhalten.
Wer einen Computer benutzt, schickt bitte – unter Angabe des Textverarbeitungsprogramms – eine 3,5-Zoll-Diskette und legt einen Druckerauszug bei, auf dem Zwischentitel, Zitate u. ä. gekennzeichnet sind. Auch 5,25-Zoll-Disketten können verarbeitet werden. Die Texterfassung bzw. -bearbeitung wird uns so erheblich erleichtert.

vielen Dank, die Red.

Titel: Michael Kottmeier
Rückseite: Hinrich Schultze

natürlich eine vorgebliche Kapitalismuskritik gehört) kundtun kann und der Veranstalter in Person Hermann L. Gremlizas dieses mit der Feststellung kommentiert, er könne zu diesem Zeitpunkt nichts zu dem Beitrag sagen, da er diesen vorher nicht einsehen konnte, läßt für die Zukunft nichts Gutes ahnen. Wir drucken den Türcke-Beitrag in der 17°C nicht ab, für uns ist es weder eine Frage innerlinker Toleranz noch eine Frage tabubrechender, bewußtseinserweiternder Diskussionskultur, Positionen zu Publizität zu verhelfen, über die Alain de Benoist und ähnliches Pack höchst erfreut sein dürften. Wir verstehen aber die ersten drei Artikel dieser Ausgabe, insbesondere „Kulturalismus" und den Beitrag von Bettina Höltje als direkte Antwort auf Christoph Türcke und seine große Anhängerschar auf dem konkret-Kongreß. Der Beitrag von Bettina Höltje wurde als Mitschrift ihrer unmittelbaren Antwort auf dem Abschlußforum des Kongresses bereits in der August-konkret veröffentlicht. Überarbeitet und mit einem ausführlichen Nachwort versehen, erfüllt er hier nicht die Funktion einer schmückenden kritischen Begleitung des „Rasse-Exkurses" Christoph Türckes.
Seitdem es die Zeitschrift 17°C gibt, beschäftigen zwei Fragen einen Teil der sie kennenden: was hat der Name zu bedeuten und vor allem: wer verbirgt sich dahinter?
Während die erste Frage zwar berechtigt aber nicht „hot" ist, hat die zweite eine eigentümliche Dynamik angenommen. Wobei wiederum nicht die Frage an sich, sondern die von SzenekriminalistINNen gegebenen Antworten und/oder Vermutungen das Kuriosum darstellt. Wurde uns zunächst angedichtet, das neue Projekt Oliver Tolmeins nach dessen Ausscheiden aus der konkret-Redaktion zu sein, meinten einige Schlauberger dann, wir wären ein Splitprojekt der damals so hoffnungsvoll initiierten Radikalen Linken. Immer wieder begegnen wir auch der Verschwörungstheorie, wir würden die Nachfolge des „Antifaschistischen Büdnisses Hamburg" darstellen, einer Gruppe, die von Anfang bis Ende der Achtziger einen nicht unerheblichen Anteil an den Theorie- und Praxisdiskussionen der autonomen antifaschistischen Szene hatte und sich 1989 auflöste. Die Spekulationen und Mythen, die sich um diese Gruppe ranken (die sich als Antwort auf Kritik des Blinden-Hau-Drauf-Aktionismus' selbstironisierend bisweilen als „Combo" zu bezeichnen pflegte) werden gelegentlich auf dieses Zeitschriftenprojekt übertragen. Auch auf die Gefahr hin, einem kleinen Teil des rest-autonomen Spektrums die Möglichkeit der Kneipenspekulationsgespräche zu beschneiden, hier ein weiterer Auszug aus der 17°C Nr. 1: „‚Wir' sind ein Häufchen versprengter Einzelpersonen aus ziemlich verschiedenen Ecken der ehemaligen radikalen Linken. Verschieden in dem doppelten Sinne, daß wir unterschiedliche Geschichten, Ansätze, Haßlieben usw. haben und daß die meisten Gruppen, in denen wir diese entwickelt haben, inzwischen verschieden sind. Wir sind der Diskussionszusammenhang ‚Redaktion 17°C'."
Weiter schrieben wir damals in unserem Vorwort unter der Überschrift „Laßt alle Hoffnung fahren": „(...) Fest steht für uns nur, daß der Weg der Linken in das gegenwärtige Debakel der Untersuchung und die inhaltlichen Positionen der Linken radikaler Kritik bedürfen. (...) Unser Ziel ist die Auseinandersetzung über das ‚Ob' und ‚Wie' der Perspektiven und Möglichkeiten radikaler, außerparlamentarischer, vielleicht sogar revolutionärer Politik in Deutschland. An diesem Anspruch hat sich nichts geändert. Die ausführliche Berichterstattung und Diskussion über die „Etwas besseres als die Nation"-Tour und die Zukunft der Wohlfahrtsausschüsse ist sein aktueller Ausdruck.

die Redaktion

En sefil varoluş, ailesin yüz karası ve toplumun cürufu olma hakkından yoksun insanınkidir

(Karl Kraus)

Die Reaktionen auf die Prozesse, die sich im Anschluß an die Anschläge von Solingen entfalteten, zeugen von der Unkenntnis der Lebenswelt und der alltäglichen Kämpfe der Menschen, die im Bewußtsein und der Praxis dieser Gesellschaft Ausgrenzung und Sondergesetzen ausgesetzt und unterworfen sind: Die MigrantInnen, ihre Töchter und Söhne.

Aus einem lebensweltlichen Zugang über Interviews mit Jugendlichen, deren Eltern oder Großeltern MigrantInnen aus der Türkei (ein bedeutender Teil auch aus Kurdistan) waren, entstand die folgende Analyse ihrer alltäglichen Erfahrungen in der BRD und ihrer Träume und Vorstellungen über die Türkei. Der vorliegende Aufsatz ist der Versuch einer analytischen Zusammenfassung und einer vorsichtigen Annäherung an die Strukturen ihrer Lebenswelt.

Wohlfahrtsstaatlicher Kapitalismus und individuelle Freiheit

Die Jugendlichen sehen in der BRD zunächst ein Land, welches durch einen rechtlich abgesicherten Zusammenhang von Arbeit und Freizeit gekennzeichnet ist. Arbeit wird über Leistung entlohnt und existentielle Risiken werden über Sozialversicherungen abgefedert. Die Klassenunterschiede sind relativ ausgeglichen und es gibt einen Raum für individuelle Freiheit.

Sie verweisen auf ein Bild der BRD, welches den Konzeptionen moderner kapitalistischer Gesellschaften entspricht. Im Mittelpunkt steht das wohlfahrtsstaatliche Modell, welches sich seit dem zweiten Weltkrieg unter amerikanischer Vorherrschaft in den entwickelten kapitalistischen Ländern etablieren konnte[1]. Zwei Bereiche sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung: Zum einen die Veränderung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, zum anderen die veränderte Stellung des Nationalstaates durch die Verstärkung der Weltmarktkonkurrenz[2]. Die internationale Produktion und Arbeitsteilung schränkte die Autonomie der nationalen Politiken immer weiter ein, d.h. im Zwang zur Modernisierung, um konkurrenzfähig zu bleiben, schlug der Weltmarkt innergesellschaftlich durch. Dies führte dazu, daß durch staatliche Interventionen die Folgen der Verallgemeinerung der Lohnarbeit und damit auch die Verallgemeinerung ihrer Risiken sowie der Rückgang traditioneller sozialer Zusammenhänge mit einer systematischen Gesellschaftspolitik verringert werden mußten[3]. Die Sondergesetzgebung für MigrantInnen ist Teil dieser systematischen Gesellschaftspolitik. Staatlich organisierte und garantierte soziale Absicherungen haben gleichzeitig den Vorteil, daß sie den Massenkonsum absichern[4]. Dadurch hat sich die soziale „Identität der Klassen"[5] aufgelöst und die Klassenstruktur scheinbar homogenisiert. Die Entlohnung nach individueller Leistung bildet die Grundlage der Leistungsideologie[6] und dem individuellen Glücksversprechen, welches diese Produktionsweise den Menschen macht. Freiheit meint dann zunächst die Freiheit des Konsums.

Der disziplinierte Arbeiter

Gleichzeitig sehen die Jugendlichen aber auch, daß der Einzelne in dieser Gesellschaft der Ordnung und dem Zwang unterworfen ist, in deren Mittelpunkt die Arbeit steht.

Sie verweisen auf die Fabrikdisziplin[7], der die Menschen unterworfen sind und die sie zu disziplinierten ArbeiterInnen macht. Nicht ohne Grund wurden die MigrantInnen der ersten Generation, als sie in die BRD kamen, in Lagern und Heimen untergebracht, mit Hausordnungen, die ihren Alltag dem Primat der Arbeit unterwarfen[8]. So zieht sich eine leistungsorientierte Zweckrationalität durch weite Teile der Gesellschaft. Der Einzelne steht nun vor der Aufgabe, beide, den disziplinierten Arbeiter und den genußfähigen Konsumenten in sich selbst zu integrieren[9].

Selbstsicherheit und Beziehungslosigkeit des Individuums

In den Vorstellungen der Jugendlichen von der BRD und der Türkei spielen der Einzelne und die Gemeinschaft eine zentrale Rolle.

Den Einzelnen beschreiben die Jugendlichen als auf sich selbst zurückgeworfen und unfähig, menschliche Beziehungen einzugehen. Selbständigkeit und Selbstsicherheit erscheinen als die Kehrseite von Egoismus, Verantwortungslosigkeit und Unsicherheit.

Das Zentrum bildet das „Ich", um das sich alles dreht. „Diagnostiziert wird die Herausbildung eines ‚narzistischen Charakters', dem seine historisch-gesellschaftliche Dimension abhanden gekommen ist, der innerer Leere und Beziehungsarmut verfällt, zwischen Allmachts- und Ohnmachtsphantasien schwankt und sich in individuelle Selbstdarstellungsmanöver flüchtet."[10] Das Bild der Jugendlichen, die in der BRD leben, von der Türkei ist der emotionale Gegenpol einer durch Zweckrationalität und Beziehungslosigkeit bestimmten Welt und der Gebrauch des Symbols der türkischen Fahne bildet gerade jenes Selbstdarstellungsmanöver. Daß sich allerdings die Nationalflagge kaum als Symbol des antirassistischen Kampfes eignet, da sie selbst in konkreten Macht- und Unterdrückungskonstellationen Bedeutung trägt, scheint in der heutigen zugespitzten Situation bei vielen nicht mehr wahrgenommen zu werden.

Gemeinschaft und Kontrolle

Die Jugendlichen sehen den Einzelnen aber auch dem Druck und der Kontrolle der Gemeinschaft und der Familie unterworfen. Das gibt dem Einzelnen auf der einen Seite Sicherheit, Vertrauen und Orientierung, was für sie vorallem in der Fremde wichtig ist, auf der anderen Seite bleibt wenig Raum für das Individuum. Der Vater ist die Instanz in der Familie, der die Traditionen und Normen verkörpert.

Die Jugendlichen verweisen hier auf eine historisch vorgegebene Sozialform und -bindung „im Sinne traditionaler Herrschafts-und Versorgungszusammenhänge"[11], die traditionale Sicherheit bietet „im Hinblick auf Handlungswissen, Glauben und leitende Normen"[12] und die soziale Einbindung garantiert.

Auflösung der Gemeinschaft

Doch, so die Jugendlichen, die Familien lösen sich auf und dienen immer weniger der Orientierung, weil sie nicht mehr den Anforderungen der heutigen Gesellschaft entsprechen. Die Distanz zum Vater ist entscheidend für die Heftigkeit der daraus resultierenden Konflikte. Für die Jugendlichen bedeutet dies Angst, Orientierungslosigkeit und Anpassungsschwierigkeiten.

Damit verweisen sie auf eine weitere Komponente der Modernisierung und sprechen die Momente einer dreifachen „Individualisierung"[13] an: Die Herauslösung aus den historisch vorgegebenen Sozialformen, der Verlust von

traditionalen Sicherheiten und einer neuen Art der sozialen Einbindung, die letztendlich die „Individualisierung" wieder aufhebt[14]. Damit überschneiden sich bei den Jugendlichen zwei Dimensionen, eine historisch-gesellschaftliche, die die Bedingungen der „Individualisierung" in den „objektiven" Lebenslagen faßt[15] und eine das subjektive Bewußtsein umfassende Dimension[16].

Die territoriale Sexualität

Sie sehen die traditionale Gesellschaft bestimmt durch das Verhältnis der Geschlechter. Männer und Frauen leben in getrennten Gesellschaftsbereichen, wobei die Frau sich dem Mann unterordnet.

Mernissi weist daraufhin, daß in der islamischen Welt die Sexualität territorial ist, „d.h. die Sexualität wird reguliert, indem der Raum strikt nach Geschlechtern aufgeteilt und den Teil-Räumen jeweils eine geschlechtsspezifische Bedeutung zugeschrieben wird". „Die Aufteilung des sozialen Raums in einen häuslichen und einen öffentlichen Bereich ist Ausdruck von Hierarchie-und Machtverhältnissen". Folgen wir Mernissi, so ist der öffentliche Raum des Mannes auf „Vergemeinschaftung" angelegt. „Die demokratische Gemeinschaft vereinigt ihre Mitglieder im gemeinsamen Glauben an ein Ideengebäude, an komplexe Vorstellungen, und sie dient dazu, Integration und Zusammenhalt aller Mitglieder zu gewährleisten. Sie alle sind mit der Einheit stiftenden Aufgabe betraut, den Islam zu wahren und zu ehren". Dagegen sind im häuslichen Bereich die Beziehungen vom Konflikt bestimmt, da die Mitglieder als Geschlechtswesen definiert sind. So beruht ihre Identität „auf ihren Geschlechtsteilen und nicht auf ihrer Religionszugehörigkeit. Also bildet die häusliche Lebenswelt keine Einheit, sondern ist gespalten". Die Existenz der Frau „außerhalb dieses Bereichs ist nichts anderes als eine Anomalie, eine Grenzüberschreitung". Die Konsequenz ist, so Mernissi, daß die Geschlechtertrennung verstärkt „was sie angeblich verhindern soll – die Sexualisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen".

„Christliche" und „islamische" Konzeptionen der Sexualität

Die Jugendlichen kennzeichnen das Frauenbild durch eine „unbändige" Sexualität, die erst durch Tabus und Normen dem Mann unterworfen wird. Solange die Gesellschaft in der Lage ist, diese Tabus durchzusetzen, bleibt der Zugriff auf die Sexualität der Frau auf die Ehe begrenzt. Auch die Sexualität der Männer ist durch „Unbändigkeit" gekennzeichnet. Ihre Sexualität wird aber nicht kontrolliert. Die männlichen Jugendlichen sind durch traditionelle Strukturen privilegiert und an der Figur des Patriarchen orientiert, der diejenigen schützt, die sich ihm unterworfen haben und der für sie Verantwortung übernimmt. Er ist der sorgende Verteidiger der Gemeinschaft.

Mernissi weist darauf hin, daß die Konzeptionen der Sexualität im Islam und der christlich-westlichen Welt grundsätzlich verschieden sind. Während die christliche Vorstellung zwischen den Extremen Gut und Böse, Körper und Geist, Trieb und Vernunft verfangen ist, hat diese Dichotomie in der islamischen Vorstellung einen anderen Charakter. Diese Kategorien bilden sich dort erst, wenn der Mensch in seinen Beziehungen zu anderen Menschen betrachtet wird. Gut und Böse werden in den Kategorien Nutzen und Schaden für die gesellschaftliche Ordnung gefaßt. Nicht die „Triebe" selbst sind gut oder böse, sondern ihr gesellschaftlicher Gebrauch. Gesetzgebung ist dann die Festlegung dessen, was nützt und was schadet. Mernissi unterteilt Gesellschaften in diejenigen, die sexuelle Verbote verinnerlichen und diejenigen, die äußerliche Vorsichtsmaßnahmen treffen, weil es ihnen nicht gelingt, ihre Mitglieder zur Verinnerlichung sexueller Verbote zu bewegen. Der wesentliche Punkt, an dem sich solche Gesellschaften unterscheiden, ist, so Mernissi, die Vorstellung von der Sexualität der Frau. Während bei Freud die Frau ihre Agressionen nach innen richtet und damit als sexuell passiv gesehen wird, ist die Aggressivität „der moslemischen, sexuell aktiven Frau, als eine nach außen gekehrte gedacht" Sie ist in dieser Vorstellung „Fitna", „die Inkarnation der antigesellschaftlichen und antigöttlichen Kräfte des Universums". So entsteht Gesellschaft im Islam durch die Bekämpfung der Frau, während im christlich gepägten Westen die Sexualität selbst bekämpft wird, da sie als tierisch und antizivilisatorisch gilt. Kultur entsteht im Islam durch die sexuelle Befriedigung, während im „Freudschen Verständnis (...) Kultur im Krieg gegen die Sexualität" entsteht. Wenn wir dieser Konzeption von Sexualität im Islam folgen, sehen wir in den Vorstellungen der Jugendlichen über die Rolle der Geschlechter eine säkularisierte Form. Für die Unterwerfung der weiblichen Sexualität gilt dann: „Die Organisation des gesellschaftlichen Lebens im Islam, insbesondere auf der Ebene der Familie und ihrer Gesetze, kann als Angriff auf die destruktive Macht der weiblichen Sexualität und gleichermaßen als Schutz vor ihr betrachtet werden". Während für die männliche Sexualität gilt: „Wenn es stimmt, daß Promiskuität und Permissivität die Barbarei kennzeichnen, dann ist nur die weibliche Sexualität durch den Islam zivilisiert worden; denn die männliche ist promiskuitiv (...) und permissiv". Für die Jugendlichen



widersprechen diese Rollenerwartungen der gesellschaftlichen Praxis in der BRD. Sie stellen fest, daß in einer anonymisierten Gesellschaft der Grad der Kontrolle abnimmt und Normen leichter durchbrochen werden können. Das Aufbrechen von Tabus bedeutet für die Frau Befreiung und Veränderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation.

Auch die Männerrolle verändert sich. Die Jugendlichen grenzen sich von der Figur des Vaters ab. Die Männerrolle ist zwar gekennzeichnet durch Symbole äußerer Macht, durch Stärke, Freiheit, Ungebundenheit und Vergnügen, also im Sinne von Mernissi promiskuitiv und permissiv, aber auf der anderen Seite äußert sich dies in der Praxis dieser Gesellschaft als Machtlosigkeit und als Minderwertigkeitsgefühle. Das Verhältnis der Geschlechter wandelt sich auf der Grundlage einer säkularisierten islamischen Konzeption von Sexualität. Dies zeigt sich auch in den Konflikten innerhalb gemischtgeschlechtlicher Gruppen. Diese Gruppen sind zunächst Ausdruck einer neuen eigenständigen Phase der „Jugend", die eine Erscheinung modernerer Gesellschaften ist. Die weiblichen Jugendlichen integrieren sich auf der einen Seite in diese Gruppen, auf der anderen Seite müssen sie dem traditionellen Frauenbild entsprechen. Damit sind die weiblichen Jugendlichen in ihrem Alltag am heftigsten Konflikten ausgesetzt.

Die Position in der Klassengesellschaft

Der Grund für die Eltern der Jugendlichen in die BRD zu kommen, war die Verbesserung der materiellen Situation für sich selbst und ihre Familie. Gleichzeitig war dies ein Übergang von ländlichen zu industriell bestimmten Lebensformen. Für diesen „Materialismus" werden sie von den Jugendlichen kritisiert und somit ist die Lebensperspektive der Eltern, ihren Kindern eine bessere Zukunft zu bieten, in Frage gestellt. Die Distanz der Jugendlichen zu ihren Eltern wird größer, und die Eltern haben Angst vor dem Verlust ihrer Kinder. Ihr Alltag ist immer deutlicher bestimmt durch das Spannungsverhältnis von deutscher Öffentlichkeit und der Privatheit der türkischen Familie, wahrgenommen als Widerspruch von Rationalität und Emotionalität.

Sie kennzeichnen sich als eine sehr dynamische Gruppe, die darum bemüht ist, ihre eigenen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen zu verbessern. Sie sehen, daß es Ausbildungsplätze und Arbeit gibt, die ihnen relativ gute Lebensbedingungen versprechen, aber gleichzeitig bleibt ihnen eine höhere Ausbildung verschlossen. Während ein Teil von ihnen qualifiziertere Berufe erreicht, wird ein anderer Teil in Randbereiche der Gesellschaft gedrängt. Die alltägliche Erfahrung des Scheiterns bildet die Kehrseite des Aufstiegs.

In der Ausdifferenzierung ihrer sozialen Lage unterscheiden sie sich zunächst nicht von der als deutsch definierten Bevölkerung. Wenn die Klassenbildung eines der Kennzeichen der bürgerlichen Gesellschaft ist, sind sie in diesem Sinne Mitglieder dieser bürgerlichen Gesellschaft.

Institutioneller und informeller Rassismus

Andererseits, so die Jugendlichen, sind sie vom größten Teil der Bürgerrechte ausgeschlossen, weil sie als „Ausländer" definiert werden. In der Arbeits- und Ausbildungswahl, sowie den Bildungschancen sind sie eingeschränkt und somit auch in den Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs. Vorallem auf dem Arbeitsmarkt hat sich seit der Annexion der DDR ihre Situation verschlechtert. Sie erleben die deutsche Gesellschaft als feindlich, denn ihr Alltag ist bestimmt durch Rassismus, der bis zu körperlichen Angriffen geht und sie in ihrer Bewegungsfreiheit einschränkt. Vorurteile und Abschottung der Deutschen sowie die deutsche Geschichte machen es ihnen schwer.

So gleichen ihre Alltagserfahrungen den Definitionen von Rassismus, wie sie Castles definiert: „Von einem institutionellen Rassismus sprechen wir dann, wenn eine herrschende Gruppe Strukturen (wie Gesetze, politische Strategien oder administrative Praktiken) entwickeln, mittels derer die beherrschte Gruppe ausgeschlossen oder diskriminiert wird; von einem informellen Rassismus, wenn Mitglieder der dominierenden ethnischen Gruppe in Alltagsbeziehungen Vorurteile oder diskriminierende Praktiken gegenüber Minderheitengruppen entwickeln, die aufgrund von physischen oder kulturellen Merkmalen abgegrenzt werden". Gegenüber anderen Staaten, in denen die Staatsbürgerschaft auf dem Territorialprinzip beruht, ist in Deutschland die Staatsbürgerschaft an das Bluts- oder Herkunftsprinzip gebunden. „Ausländer können Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft, nicht aber des Staates oder der Nation werden". Sie sehen sich also einer deutschen Öffentlichkeit gegenüber, die sie in wesentlichen Bereichen diskriminiert und ausschließt.

Die Reflexion der eigenen Position

Heute sehen Teile der Jugendlichen das kritiklose Aufgehen und Anpassen an die deutsche Gesellschaft als negativ, da es die realen Verhältnisse nicht zulassen. Für einen anderen Teil der Jugendlichen war die Abgrenzung gegenüber der deutschen Gesellschaft schon seit ihrer Kindheit bestimmend. So erfolgt die Abgrenzung zum einen durch den Bezug auf die Normen und Werte ihrer Eltern, zum anderen durch den Zusammenschluß mit Gleichaltrigen in soziale Gruppen, in denen sich die Jugendlichen zur deutschen Gesellschaft wie auch zur türkischen Familie distanziert verhalten. Dabei scheint die Abgrenzung gegenüber den Eltern bei den Mädchen deutlicher hervorzutreten. Aber alle fühlen sich weder von den Menschen aus der BRD noch aus der Türkei verstanden. Die Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft und die Abgrenzung der Jugendlichen bedingen sich. Für sie bleiben drei Möglichkeiten:

Sie schlagen sich auf die Seite der „Mehrheits"gesellschaft und festigen ihre Position als Aufsteiger im Kampf gegen ihre Vergangenheit und diejenigen die ihre Position unterminieren. Da der Aufstieg und das Glücksversprechen dieses Gesellschaftssystems nur auf das Indi-

viduum abzielt, heißt dies Konkurrenz gegen alle anderen.

Für diejenigen, die im Konkurrenzkampf der Individuen unterliegen, bleibt der Rückgriff auf die Gemeinschaft und die Normen und Wertevorstellungen ihrer Eltern, wobei der islamische Fundamentalismus und der türkische Nationalismus oder Faschismus eine Gemeinschaftsideologie bereithalten, die die Widersprüchlichkeiten der Moderne durch Identitätsbildung scheinbar auflösen. So ist das kollektive Glücksversprechen des Nationalismus, des Faschismus und des Fundamentalismus das dialektische Gegenstück des individuellen Glücksversprechen kapitalistischer Formationen.

Wenn es progressive Prozesse geben sollte, so dürfte dies für diejenigen Jugendlichen gelten, die distanziert sind zu beiden, d.h. zur Mehrheitsgesellschaft und zu ihren Familien. Die Jugendlichen wollen in ihrem ‚Anders sein' anerkannt werden und schaffen sich eine eigene Kultur, die eine kritische Distanz zu beiden Gesellschaften wahrt. Freundschaften und Beziehungen zu Gleichaltrigen dienen der Orientierung. Selbständigkeit und die Fähigkeit eigene Entscheidungen zu treffen, betrachten sie neben der Mehrsprachigkeit und der Möglichkeit ohne Zwang Dinge zu lernen und offen mit Gesellschaft und Kultur umzugehen als sehr wichtig. Sie empfinden sich als offene Gruppe, die in der Lage ist, die Deutschen differenziert wahrzunehmen und die eine Kommunikation mit ihnen anstrebt. Ihre eigene Zukunft sehen sie als offen an. Sie befindet sich zwischen den Polen des Aufstiegs und des Scheiterns. Sie folgen einer Konzeption der Moderne, die dadurch gekennzeichnet ist, daß die soziale Existenz selbst experimentell wird. „Offen ist die moderne Persönlichkeit selbst. (...) Sie erträgt die Differenz und den Konflikt als Normalfall. Gerade dadurch bewahrt sie ihre Identität und die Orientierung in einer widerspruchsvollen Welt". Der Ausschluß aus der Mehrheitsgesellschaft führt nicht quasi automatisch zum Rückgriff auf das, was in der Literatur als „Ethnizität" beschrieben wird. Allerdings entwickeln die Jugendlichen eine Praxis, die gegen die herrschenden Verhältnisse, welches von Deutschen dominierte Verhältnisse sind, gerichtet ist.

Schlußbemerkung

Das Streben von Jugendlichen nach Identität, hinter dem der Wunsch nach Auflösung der Widersprüche der Moderne zu stehen scheint, äußert sich als Affirmation des gesellschaftlichen Zustandes. Es ist im Falle der fundamentalistischen Identitätsbildung der Wunsch nach der Wiederkehr einer aufgelösten Gemeinschaft und Hierarchie, dem Wunsch eines identischen „Seins" mit einer nicht mehr rückholbaren Vergangenheit in der Gegenwart. Im Falle der integrativen Identitätsbildung scheint es der Wunsch nach dem identischen „Sein" mit der Mehrheitsgesellschaft, eigentlich mit dem „konsumfreudigen Citoyen", einer Zukunft, die sich aufgrund der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen als illusorisch erweist.

Diejenigen, die darauf verzichten, die Widersprüchlichkeit ihrer Lebensverhältnisse durch Identitätsbildung zu verschleiern, bilden den Kern einer gesellschaftlichen Bewegung, die über die bestehenden Verhältnisse hinausweisen. In der aktuellen Entwicklung, welche unter dem Primat der nationalen Identitätsbildung steht, ist zu sehen, daß die Polarisierung voranschreitet und der gesellschaftliche Raum für das Leben der eigenen Widersprüchlichkeiten und für das Schaffen einer anderen Kultur immer enger wird.

[1] *Habermas, a.a.O., S.310/Hirsch/Roth, a.a.O., S.46*
[2] *Hirsch/Roth, a.a.O., S.64*
[3] *Ebd., a.a.O., S.65*
[4] *Ebd., a.a.O., S.67*
[5] *Habermas, a.a.O., S.310/Hirsch/Roth, a.a.O., S.51*
[6] *Habermas, a.a.O., S.322*
[7] *Marx, Karl, Das Kapital, Bd.1, Berlin 1982, S.508*
[8] *siehe: Beobachtung 20, Beobachtung 11A-C*
[9] *Hirsch/Roth, a.a.O., S.61*
[10] *Ders., a.a.O., S.61*
[11] *Beck, Ulrich, Risikogesellschaft, Frankfurt a.M. 1986, S.206*
[12] *Ebd., a.a.O., S.206*
[13] *Ebd., a.a.O., S.206*
[14] *Ebd., a.a.O., S.206*
[15] *Marx, a.a.O., S.513/514*
Beck, a.a.O., S.207
Mernissi, Fatima, Geschlecht, Ideologie, Islam, München 1989
Ebd., a.a.O., S.153
Ebd., a.a.O., S.155
Ebd., a.a.O., S.156
Ebd., a.a.O., S.156
Ebd., a.a.O., S.156
Ebd., a.a.O., S.157
Ebd., a.a.O., S.7/8
Ebd., a.a.O., S.11
Ebd., a.a.O., S.26
Ebd., a.a.O., S.26
Ebd., a.a.O., S.29
Ebd., a.a.O., S.30
Ebd., a.a.O., S.31
Ebd., a.a.O., S.33
Ebd., a.a.O., S.33
Castles, Stephen, Weltweite Arbeitsmigration, Neorassismus und der Niedergang des Nationalstaats, in: Bielefeld, Uli (Hrsg.), Das Eigene und das Fremde, Hamburg 1991, S.148
Ebd., a.a.O., S.145
Ebd., a.a.O., S.140
Ebd., a.a.O., S.144/145
Ebd., a.a.O., S.145
Meyer, Thomas, Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne, Hamburg 1989, S.98/99
Meyer, a.a.O., S.33
Castles, a.a.O., S.148

Kulturalismus: demokratischer Rassismus

FOTOS: CORDULA KROPKE

KULTURALISMUS IST EIN BEGRIFF, DER OFT ZUNÄCHST AUF UNVERSTÄNDNIS STÖSST UND ERST DANN BILDER AUSLÖST, WENN ER MIT ‚RASSISMUS' ÜBERSETZT WIRD. JEDOCH SIND DIESE BILDER NUR BEDINGT VERGLEICHBAR. DER KULTURALISMUS BEHAUPTET NICHT DIE EXISTENZ BIOLOGISCHER RASSEN, DIE AUF NATÜRLICHE WEISE UNTEREINANDER HIERARCHISIERT SEIEN, VIELMEHR GEHT ER VON „KULTUREN" AUS, DIE GÄNZLICH VERSCHIEDEN, ABER EINANDER GLEICHWERTIG SEIEN. ER IST KEINE GESCHLOSSENE WISSENSCHAFTLICHE LEHRE WIE DER BIOLOGISCHE RASSISMUS, SONDERN BILDET ALS SOZIALE PRAXIS EIN FELD, IN DEM SICH ALLTAGSDENKEN, WISSENSCHAFTLICHE DISKURSE, MULTIKULTURELLE PÄDAGOGIK UND SOZIALSTRATEGIEN ÜBERSCHNEIDEN. SEIN MARKENZEICHEN IST DIE ‚AUSLÄNDERFREUNDLICHKEIT'.

Im folgenden soll nach einer Bemerkung zum politischen Stellenwert des Kulturalismus ein Überblick über typische Denkmuster gegeben werden, gefolgt von einem Exkurs zum ideologiegeschichtlichen Hintergrund des Kulturkonzepts und seiner Verwendung sowie einer abschließenden kurzen Darstellung der Zuspitzung des rassistischen Denkmusters in der Auslese von Lebens(un)wert.

Ein Rassismus empfiehlt sich als Anti-Rassismus

Es gibt nicht *den* Rassismus – es gibt verschiedene. Rassismus als Ausgrenzungspraxis kann ebensowenig wie Faschismus nach einer historisch bekannten Form definiert werden. Das Ausschauhalten nach Bildern, die denen ‚von früher' gleichen, läuft Gefahr, die aktuellen Einfallstore nicht zu erkennen oder unterzubewerten. Dies ist ganz besonders der Fall in Bezug auf den humanitären Kulturalismus, der ja gerade in Abgrenzung vom braunen Terror seine Glaubwürdigkeit gewonnen hat. Als Pädagogik will er der Gewalt vorbeugen, indem er durch Aufklärung über die Kultur der anderen gegenseitiges Verstehen fördern möchte. Als Sozialstrategie will er diejenigen trennen, die sich qua Kultur nicht vertragen.

Daß ‚Fremdenangst' eine menschlich-natürliche Grundtatsache sei und daß das Zusammentreffen verschiedener Kulturen unweigerlich zum Konflikt führen müsse, eben aufgrund ihrer wesensmäßigen Verschiedenheit, wird dabei als unbestreitbare Tatsache gewertet. Für den Kulturalismus sind nicht Rassen natürlich, jedoch rassistisches Verhalten. Dabei bringt er das Paradox fertig, rassistische Mechanismen als Anti-Rassismus erscheinen zu lassen.

Rassismus im ‚eigentlichen' Sinn wird Randgruppen zugeschrieben, womit im gleichen Atemzug das Bild der normalen deutschen Mehrheit als Ausländerfreunde etabliert wird. Gleich hier zeigt sich ein Grundmechanismus des Kulturalismus: er definiert Gruppen, um sich selbst als das Gegenteil zu definieren. Und auf die Selbstdefinition – nicht auf die der andern – kommt es dabei an, denn: Rassismus ist eine „Produktionsweise von Gemeinschaft" (1). ‚Die anderen' werden zur geschlossenen, in sich homogenen Gruppe erklärt, der ein dem eigenen Wesen völlig unvergleichbarer Charakter zugesprochen wird. Auf diese Weise können dann nicht nur Asylbewerber, sondern eben auch Faschisten vom gesunden Volkskörper abgespalten werden. Dies entweder, indem man sie als unaufgeklärt und primitiv, den Unterschichten zugehörig aufgibt oder sie als Entwurzelte pädagogischen Maßnahmen zuführt.

Der deutsche Ausländerfreund definiert auf kulturalistische Weise den Rassisten und bewirkt hiermit zugleich die Entsorgung der nationalsozialistischen Vergangenheit. In Verteidigung der multikulturellen Gesellschaft wird dann z.B. erklärt, von welchen Vorurteilen die Linke Abschied zu nehmen habe:

„Ein zentrales Stereotyp ist die Büßer- oder Sühnehaltung. Danach – und das ist die Erinnerung an das Inferno von Auschwitz – haben Deutsche auf Dauer das Recht verwirkt, das Asylrecht zu begrenzen, Minderheiten die Regeln des täglichen Umgangs vorzuschreiben oder überhaupt Werte vorzugeben. Es sei angefügt, daß diese – im Anfang wichtige und unverzichtbare Haltung – von zahlreichen Ländern und Interessengruppen der Welt ausgenutzt und mißbraucht wird, unter anderem vom Staate Israel." (2)

Zum andern gebe es „Rechtsradikalismus überall auf der Welt" und deutsche Unternehmer sind „auch nicht übler als andere" (ebda). Da ist es dann auch nur konsequent, wenn die Magdeburger Lichterkette im Januar 1993 nur teilweise den Opfern von Hoyerswerda, Rostock und Mölln gewidmet war, dafür gleichzeitig mit Beethovens 9. Symphonie an die Bombennacht vor 50 Jahren erinnert wurde. Es bleibt klar, wer die Opfer waren und sind.

Gerade weil der Kulturalismus die unspektakulärste Form der heutigen Rassismen darstellt, da er mit den zentralen Werten der Demokratie – Toleranz gegenüber Minderheiten, Gleichheit in pluralistischer Verschiedenheit – einhergeht, kann er das Bild des sauberen Deutschen formen. Um gleich einem Mißverständnis vorzubeugen: ich werde hier nicht engagierte, humanitär denkende Menschen als verkappte Rassisten denunzieren, die ‚eigentlich' nichts anderes wollen als die Faschisten. Sie *wollen* etwas anderes. Mir geht es darum, zu zeigen, daß die subjektiv anti-rassistische Absicht eine rassistische Praxis hervorruft, und sei es nur dadurch, daß das Interesse bestimmter Gruppen im Staat, Zuwanderung zu reglementieren, zum eigenen gemacht wird. Bewertung und Sortierung in Gute und Böse sind die Voraussetzung dafür. Da solche Bewertungen aber ein immanenter Teil der Beschreibung von Kulturen sind, müssen sie nicht mehr als ‚gut' oder ‚böse' benannt werden, und so wandelt sich ‚rassische Minderwertigkeit' in ‚unaufhebbare kulturelle Differenz', die das gleiche Ziel erreicht: Etablierung einer deutschen Nationalgemeinschaft unter Ausschluß all derer, die dem behaupteten Standard des toleranten, gebildeten, leistungsfähigen Deutschen nicht entsprechen.

Vom Rassismus der Rassen grenzt sich der Kulturalismus ab, indem er statt von Minderwertigkeit und Ausschluß von Assimilation, Integration bzw. von Bewahrung der kulturellen Identität spricht, die ‚bei uns' leider meist nicht möglich sei. Er arbeitet sogar öfter mit positiver Zuschreibung bis hin zur Idealisierung anstelle offener Hetze. Er spricht nicht von Biologie, sondern wird getragen von soziologischen und pädagogischen Diskursen (3).

Diese Beschreibung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Kulturalismus unfähig ist, sich außer in der subjektiven Absicht von rechten bis faschistischen Positionen abzugrenzen, etwa in Bezug auf die sozialdarwinistische Variante der Gruppe um Daniel Cohn-Bendit oder vom „Ethnopluralismus" der Neuen Rechten, der im Unterschied zu den Terrorbanden der Straße ohne dezidierte Fremdenfeindlichkeit auskommt. Im Gegensatz zu denen jedoch, die die kulturelle Identität anderer schützen wollen, sollen hier die ‚Werte des Abendlandes' bewahrt und aus Europa eine Festung gegen die ‚heranbrandenden Fluten' aus dem Morgenland gemacht

werden. Kulturökologische und soziobiologische Diskurse binden die ‚Rettung des Abendlandes' an die Herausbildung einer Schicht Leistungsfähiger, die alles ‚Minderwertige' auch und gerade im eigenen Land ausschließen will.

Der Kulturalismus bietet allen diesen Richtungen Einfallstore der Akzeptanz, denn trotz des soziologisch-pädagogischen Diskurses befindet sich biologisierendes Denken im Konzept von Kultur selbst – allerdings geleugnet.

Kultur als Konstruktion

Die ‚Kulturgemeinschaft'

Nach Michael Kühnen ist die Abgrenzung einer Nation zu einer anderen eine natürliche und zugleich die wichtigste Unterscheidung zwischen Menschengruppen. Sie beruht auf der Unterschiedlichkeit nationaler Volkscharaktere (4). Für Linke war und ist dies negativ besetzt. Positiv besetzt dagegen ist der Begriff ‚ethnische Zugehörigkeit', da vielfach Regionalität und Regionalkulturen einer kapitalistischen Einheitskultur als Kritik entgegengesetzt wurden. Auf diese Weise erbrachte die breite Diskussion zur sogenannten Ausländerfrage durch verschiedene Kanäle das Ergebnis, daß sich Millionen von Menschen wieder als Deutsche in deutschen Landen wahrnehmen. Dabei wurde das biologische Kriterium der Rasse anscheinend abgelöst durch das soziologische der Kultur. Nur scheinbar. Denn ob völkische oder ethnische Zugehörigkeit, gemeinsam ist beiden die Konstruktion eines Kollektivcharakters, einer ‚kulturellen Identität'. Ihre Träger werden je nach Konjunktur und Lage Objekte der Bewunderung, der Fürsorge oder der Verfolgung. Die Ursache für die jeweilige Beziehung wird immer in die Opfer selbst verlegt, denen ein Wesen, eine Mentalität, eben eine ‚Kultur' anhafte, die nicht abwaschbar sei. Darüber hinaus: ihre definierte Besonderheit wird in ihnen ganz buchstäblich verkörpert gesehen. Und Körper kann man nur in Grenzen verändern, man kann sie des Landes verweisen, aber loswerden kann man Körper nur im Tod.

Die soziologische Kategorie Kultur entpuppt sich als biologische. Nicht mehr die genetische, sondern eine soziale Vererbung der Enkulturation und Erziehung formt den unverwechselbaren Charakter. Kultur erscheint hier als eine Art Übersystem, das von der Religion bis zum Zähneputzen alles und alle bestimmt. Kultur erscheint ahistorisch, sie kann sich nicht wandeln, sie kann nur untergehen in der coca-cola-getränkten Welteinheitskultur. Tradition, übersetzt in ‚kulturelle Identität, besteht hier in der Bewahrung von Erscheinungsformen. Gleiche Bilder – gleicher Zustand. Individuen gibt es hier nicht, die Träger der Kultur werden als bloße Variante eines kollektiven Unbewußten angesehen. Diese quasi-biologische Kulturgemeinschaft hat einen gemeinsamen Ursprung und bewohnt ein bestimmtes, angestammtes Territorium,



das ihre ‚natürliche' Umgebung sei – ebenso wie die Kultur selbst zum ‚natürlichen Lebenselement' der Kulturträger erklärt wird wie das Wasser für den Fisch. Holt man sie dort heraus, erkranken sie unweigerlich. Identität reduziert sich hier auf Abstammung, die sich einmal psychisch, zum andern territorial ausdrückt. Und auch für Linke liegt die ‚Heimat' von Immigranten immer außerhalb ‚unseres' Gebietes.

Im Zuge der Asyldebatte wurde Kultur – besser gesagt: dieses Verständnis von Kultur – zum Fetisch, zu einem toten Ding, dem Macht über die Lebenden und die lebendigen Prozesse eingeräumt wird. Auf allen Ebenen wurde Kultur zur Erklärung von Verhalten herangezogen: Rostocker Bürger hielten es für die Kultur bestimmter Asylbewerber, Wiesen als Toilette zu benutzen, weshalb dann auch nicht die Verhältnisse, sondern die Kulturträger entfernt werden mußten; Kriege, insbesondere in Afrika, sind immer ‚Stammeskriege', die mit Europa nichts zu tun haben; die Ursachen für die Probleme des Karolinenviertels liegen in der sozial unverträglichen Kultur der Roma und Sinti; die EG-Kulturkommission sucht nach einer Definition des wahren deutschen Films, da im vereinigten Europa die Regionalkulturen gestärkt werden müssen... und Flüchtlinge darf man nicht kritisieren, sie können ja nichts für ihre Kultur.

Körper als Kulturträger

„Den Rassismus zu überwinden ... erfordert ... nicht nur, unser Augenmerk auf die Realität zu richten. Es gilt, was viel schwerer ist, die Denkweise zu verändern." (5) Rassismus, Sexismus wie auch der völkische Nationalismus greifen auf Natur und Natürlichkeit zurück und konstruieren daran unterschiedliche Gruppen (6). ‚Konstruiert' heißt hier: die Gruppen sind ideologische Setzungen, die Gruppengrenzen Fiktionen. Was ‚ein Mann', ‚eine Frau', ‚ein Afrikaner' oder ‚ein Homosexueller' ist, wird definiert und an bestimmte Körper/Körperbilder geheftet. In der Kombination von Kategorisierung und Körper(bild) entsteht das ‚männliche Subjekt', das ‚weibliche', entsteht der Homosexuelle als Typus, dessen gesamtes Wesen, dessen ‚Kultur' aus seinem Körper und seinem sexuellen Verhalten abgeleitet wird. Statt in die gesellschaftliche Definition wird die Ursache für die Existenz ‚des' Homosexuellen in den Körper verlegt, das Konstrukt als Natur behauptet.

Foucault beschrieb, wie über die medizinischen und pädagogischen Diskurse seit dem Ende des 18. Jahrhunderts – dem Beginn politisch begründeter Verwissenschaftlichung von Leben – Körperbilder und Menschenkategorien geschaffen wurden, die, eingeteilt in ‚gesunde' und ‚kranke', zur Grundlage der Staatsrassismen des 19. und 20. Jahrhunderts wurden (7). Der gesunde Körper des Bürgers wurde im 19. Jahrhundert zu seinem Ausweis anstelle des adeligen blauen Blutes.

Den Rassismen liegen damit Denkmuster zugrunde, die wesentlich breiter ansetzen als bei Rassen oder Kulturen – die faschistischen Überfälle, die nicht nur Ausländern, sondern auch Behinderten, Homosexuellen, Obdachlosen, auch Linken gelten, demonstrieren dies. Die Vorstellung eines andersartigen Wesens überschneidet sich mit der Rede von Abweichung, Gesundheit und Krankheit, die sich auf die Herausfilterung ‚leistungsunfähiger' und/oder ‚anpassungsunwilliger' (Kultur-)gruppen zuspitzt: wie etwa Punks, Asylbewerber, Roma und Sinti und andere.

Politik (mit) der Definition

Gruppen oder Kategorien von Menschen sind also konstruiert. Dies bedeutet nicht, daß es sich einfach um falsches Bewußtsein handelt, dem man mit bloßer Aufklärung beikommen könnte. Die fiktiven Gruppen werden real, wenn bestimmten Menschen bestimmte Lebensumstände zugewiesen werden. Der Akt des Grenzziehens ist ein realer Herrschaftsakt, die Konsequenzen sind reale Herrschaftsverhältnisse. Auch wenn die Grenzen zwischen Menschen per Biologie oder per Religion gezogen werden – die rassistischen Verhältnisse, die Selektion, können nicht mit Biologie oder Religion bekämpft werden, sondern nur politisch. Die Frage in unserem Kontext kann nicht heißen: gibt es eine deutsche, türkische... Kultur und wie ist sie beschaffen? Sondern: wer hat ein Interesse daran, so zu definieren und gleichzeitig die Macht, diese Definition in Maßnahmen umzusetzen. Beispielsweise in die Zuweisung zu Arbeit in der geschlechtlichen Arbeitsteilung oder in die Zuweisung zu bestimmten Territorien – in Lager, in Armutsviertel oder in ‚communities' zur ‚Bewahrung der kulturellen Identität'. Daß an dieser Macht nicht nur staatliche Organe beteiligt sind, beweist der kulturalistische Mechanismus, beweist die Normalität selbst.

Identität kann sich an vielen Merkmalen festmachen, an Bildung, an Geschlecht, an roten Haaren oder woran auch immer und zwar dies gleichzeitig und/oder situativ unterschiedlich. Weder persönliche noch kulturelle Identität kann in einem feststehenden Bild gesucht werden, das seine Wurzeln nur in sich selber hat. Dies wäre ein Denken in den starren Bildern eines Traditionalismus. Identität, Tradition, Kultur sind aber ein permanenter Prozeß der selektiven Konstruktion, einer Auseinandersetzung, an dem beide, der Definierte wie der Definierende, beteiligt sind. Der Definierte kann die Fremdbeschreibung übernehmen, wie es häufig bei Immigranten der Fall ist. Oder er definiert sich selbst als die Abweichung von der Norm und bestätigt damit, daß es einen Standard gibt, der durch bestimmte andere repräsentiert wird. In jedem Fall bestimmt sich Identität in sozialer und politischer Interaktion, und welchen Spielraum beispielsweise Immigranten haben, ihre Eigendefinition durchzusetzen, bestimmt sich an der Macht desjenigen, der beansprucht die Norm zu sein. Einige Beispiele sollen dies illustrieren.

Frauen wurden bestimmt und bestimmten sich oft selbst als die Abweichung von der männlichen Norm: Gefühl und soziale Fähigkeiten statt rationaler Machttechnik. Von Männern wurden Frauen genau deswegen benutzt, weil sie als die verkörperte Zivilisationskritik erschienen. Anstelle der Veränderung der Verhältnisse, die auch die Veränderung des Mannseins bedeutet hätte, wurden Männer zu Frauenfreunden (wie Deutsche zu Aus-

länderfreunden), erhoben sie sie zu ihren ‚natürlichen' Lehrerinnen. Gemeinsam wollten Männer und Frauen dann von den sogenannten Naturvölkern lernen, die beinahe noch selbst Teil der Natur seien (und sich gegen diese Definition nicht wehren konnten). Die Akzeptanz der Norm als ‚Rationalität' und Technik blieb unangetastet, sie wurde lediglich als positiv bewertetes Gegenteil formuliert und in andere Körper und Territorien verschoben.

Die Umdrehung der Wertung ‚dreckige Schwarze' in ‚Black is beautiful' mag eine notwendige Form der Selbstbehauptung darstellen. Jedoch verläßt sie den kategorienbildenden Mechanismus des biologischen oder kulturalistischen Rassismus nicht. Sie bestätigt vielmehr die Relevanz des Merkmals ‚schwarze Haut'. Es entstehen lediglich Reservate, ‚befreite' Inseln des romantisierten Anderen oder des romantisierten Selbst oder es werden Forderungen nach kulturellem Artenschutz erhoben, die in der demokratischen Terminologie als ‚Schutz für kulturelle Minderheiten' die normsetzende Macht einer Mehrheit bestätigt. Die staatlichen Maßnahmen der Sondergesetze für Sondergruppen, die diese in Sonderterritorien, nämlich in Lager, verfrachten, sind aus dieser Perspektive keineswegs als Willkür zu bezeichnen, sondern als die logische Konsequenz der kulturellen und kulturalistischen Mehrheit ‚in der Mitte der Gesellschaft'. Sie bauen genau auf dem auf, was ein ideologisches Fundament demokratisch legitimierter Macht ist: dem Mehrheitsdenken. Nur – dies ist nicht unbedingt gleichbedeutend mit Humanität.

Kulturalistisches Denken braucht diese Sondergruppen, denn der Normale merkt nur daran, daß er normal ist, wenn es andere gibt, die dies nicht sind. In einer Gesellschaft, die eine deutsche werden will, wird es dann plötzlich für den Menschen türkischer Herkunft relevant, ‚Türke' zu sein, weil seine Umgebung darauf besteht, daß er nicht dazugehört. Rassistisches, kulturalistisches Denken leugnet jedoch diese Abhängigkeit des Selbstideals, der Definition der eigenen Gemeinschaft von der Definition der anderen. Es tut, als sei es absolut. (Und an dieser Stelle muß wohl eine weitere Heilige Kuh der Alternativen/Linken geschlachtet werden: die Authentizität!) Mit Rasse und/oder Kultur wird eine Gemeinschaft geschaffen, die als ethnisch und sozial homogen behauptet wird, obwohl sie dies nicht ist und nie gewesen ist.

An der Leugnung des interaktiven Zusammenhangs von Identität, an der Naturalisierung des anderen, wird ein weiterer wesentlicher Charakterzug kulturalistischen Denkens deutlich: es zeigt sich relativ resistent gegen Aufklärung, sei es über falsche Stereotypen von fremden Kulturen, sei es über die wahren Verursacher der Wohnungsnot. Kulturalismus operiert auf der symbolischen Ebene, nicht auf der von ‚Fakten', und alle ‚objektiven Merkmale' wie Hautfarbe oder Zahlenbelege sind nichts ohne die (rassistische) Bedeutung, die ihnen gegeben wird: 50.000 – 5.000 – 500 Asylbewerber bedeuten „Flut" (8). Für die Selbstdefinition werden Bilder gebraucht, die anderen und ihre Eigeninterpretation sind dabei uninteressant. Die Einsicht in reale Differenzierungen und reale Herrschaftsverhältnisse *innerhalb* von Gruppen und *zwischen* ihnen und vor allem *quer* zu den Gruppen ist in diesem Mechanismus so disfunktional, daß man sie wohl zum Ausgangspunkt jeder anti-rassistischen Arbeit machen muß ..

Das Beispiel Karolinenviertel

Ohne den Blick auf die Interaktion und ihre symbolische Ebene, in der Reduktion von Individuen auf ihre Abstammung, werden Menschen zu Dingen. Menschen als Dinge werden handhabbar für Sozialstrategien.

Dies bewies gerade die Stadtentwicklungsgesellschaft (STEG) im Karolinenviertel. In einer Untersuchung zur Frage, wie und an welcher Stelle der weitere Zuzug zu sozialen Brennpunkten zu begrenzen sei, wurde bei den Roma und Sinti angesetzt (9). Ihre ‚kulturelle Identität' wurde in „bodenlange(n) Röcke(n)" und „bunte(n) Kopftücher(n)" (S.9), wie auch in der „Offenheit für das Irrationale", ihrem „Sinn für Schönheit und ihr(em) Verhältnis zur Musik" (S.11) entdeckt, in der Religion, der Auffassung von Ehe und anderem. Für die STEG-Autoren war es ihre Kultur, die die Roma zu Außenseitern der Gesellschaft macht, so daß Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug daraus folgen. Die Ursache dafür ist letztlich ihre „traditionelle Händlermentalität: ein Lebensstil, der in Deutschland heute für sie kaum noch auszuleben ist."(S.9). Aufgrund ihrer „kulturellen Identität" wird ihre „...bisher gescheiterte Sozialisation" (S.20) nicht zu kompensieren sein. Dies bedeutet, daß der Zuzug von Roma und Sinti beschränkt werden muß und dort lebende Gruppen zum ‚Wegziehen' genötigt werden sollen. Nur diejenigen sollen bleiben dürfen, die durch Lebensweise und Aufenthaltsdauer gezeigt haben, daß sie deutschen Standards gegenüber anpassungsbereit und -fähig sind. Dies sei jedoch immer erkauft mit der „Gefahr der Verleugnung des eigenen Volkes" (S.13). Es wird also angenommen, daß Integration und Assimilation immer dann wie eine Hülle platzen und das darunter liegende ‚Eigentliche' freigibt, wenn weiterer Zuzug von Roma und Sinti die ‚wahre Natur' der Gruppe wieder hervorruft (vgl. S.27). (10)

Die Studie, die inzwischen aufgrund massiver Proteste zurückgezogen wurde, kann in mehrfacher Hinsicht als exemplarisch für den Kulturalismus gelten. Sie argumentiert mit Erziehbarkeit und Assimilation, nicht mit natürlicher Minderwertigkeit, wobei aber allein schon die Tatsache, daß hier pädagogische Terminologie eingesetzt wird („bisher gescheiterte Sozialisation") diese Kultur als (bedenkliche) Abweichung voraussetzt. Ihre Einschätzung bezieht die Studie aus Beschreibungen, die sich volkskundlich objektiv geben, die aber Wertungen enthalten, die trotz positiver Formulierung die Roma dennoch als nicht passende darstellen. Ihre „Irrationalität" und ihr „Verhältnis zur Musik" etc, ihre „Händler*mentalität*" stellen sie den rationalen deutschen Erwachsenen mit berufsbezogenem Lebens*plan* als zu Erziehende gegenüber. Die negative Wertung kann sprachlich verborgen bleiben, da sich die andere Hälfte der Aussage – das Selbstbild der Deutschen als rational, zielgerichtet, gebildet – bereits in den Köpfen der Adressaten befinden. Darüber hinaus zapfen die Andeutungen das Reservoir historisch längst eta-

blierter Bilder von ‚Zigeunern' an, die immer von Romantisierung einerseits und Kriminalisierung andererseits bestimmt waren. Heute muß nur noch die richtige Taste gedrückt werden und die passende Bedeutung stellt sich fast von selber ein.

Das schließliche Urteil ‚Asoziale' wird dann auch nicht über die Einzelzuschreibung geleistet, sondern liegt vielmehr in der kausalen Verknüpfung von immanent wertender Beschreibung mit negativen sozialen Konsequenzen, der Arbeitslosigkeit etc., die die Kultur als Ursache herausstellt. Unter Ausgrenzung aller interaktiven Zusammenhänge und aller politisch-ökonomischen Gründe für Arbeitslosigkeit, die das halbe Karolinenviertel betreffen, wird hier eine Erklärung in der „kulturellen Identität" gesucht und ‚gefunden'. Nicht die Bilder, sondern was sie einem bestimmten Interesse bedeuten, macht diese verwendungsfähig für Erklärungsmuster, die Erscheinungsweise und Strukturelles in einen (falschen) kausalen Zusammenhang stellen (11).

Dabei stellt sich die neue, erzieherische Komponente des ‚Rassismus des demokratischen Zeitalters' (12) als allgemein recht wenig tragfähig heraus: das Verschwinden von als typisch gewerteten Merkmalen, an denen die Besonderheit des Anderen festgemacht wurde, ruft als positiv verstandene Reaktion Enttäuschung hervor oder Anerkennung ob der Leistung, nicht mehr ‚Roma' zu sein – im negativen Fall jedoch den Verdacht, die Anpassung sei nur vorgetäuscht. Dahinter steht jeweils die Überzeugung, daß die Kultur als ‚wahre Natur' intakt bleibe hinter einer oberflächlichen Tünche aus Anpassung. Den Prototyp eines solchen Musters sieht Balibar (13) in der Beziehung von Christen und Juden im Spanien des 15. bzw. 16. Jahrhunderts. Menschen jüdischen Glaubens hatten die Möglichkeit zu konvertieren. Da aber ‚das Wesen' ‚des Juden' in Verbindung gebracht wurde mit dem ewig Entschlüpfenden, heimlich Wirkenden, entzündeten sich Pogrome gerade an der Tatsache der Assimilation. Man konnte ‚den Juden' nicht mehr erkennen, die Anpassung wurde als Täuschung und damit als dem Wesen des Juden erst recht entsprechend wahrgenommen, und so sollte er gezwungen werden, seine ‚Natur' offenzulegen. Wenn heute Alain de Benoist – Chefdenker der französischen Nouvelle Droite (Neue Rechte) mit großem Einfluß auf rechtes Denken hierzulande – aus einem ‚Recht zur Differenz' eine „Pflicht" macht, damit die eigenen völkische Eigenheiten und die der andern erkennbar bleibe, tun sich an dieser Forderung nach Eindeutigkeit dunkle Perspektiven auf (14). Und eine Politik, die faschistische Morde mit den Worten bedauert, daß mit der Abschaffung der Asylbewerber das Problem der Sichtbarkeit der Fremden und damit der Anstoß zu Gewalt doch beseitigt worden sei – Mölln usw. also gar nicht zu begreifen seien – ist entweder dummdreist oder gemeingefährlich naiv. Verschwörungstheorien wachsen gerade dann, wenn *nichts* zu sehen ist.

Dynamisierung von Kultur

Der Anti-Rassismus muß davon wegkommen, die Wahr-



heit in ‚Wesenheiten' zu suchen. Kultur und kulturelle Unterschiede müssen nicht geleugnet werden, aber wir müssen sie als dynamische Prozesse der Verarbeitung von Realität, der Bedeutungszuweisung und dem Handeln danach verstehen, nicht als statische Bilder einer fiktiven Tradition. Auch die Gleichsetzung einer bestimmten ethnischen Gruppe mit einer Kultur, *der* Kultur, kann nicht stehenbleiben, denn einmal gibt es in jeder Gruppe zumindest Variationen, die mit sozial unterschiedlichen Kontexten/Positionen zusammenhängen können, zum andern können in jeder Kultur einzelne Elemente auch zu strukturell abweichenden Zielen eingesetzt werden – Geschichte haben nicht nur industrielle Gesellschaften. Und das heißt, es gibt nicht nur im Einwanderungsland Entwicklungen, die bestimmte Formen und Inhalte aktivieren und andere nicht und in denen auch einzelne Kulturelemente keine ein für alle Mal festgelegte Bedeutung haben.

So gilt das Kopftuch türkischer Frauen den meisten Deutschen als Ausdruck von Unterdrückung, die in der islamischen Religion begründet sei. Jedoch trugen Türkinnen an Universitäten das Kopftuch freiwillig, als Zeichen des Protestes und des Widerstands gegen westlichen Kulturimperialismus. Und dies muß sich nicht gegenseitig ausschließen, denn kulturelle Elemente können Zeichen der Verortung in mehreren gleichzeitigen und widersprüchlichen Herrschaftsverhältnissen sein (15).

Auch ImmigrantInnen sind Subjekte – keine ‚Kulturträger'. Sie kommen aus anderen Herrschaftsverhältnissen in diese und formulieren ihre Situation neu im Rückgriff auf bestimmte Mittel und in Reaktion auf vorgefundene Umstände. Zugespitzt ausgedrückt: der Elitesohn aus Japan findet eine andere Position vor und greift auf andere Ressourcen zurück als die Thaifrau auf St. Pauli. Die Unterschiede, die sich hier auftun, artikulieren sich (auch) anhand kultureller Elemente wie Deutungsmustern, Ausdrucksformen usw., sie dürften aber dennoch wohl kaum mit ethnischen Grenzen übereinstimmen!

Auch wenn ImmigrantInnen sich hier um ihre Ethnizität herum organisieren und dabei bestimmte Formen beibehalten oder verstärken oder sich selbst zu einer Abstammungsgruppe mythischen Ursprungs erklären – dies ist keine Fortsetzung von ‚Tradition', sondern in Auswahl und/oder veränderter Funktion von Elementen ein kreativer Akt innerhalb einer ihnen zumeist aufgezwungenen Interaktion. Die ‚Tradition' ist etwas Neues. Zweifellos tragen ImmigrantInnen dabei zur Konstruktion der Grundkategorie des Kulturalismus, der Kulturgruppe, bei und übernehmen oft gleichzeitig die Version von der Kultur als Ursache für Diskriminierung. Dies als Gegenrassismus zu bezeichnen wäre jedoch verfehlt – schließlich verbindet sich mit ihrer Definition von sich selbst und den Deutschen wohl in den seltensten Fällen die Macht, die Lebensumstände anderer an ihnen auszurichten.



Warum gerade Kultur?

Ein Merkmal der Grenzziehung zwischen Gruppen fällt nicht vom Himmel, sondern wird unter bestimmten Umständen relevant. Die folgenden Hinweise auf Momente der Ideologiegeschichte sollen einen groben Rahmen für die Ablösung des Rassekonzepts durch den Kulturalismus abgeben, und sie sollen die Verflochtenheit linker/alternativer Ideologie in einen Prozeß zeigen, der von rechter Seite als „hegemonialer Kampf" um alte Ziele in neuer, pseudolinker Gewandung geführt wird (16). In der historischen Perspektive zeigen sich außerdem weitere Bezugspunkte für die immanente Hierarchisierung in der Beschreibung angeblich gleichwertig verstandener Kulturen.

Herrschaftskultur – Erziehung der Wilden aller Länder

Die These, daß es biologische Rassen gebe, die untereinander auf natürliche Weise hierarchisiert seien, gilt (galt bisher) als wissenschaftlich widerlegt. Sie war nach dem nationalsozialistischen Völkermord an Menschen jüdischen Glaubens, an Roma, Sinti und anderen auch nicht mehr opportun. Da man im Allgemeinen jedoch Rassismus ausschließlich als die Verknüpfung biologischer Zugehörigkeit mit kulturellen Merkmalen definierte, hielt man ihn nach der Widerlegung der Rassenthese für erledigt, obwohl der Rassebegriff weiterhin im Alltagsdenken wie auch in Richtungen der Hu-

man-Anthropologie wirksam blieb. 1967 stellte dann die UNESCO in einer Erklärung fest, daß sich der Inhalt des Rassismus durch den Nachweis der Falschheit der Behauptungen verändert habe und sich nun auf andere Kategorisierungen stütze, z.B. auf Unterschiede in der Bildung, der Kultur oder ähnlichem. Rassistische Überzeugungen seien darin aber ungebrochen wirksam (17).

Diese Übertragungen entsprachen politisch einer Epoche der Entkolonisierung, in der die Abhängigkeit der Staaten des Trikont verschleiert werden mußte in und durch Hilfe zur Entwicklung eines technisch-industriellen Fortschritts. Ideologisch sollte sie die ‚Verspäteten' dieser Welt auf eine höhere (oder je nach Diktion nächste) Stufe ziehen. Dem industrialisierten Westen gegenüber blieben sie – gerade durch die Rede von einer Entwicklung, die nachzuholen sei –, die ‚dritte' Welt, die noch in ‚Kulturen' befangen war, in denen das Individuum noch nicht vorkäme. Aus diesen Hemmnissen mußte sich die ‚dritte Welt' befreien, wenn Fortschritt stattfinden sollte – durch Erziehung und Entwicklungshilfe.

Missionierung und Pädagogisierung waren Mittel, die bereits im imperialen Kolonialismus eingesetzt und der militärischen Eroberung vorausgeschickt worden waren. Die Vorstellung von Erziehung, die hier zum Tragen kam, entsprach dem evolutionistischen Denken des 19. Jahrhunderts, nach dem die individuelle wie die Menschheitsgeschichte sich von einem Ursprung zu einem Ziel in einer linearen Kausalkette verfolgen ließe. Auf Individuen und Gruppen bezogen war mit dem Denken von einem bestimmten Ursprung her die Abstammung für das Konzept von Identität bestimmend geworden, wobei der ‚Ursprung', an dem gemessen spätere Formen ‚echt' waren, konstruiert werden mußte bis hin – in der deutschen Ideologiegeschichte – zum körperlichen und geistigen Reinheitswahn.

Mit der Identifizierung der jüngsten als höchste Kulturstufe innerhalb der Menschheitsgeschichte war die Grundlage geschaffen, alle gleichzeitig existierenden, aber abweichenden Gesellschaften als zurückgeblieben oder zu entwickeln zu begreifen. Das zeitliche Nacheinander von Entwicklungsstufen im Evolutionismus wurde zum räumlichen Nebeneinander. Was Fortschrittsgläubigen Gelegenheit gab, für die Erziehung der Wilden zu plädieren, während es den Fortschrittspessimisten damals wie heute die Munition dafür liefert, ein ‚Zurück zu den Werten der Gemeinschaft' zu predigen. Die Neue Rechte nutzt heutzutage das Vorbild der ehemals ‚Primitiven'für ihre Zwecke (vgl. „Kulturrelativismus und regressive Kapitalismuskritik"). Sie haben das alte Muster der Fortschrittskritik des 19. Jahrhunderts und des Kulturpessimismus des frühen 20. Jahrhunderts wieder aufpoliert, die die bäuerliche Lebensweise als ursprüngliche pries und behauptete, diese bewahre die Werte der Gemeinschaftlichkeit, die in der industriellen Gesellschaft als bloßem „mechanischem Aggregat" (18) verloren gegangen seien. In Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes", das auch heute noch einen Bezugspunkt rechter Ideologiebildung und rechter Wissenschaft darstellt wurde dies programmatisch formuliert (19).

Die Sozialdemokraten der kolonialen Ära wollten nicht zum Ursprünglichen zurück, das ihnen weiterhin als primitiv und zu überwinden galt. Sie, die die Unterwerfung Afrikas durchaus begrüßten, gestanden den Wilden vielmehr zu, sich zu dem sich selbst zugeschriebenen Niveau entwickeln zu können oder zu müssen. Der pädagogisch-missionarische Feldzug richtete sich nicht nur auf die Veränderung der primitiven Lebensweise, sondern auch auf die Befriedung der ‚inneren Natur', d.h. auf die Disziplinierung der den Primitiven zugeschriebenen Kindhaftigkeit, Triebhaftigkeit etc. Und sie richtete sich nicht allein gegen die Wilden Afrikas, sondern gleichzeitig, vielleicht sogar in erster Linie, auf die Barbaren des eigenen Landes – auf die „Verfleißigung" der einheimischen Unterklassen (20). Cohen beschreibt, wie anhand der kolonialen Bilder von Afrikanern und anderen die englischen Unterschichten dazu erzogen wurden, sich als fleißig, gebildet und einer überlegenen Nation angehörig zu fühlen, d.h. eine Loyalität auszubilden, die sich (auch) in den entsprechenden Verhaltensweisen der Disziplinierung äußern sollte (21). Missionierung und Pädagogisierung beförderten damit auch und gerade die berechenbare Verwertung der eigenen Bevölkerung. Sie gaben einen Standard als Normalität aus, der nicht allgemein ein europäisch-industrieller gegenüber ‚verspäteter' afrikanischer, asiatischer... Kultur war, sondern der einer bürgerlichen Klasse gegenüber europäischen wie außereuropäischen Unterklassen. Dieser Standard war die Kultur, die zählte, die Disziplin und Bildung einschloß.

Hier knüpft eine Entwicklung an, die besonders im deutschen Sprachraum einflußreich war, eine ideologische Tradition, die unter Kultur nicht allgemein eine Lebensweise verstand, sondern die Produkte der Kunst als Schöpfungen eines angeblich autonomen Geistes. Auf diesem Hintergrund wurde ‚Kultur' zur Beschreibung von „Wert und Charakter bestimmter menschlicher Produkte" (22) herangezogen. Nach Elias war diese Auffassung von Kultur im 19. Jahrhundert funktional für die Kompensation einer nicht existenten Staatsnation, sie stärkte das Wertbewußtsein und begründete die deutsche Eigenart als ‚Kulturnation', als Besitzer von Bach und Goethe (23).

Der Begriff der Zivilisation ließ dies in seinem Bezug zu Technik und Industrialisierung als Kennzeichen einer Vielzahl von Nationen nicht zu.

Der Begriff ‚Kultur' bezog sich hier also im engeren Sinn auf die Kunstproduktion, konnte aber konnotativ als allgemeiner Maßstab für Leistung und Qualität verstanden werden: als ‚Hoch'kulturen wurden z.B. nur diejenigen Gesellschaften definiert, die über eine Schrift sowie über ein zentralisiertes Herrschaftssystem verfügten! Der Aufwertung des (Bildungs-)bürgers entsprach also zugleich die Abwertung der ‚primitiven', ‚unzivilisierten' Unterklassen. Und es ist dieser Herrschaftsaspekt einer Klassenkultur, die aus einem anderen ‚außen' ein anderes ‚unten' macht, ohne, daß dies verbalisiert werden müßte. (Betonen muß man nur die Gleichwertigkeit, die eben nicht selbstverständlich mitgedacht wird.)

Besonders deutlich wird dies dann, wenn Kultur als Lebensweise mit Kultur als Kunst argumentativ gekreuzt

wird, dann wird das Klassendenken über Gruppen im Klassendenken über künstlerische Äußerungen transportiert. Heiner Geißler lobt dann die multikulturelle Gesellschaft, weil Kunst allen gehört (Bach) und multikulturelle Pädagogen veranstalten im Gegenzug der ‚Kultur von unten' Folkloreabende (Bauchtanz). Der Bezug zu Bildung und Leistung in der Sicht auf ethnische Gruppen bleibt bestehen als Merkmal einer allgemein geteilten Kultur, die diese Kriterien überhaupt installiert und als sozial relevant besetzt.

Kulturrelativismus und regressive Kapitalismuskritik

In den 30er Jahren etablierte sich in den USA der wissenschaftliche anthropologische Kulturrelativismus, der sich explizit als Gegenbewegung zum evolutionären biologischen Rassismus verstand. Er betonte in Ablehnung der Hierarchisierung von Rassen die Besonderheit und Unvergleichbarkeit von Kulturen. Die amerikanische Kulturanthropologie wurde mit diesem Ansatz zum Vorbild heutigen Alltagsverständnisses von Kultur, allerdings hier wieder in der Vermischung mit der deutschen volkskundlichen Interpretation von ‚Gemeinschaft' im Gegensatz zu ‚Gesellschaft'.

Der Kulturrelativismus beschrieb kleine außereuropäische Gesellschaften als geschlossene Einheiten, in denen alle Phänomene miteinander und nur miteinander verwoben waren zu einem kulturellen „Muster". Bestimmend wurden hier Studien zur Enkulturation, die zeigen sollten, wie Menschen in geglückter Sozialisation zu stimmigen Mitgliedern ihrer Kultur werden. In diesem Zusammenhang wurden Margaret Meads Studien zu Kindheit und Jugend in der Südsee weltberühmt, die in den 50er und 60er Jahren als Kritik an westlichen Gesellschaften gelesen wurden: soziale Phänomene wurden hier als relativ für ihre Gesellschaft oder Kultur beschrieben. In den Untersuchungen zur Enkulturation wurde vor allem von Ruth Benedict das Konzept einer „Modalpersönlichkeit" entwickelt, eines Konstrukts, das die als typisch geltenden Eigenschaften einer Kultur repräsentieren sollte. Das handelnde Individuum wurde hier zum Kulturträger. Daß Kulturrelativismus, der als humanitärer Ansatz in der Folge breit akzeptiert wurde, keinesfalls eine Garantie für Menschenfreundlichkeit oder gar linke Standpunkte abgeben kann, bewies dieselbe Ruth Benedict: sie hatte auf dem Hintergrund von „Modalpersönlichkeiten" Studien zu Nationalcharakteren entwickelt und arbeitete in diesem Sinn im Vietnamkrieg für das amerikanische Verteidigungsministerium.

Die anti-rassistische Absicht konnte auch durch einen strikten Partikularismus gegenüber eurozentristisch-universellen Definitionen, wie sie etwa in der kolonialen Pädagogik zum Ausdruck kamen, nichts ausrichten. Zumindest jedoch hatte dieser Ansatz versucht, die herrschenden Dichotomien von Kultur und Zivilisation bzw. von Natur und Kultur zu durchbrechen, indem er darauf hinwies, daß (auch) außereuropäische Kulturen eine eigene Rationalität besitzen. Dieser Gedanke setzte sich durch als Kritik an der eigenen Gesellschaft, allerdings – im Gegensatz zum wissenschaftlichen Kulturrelativismus – behielt gerade linke/alternative Fortschrittskritik die zugrundeliegenden Dichotomien bei, was wesentlich zur Entpolitisierung der Fortschritts-(Technik)kritik beitrug. Rechte springen in jüngster Zeit auf den gleichen Zug auf. Der „Ethnopluralismus" wird ebenfalls allgemein kulturrelativistisch begründet, wobei hier in die Position der naturnahen, noch unzivilisierten Völker die Reste des alten Germanien rücken (24).

Nach dem II. Weltkrieg wurde Kultur im Alltagsverständnis zum Ersatz des Rassebegriffs. Für Linke wurde der Begriff geradezu zu einem Synonym der Kritik an der Entfremdung in kapitalistischen Strukturen, für die Klage über Welteinheitskultur und den umweltzerstörenden technischen Fortschritt. In diesem Verständnis von Kultur lebte das alte Gemeinschaftskonstrukt wieder auf, das seine Ursprünglichkeit im Einklang mit der Natur und in der Gegenseitigkeit von Beziehungen bewahrt habe, wobei diese Gegenseitigkeit von vornherein als Ausgewogenheit im Geben und Nehmen interpretiert wurde. Sie galt als ein ‚natürlicher' Abwehrmechanismus gegen Ausbeutung. In Bezug auf europäische Verhältnisse wurde dieser Mythos von Frauen entschleiert mit dem Hinweis auf die unterschiedliche Bewertung von Haus- und Lohnarbeit, wurde Liebe als Lohn der Frauen als funktionale Fiktion entlarvt, was meist moralisch akzeptiert, jedoch selten politisch-analytisch ernstgenommen wurde. In den schönen Bildern romantischer Einfachheit bei den SubsistenzbäuerInnen der sogenannten dritten Welt mochte man eine Ausbeutung (die gerade bei Mechanismen der Gegenseitigkeit ansetzen kann!) überhaupt nicht wiederfinden. Der politische Gegensatz schrumpfte auf den zwischen reichen und armen ‚Ländern', wobei in moralisierender Verkürzung realer Verhältnisse das linke Selbst in einem reichen Wir aufging – eine Gruppenkonstruktion, die dazu beiträgt, anti-rassistische Arbeit aus schlechtem Gewissen, aber dennoch im nationalen Interesse zu betreiben.

Allgemein fand man das andere, das dem Kapitalismus entgegengesetzt sei, außer im Süden auch in europäischen, meist bäuerlichen Regionalkulturen (die in den Ausläufern der Friedensbewegung Konjunktur hatten und bei denen dann die Verbindung zum volkskundlichen Denken des 19. Jahrhunderts besonders eng wurde), in sich politisch abgrenzenden Inseln oder im ‚Alltag' als dem Feld des Subjektiven. Die Wendung der ‚Kolonisierung der Lebenswelten' beinhaltete dabei ähnlich wie der Assimilierungsbegriff die Vorstellung von etwas Eigentlichem, Echtem, das von aufgezwungener Überformung befreit werden müsse (25).

Die Konstruktion eines anderen im Gegensatz zur Entfremdung im Kapitalismus beruhte wiederum auf Umwertung: was den einen an den ‚Primitiven' Triebhaftigkeit gewesen war, wurde Lebensfreude, technisch-materielle Primitivität oder Rückständigkeit wurde Abwesenheit von Konsumterror, die Bezugskriterien der Wertung blieben wieder dieselben. Die Entgegensetzung von Ursprünglichkeit hier und Entfremdung dort greift dabei auf die bekannten, 200 Jahre alten Konnotations-

ketten zurück, in denen Frau und Mann, Technik und Natur in verdinglichter Begrifflichkeit polarisiert werden. In diesem Kontext binden sich Frauen esoterisch an die Erde, anthropologisch an die Menschheitsgeschichte, indem der weibliche Zugang zur ‚Natur' als ein für Frauen ‚natürlicher' dargestellt wird aufgrund ihrer Fähigkeit zur Mutterschaft, der des Mannes dagegen sei nur „werkzeugvermittelt" (26). Auf diese Weise konnten ‚weibliche Kultur', Abwesenheit von Ausbeutung und die Rettung der natürlichen Umwelt in eins fallen.

Umbewertungen ganz ähnlicher Art werden nun von einer erneut oder immer noch kulturpessimistischen Neuen Rechten vorgenommen, die in den ehemals rassisch Minderwertigen nun die Erinnerung an die eigene, verschüttete germanische Ursprünglichkeit entdeckt – nämlich die an Afrikanern und anderen gesehene Betonung des Gemeinschaftszusammenhangs, seiner Werte und des kollektiven Schicksals im Gegensatz zum individualistischen modernen Leben, die Wertschätzung der Ehe und nicht zuletzt die Freilegung „heidnischer" Naturreligion, die dort wie hier vom Christentum kolonisiert worden sei (27), was von der New Age Bewegung sicher viel Zustimmung erntet.

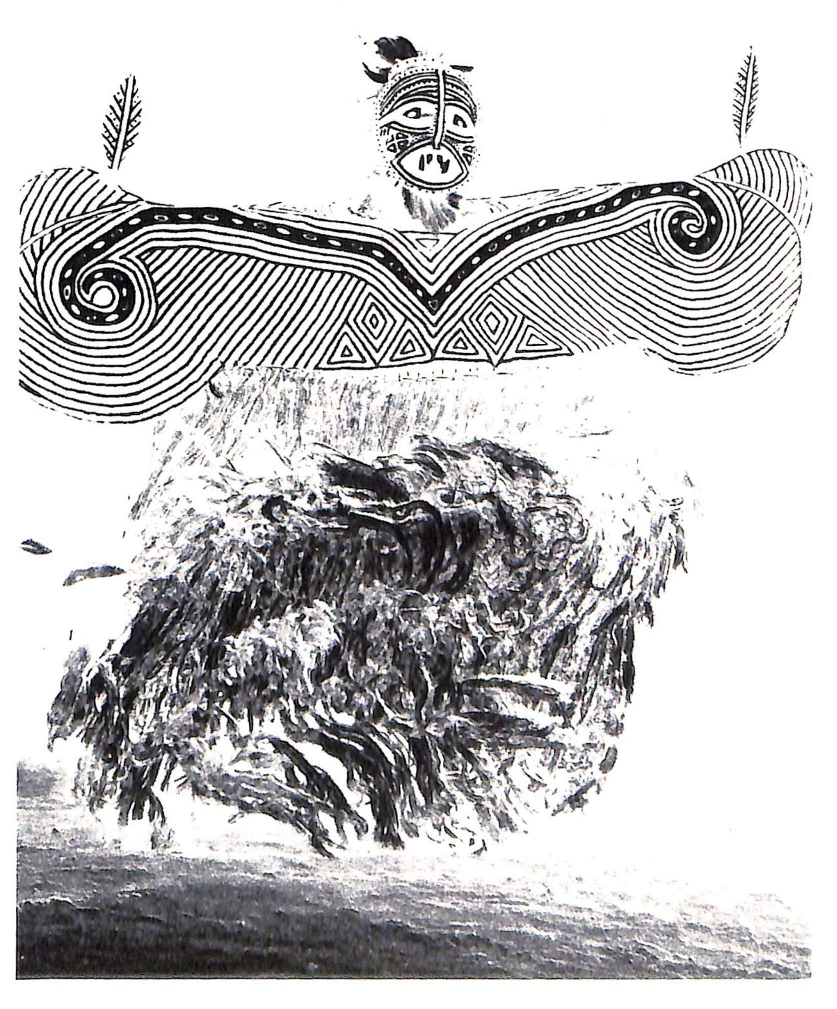
Auf diese Weise kann auch von ganz rechts die multikulturelle Gesellschaft akzeptiert und benutzt werden, aber nicht zur friedlichen Koexistenz, sondern zum „Kampf der Kulturen" (28). Sehr ähnlich konzipiert die rechte Kulturökologie das Überleben des Abendlandes, indem sie das Konstrukt eines sozio-ökologischen Gleichgewichts an eben dieses kollektive Schicksal einer Gemeinschaft bindet. Diese wird jedoch im Gegensatz zu linker Idealisierung nicht auf ein ‚selbstbestimmtes Individuum' zurückgeführt, sondern auf abstrakte Funktionen, die von Individuen in ‚natürlichen', ‚ausgewogenen' Beziehungen (z.B. den biologisierten Geschlechterrollen) erfüllt werden – zum Überleben des Ganzen und nicht des Einzelnen (vgl. Schluß).

Kulturökologie findet breite Akzeptanz unter Alternativen. Linke finden sich aber schnell „in bester Gesellschaft" (29) wieder, wenn mit einer entpolitisierten Fortschritts- und Zivilisationskritik die Analyse von Machtverhältnissen – vor allem die Beachtung gleichzeitiger, sich überschneidender Herrschaftsverhältnisse wie Rasse/Kultur und Geschlecht im Verhältnis zu Klasse – durch Romantik und Moral ersetzt wird. Die Kategorien und Wertigkeiten, die in den verdinglichenden Beschreibungen von Kulturen enthalten sind, kann man dabei als „Brückenköpfe" der Machtverhältnisse verstehen, die sich in ihnen trotz Umwertung weiter reproduzieren. Die Vorstellung von Natur und Natürlichkeit ist ein solcher zentraler Brückenkopf, da auf ihr die Beherrschung von Leben und Lebens(un)wert aufbauen kann. In ihrer Deutung als ‚Ursprünglichkeit' versteckt sich, daß sie selbst eine kulturelle Setzung ist und nur als gesellschaftliche/kulturelle Entscheidung über ihren Aussagewert (und Herrschaftswert) Realität erhält (30). Was Biologie und was Natur ist muß als selektiver gesellschaftlicher Prozeß wahrgenommen und in den Konstruktionen von ‚Mann', ‚Frau' und ‚Kultur' reflektiert werden. Aus diesem Grund setzt eine wesentliche Forderung an anti-rassistisches Denken dabei an, die ursächliche Verknüpfung von Natur/Körperbild mit ‚wesensmäßiger' Natürlichkeit einerseits und sozialen Umständen als der Folge daraus andererseits zu unterbrechen.

(Anti-)Liberalismus

In Folge der Übernahme und Verabsolutierung der kulturrelativistischen Position wurde von anti-rassistischen Bewegungen die Forderung nach dem ‚Recht auf Differenz' erhoben. In Frankreich griff Le Pen diese Forderung auf, um sie zur Warnung vor der Vermischung zu benutzen. Rechte Theoretiker weisen zur Untermauerung der These auf die Völkermord-Konvention der UNO von 1948 hin, die als Genozid die physische Ausrottung ebenso wie die Zerstörung von Lebensgrundlage und „Identität eines Volkes" umfaßt. Dies wird natürlich im rechten Interesse auf die Abendländer bezogen (31).

Es scheint klar, daß die Betonung von Besonderheit bestimmter Gruppen (rassistische) Selektion nicht angreifen kann, da deren ideologische Voraussetzung ja gerade die Feststellung von Besonderheit ist. Auch die Behaup-



tung ideeller Gleichwertigkeit in der Differenz hilft da wenig, denn, wie versucht wurde zu zeigen, die Bewertung nach einer etablierten Norm läuft immanent mit und befördert eher, als daß sie verhindert, daß ganze Kollektive bestimmten Positionen zugewiesen werden und deren ethnisches Etikett dazu benutzt wird, die Aussonderung als interethnisches Problem zu behaupten ... statt umgekehrt diesen Vorgang als Aussonderung sogenannter Leistungs- oder Sozialunfähigkeit zu beschreiben, die kollektiv einer Gruppe zugeschrieben wird. Durch die mit Kausalmacht ausgestattete ‚Kultur' scheint dann die Realität die soziale Differenzierung nach „Ethnizität" zu bestätigen.



Der Forderung nach dem ‚Recht auf Gleichheit' dagegen droht von allen Seiten der Vorwurf des Totalitarismus. Dies trifft aber nur, wenn Rassismus verkürzt als Abwertung der Kultur einer Gruppe verstanden wird und nicht als Prozeß der Auslese, der unter den herrschenden Vorzeichen die Bewertung erst produziert. In diesem Fall ist nicht die Gleich-wertigkeit, sondern die rechtliche, politische Gleich-stellung das Problem – was aber natürlich in einer Gesellschaft, die auf Ungleichheit aufbaut so seine (und ihre) Probleme hat. Die Argumentation mit den Menschenrechten gleicht da eher einem Glaubensbekenntnis, das zudem in seinem universalistischen Anspruch seine durchaus (rassistisch, sexistisch) partikulare Geltung verbirgt (32).

Ohnehin ist die Forderung nach ‚Gleichheit' völlig kongruent mit demokratischer Legitimation von Ungleichheit. Nicht nur, daß Gleichheit eine ideologische Grundfigur dafür abgibt, Gruppen (rassistische, kulturalistische, nationalistische) zu konstruieren, da ihnen automatisch innere Homogenität unterstellt wird. Darüber hinaus würde offene Legitimierung von Ungleichheit demokratisch-liberale Terminologie sprengen – Ideologien der Gleichwertigkeit und der Chancengleichheit sind notwendig zur Absicherung rassistisch, sexistisch ... besetzter (Standes-)positionen. Hier hat die erzieherische Komponente des Kulturalismus eine Funktion, sie suggeriert, daß Veränderung und Entwicklung möglich sei (im Rahmen ‚persönlicher Fähigkeiten'). Dieser nicht thematisierte Zusatz muß anders erklärt werden:

„In einer demokratisch legitimierten Gesellschaft können solche Einschluß- und Ausschlußmechanismen nur im Rekurs auf die spezifische ‚Natur' ... gerechtfertigt werden." (33)

Den inneren Zusammenhang von ‚Gleichheit', ‚Natur' und ‚Verschiedenheit' – der dennoch die soziale Ungleichheit nicht aufhebt, sondern sie im Gegenteil festschreibt – bestätigen insbesondere diejenigen Konzepte von Multikulturalität, die hier abschließend skizziert werden sollen. An deren gemeinsamen Kernstück, der Zuspitzung leistungsbezogener Bewertung von (Kultur-)gruppen auf Elitebildung und dessen Fortsetzung in den Ausleseprogrammen von Kulturökologie und Soziobiologie zeigt sich besonders eindringlich, daß rassistische Praxis kein Problem der Anwesenheit von Ausländern und deren kultureller Besonderheit ist.

Auflösung der Ethnie oder: Der Stamm der Leistungsfähigen

Heiner Geißler kann sich als progressiv profilieren, wenn er der ‚Ausländerfeindlichkeit' das amerikanische Modell entgegensetzt, denn dort werden die zukünftigen Nobelpreisträger aus den jungen, wißbegierigen, disziplinierten Japanern rekrutiert. In Deutschland dagegen sei durch den Geburtenrückgang nicht nur die Rentenfinanzierung unsicher, sondern aufgrund der damit korrespondierenden Vergreisung des deutschen Volkes fehle auch der Pool, aus dem eine Elite wachsen kann. Resteuropa habe durch die „Verwirklichung" der Emanzipation der Frau das gleiche Problem zu verzeichnen, darum kann sich Deutschland nicht nur den EG-Ausländern öffnen, sondern muß auch die gefürchteten Außereuropäischen einlassen. Ausländer bilden hier eine ökonomische und intellektuelle Frischzellenkur, die Deutschland braucht, um Europa zu werden. Ein Asylgesetz, das alle Armen und Leistungsschwachen hereinläßt, kann die erforderliche Auslese aber nicht leisten, es müßte ersetzt werden durch ein arbeitsmarktorientiertes Einwanderungsrecht.

Die mit Leistung erworbene Zugehörigkeit, für die Geißler eintritt, kann sich dann nicht mehr an völkischer Abstammung orientieren, sondern muß die Treue zur Verfassung propagieren. Nationen soll es geben, aber geistig und kulturell wird ‚der Europäer' multikulturalisiert und euphorisiert, nicht ohne in die Bewertung von dessen Kulturleistungen einen Widerspruch einzubauen zu der geforderten Öffnung Europas nach außen:

„Alles Wichtige war das Ergebnis europäischer Arbeit, europäischer Politik, europäischer Kultur: die universale Gültigkeit der Menschenrechte ebenso wie die Entdeckung Amerikas und der übrigen Welt".(34)

Kultur ist bei Geißler in bewährter Manier die geistige, künstlerische Produktion, deren Qualität die Qualität der ethnischen Gruppe bezeichnet. Die Kunst sei multikulturell, d.h. „schon immer Eigentum aller Nationalitäten" gewesen (35). Daß diese dann doch wieder nur die europäischen sind, zeigte sich an obigem Zitat, und

daß diese Kunst nicht etwa in Volkskunst oder Heavy Metal besteht, macht sein Hinweis auf Bach und Strawinsky deutlich. Klassenkultur eben. Ausländer und Deutsche sind gleich – unter dem Primat ihrer Verwertbarkeit! Dahinter verbirgt sich das anti-liberale Gegenteil: da die Menschen von Natur aus unterschiedliche Fähigkeiten haben, sind nur die Leistungsfähigen einander gleich.

Es dürfte kein Zufall sein, daß Geißler solche Pläne in einem Sammelband mit Aufsätzen rechter bis erklärtermaßen faschistischer Modernisierer äußert, äußern kann. Denn – abgesehen vom Verfassungspatriotismus, der eine Provokation darstellt – treffen sich hier die Geister, die die „neue Frontstellung" „Elite – Pöbel" favorisieren, „anstatt wahllos jedes Gesocks in einen Herrentopf zu sammeln, bloß weil es nicht beschnitten ist" (36). „Deutschland den Deutschen" ist hier ein gestriger Spruch, und es darf gelacht werden über die Alte Rechte, die sich entsetzt über das Kreuzen des Erbgutes zwischen „indischen Neubürgern" und „blonden Hafenstraßenbesetzern" (37). Dabei wäre das Entsetzen nicht nötig, denn es kann wohl vorausgesetzt werden, daß zumindest die Hafensträßler (wie auch andere Teile der autochthonen Bevölkerung) nicht in die zu bildende Elite einbezogen werden, sondern in die Kategorie der Nicht-Sozialisierbaren fallen, gemeinsam mit Roma und Sinti. Während die indischen Neubürger zumindest eine Chance hätten. Alain de Benoist sagt es kurz und bündig:

„Alle wertvollen Menschen sind Brüder, ungeachtet ihrer Rasse, ihres Landes, der Zeit, in der sie leben." (38).

Dies ist das Wesen der multikulturellen Gesellschaft aus neurechter Sicht.

Was bei den einen titanischer Kulturkampf ist mit der prickelnden Herausforderung jederzeitiger Götterdämmerung, ist bei Cohn-Bendit (grüner Frankfurter Stadtverordneter) und den Männern von der Zeitschrift „Pflasterstrand" die Bewährung auf dem kapitalistischen Markt. Die naturhaft sich selbst regulierenden Kräfte des Marktes bringen ebenso naturhaft die ungleichen Fähigkeiten der ‚Rassen' zur Entfaltung:

„So wie die natürlichen Bodenschätze nicht gleichmäßig über die Erdoberfläche verteilt sind, differieren auch die menschlichen Fähigkeiten. Schwarze sind im Sport und in der Unterhaltungsbranche überrepräsentiert, während die Juden in den intellektuellen Berufen und in der Geschäftswelt dominieren." (39)

Die Marktgesellschaft sorgt für Chancengleichheit. Wer's nicht schafft... das ist dann eben die persönliche Unfähigkeit, in einer ungleichen Gesellschaft gleich zu sein.

„Eine kosmopolitische Gesellschaft ist notwendigerweise konsumorientiert, kommerziell, kapitalistisch .. Die Rassen können nur auf dem Marktplatz friedlich zusammenkommen, dort wo sie einkaufen und verkaufen." (40)

Cohn-Bendit zeigte sich „fasziniert" von dieser darwinistischen Vision von United Colours of Benetton. Der einzige Unterschied, der hier zu faschistischen Theoretikern besteht, liegt in der Ausrichtung der Elitenbildung an Konsum und Kommerz, während die anderen Rechtsaußen diese doch entschieden an geistigen und emotionalen (Gemeinschafts-)werten festmachen wollen. Die Kompatibilität mit dem von Heiner Geißler vorgeschlagenen Verfassungspatriotismus und seiner Elitebildung ist jedoch in beiden Fällen nicht zu übersehen.

Soziobiologische Zuspitzung: der ‚Ausländer' wird zur Nicht-Person

Die Thesen aus Kulturökologie und Soziobiologie, auf die hier abschließend hingewiesen werden soll, stellen eine Zuspitzung der Orientierung auf ‚Eliten' und ‚Pöbel' dar, wie sie seit den Zeiten der Rassehygiene nicht mehr deutlicher formuliert werden konnte. Für den Kulturökologen Schmid ist das Projekt zur ‚Rettung des Abendlandes' klar daran gebunden, daß knappe Nahrungsreserven ins Verhältnis gebracht werden müssen zur Bevölkerungszahl, auf die sie sich verteilt. Genauer gesagt muß die Bevölkerungszahl danach ausgerichtet werden. Als Beispiel für die Richtigkeit der These und als Beleg für die behauptete überlebensnotwendige Überwindung des Sozialstaats dienen Kulturen, die über Regeln wie Heiratsbeschränkungen, Verbot außerehelichen Geschlechtsverkehrs, Witwenverbrennung... verfügen, deren Sinn nach Schmid darin liege, das demographisch-ökologische Gleichgewicht zu regulieren. Kultur entwickelt sich in dieser Sicht aus der Anpassung an ‚objektiv' gegebene ökologische Notwendigkeiten in einer darwinistischen Selektion von Funktionen und Verhaltensweisen, die dem Überleben des Ganzen dienen, d.h. vor allem in der Regulierung des Zugangs zu Nahrung und Fortpflanzung. Eine solche Kanalisierung könne sich nicht nur freiwillig vollziehen.

Die Abkoppelung jener abstrakten Funktionen für das soziale Ganze von den konkreten sie ausübenden Menschen wurde bei dem Soziobiologen Singer zur Grundlage der Argumentation. Seine Thesen zur ethischen Legitimation von Euthanasie wurden 1989 in der ZEIT dem Volk in einer breiten Kampagne nahegebracht. Singer teilt Menschen zusammen mit Tieren ein in „Personen", die über Beziehungs- und Kommunikationsfähigkeit u.ä. verfügen und „Nicht-Personen", denen diese Fähigkeiten abgehen. Die Funktion der „Personen" muß erhalten werden, daher wird ihnen ein Lebensrecht zugesprochen. Nicht-Personen tierischer und menschlicher Art dürfen dagegen getötet werden: dies wären Föten, Säuglinge, Kranke, Alte, Behinderte...

„An die Stelle von Schwarzen, Juden, Sklaven oder Ausländern treten die „Nicht-Personen". Die Stelle des Ariers, des Weißen, des Aristokraten oder des Nationalisten nimmt die „Person" ein, eine Leerformel, der beliebige Inhalte zugedacht werden können." (42)

Nach Balibar u.a. könnte sich hier der Rassismus der Zukunft andeuten, die Auslesemechanismen eines High-Tech-Kapitalismus, der in „transnationalen Konzernen eine schmale transethnische Schicht" Leistungsfähiger zusammenbringt (43). Reservate der sentimentalen Art dürfte es dann kaum noch geben. Für den Anti-Rassismus sollte sich aber an der Einsicht, daß ‚der Ausländer' eine gesellschaftliche Position bezeichnet, die vielfältig

besetzbar ist, die Fixierung auf kollektive Identitäten und die Frage ihrer Gleichheit oder Differenz lösen – zugunsten eines Blicks auf Prozesse der Auslese, die schon jetzt quer zu allen ethnischen und kulturellen Gruppierungen verlaufen. *cm*

Verweise im Text

(1) vgl. Balibar 1989: 369
(2) Götze 1992, alle Zitate: 229
(3) Taguieff 1992: 243
(4) vgl. M.Jäger 1992: 52 f



(5) Balibar 1992: 183
(6) vgl. Miles 1991
(7) Foucault 1977: 7of, 178
(8) Cohen 199o: 132
(9) „Bericht zur Situation der Roma im Karolinenviertel"
(1o) für eine ausführliche Kritik vgl. „Offener Brief an die STEG"
(11) vgl. Miles 1991: 1o6 ff
(12) Balibar 1989: 376
(13) vgl. ders. 199o: 32
(14) Benoist, A.de 1991:2o8
(15) vgl. hierzu Kalpaka/Räthzel 199o
(16) vgl. Jaschke 1992: 1o3
(17) vgl. Miles 1991: 65
(18) zitiert nach Greverus 1978: 54
(19) vgl. Jaschke 1992
(2o) vgl. Melber 1992
(21) Cohen 199o: 12o f
(22) Elias 1976: 3
(23) ders.: a.a.O.: 3 f
(24) vgl. Ulbrich 1991: 329 f, 336
(25) vgl. Radtke 1991
(26) Mies 1984
(27) Ulbrich 1991: a.a.O.
(28) ders.: a.aO.: 325
(29) nach Raimund Hethey/Peter Kratz (eds): In bester Gesellschaft, Antifa-Recherche zwischen Konservativismus und Neofaschismus; Göttingen 1991
(3o) vgl. dazu Sahlins 1981
(31) Wolfschlag 1991: 51
(32) vgl. hier z.B. Scharenberg 1992
(33) Räthzel 1992: 44
(34) Geißler 1991: 88
(35) ders.: a.a.O.: 82
(36) Ulbrich 1991: 343
(37) Wolfschlag 1991: 62
(38) zitiert nach Ulbrich 1991: 344
(39) Dan Nitescu, zitiert nach Fanizadeh 1991: 21
(4o) ders.: a.a.O.: 22
(41) vgl. Schmid 1992
(42) Paul 1992: 37
(43) Balibar 1989: 378, dazu auch Haug 1992: 41f

Literaturnachweis

Balibar, Etienne: Gibt es einen ‚neuen Rassismus'? in: Das Argument 175, 3/1989, S. 369 – 38o

ders.: Der Rassismus: auch noch ein Universalismus; in: Uli Bielefeld (Hg): Das Eigene und das Fremde, Hamburg 1992, S. 175 – 188

Benoist, Alain de: Der Rassismus – was ist das? in: Stefan Ulbrich (Hrsg): Multikultopia, Gedanken zur multikulturellen Gesellschaft, Vilsbiburg 1991, S. 197 – 21o

Bericht zur Situation der Roma und Sinti im Karolinenviertel, Bd.1 einer Berichtsreihe der Stadterneuerungsgesellschaft Hamburg mbH (STEG) zur sozialen Situation unterschiedlicher Bewohnergruppen im Karolinenviertel, Hamburg 1993

Cohen, Philip: Gefährliche Erbschaften: Studien zur Entstehung multirassistischen Kultur in Großbritannien; in: Annita Kalpaka/Nora Räthze (Hrsg): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, Hamburg 199o, S. 81-146

Elias, Norbert: Über den Prozeß der Zivilisation, Bd.1; Frankfurt a.M. 1976

Fanizadeh, Andreas: Die multikulturellen Freunde und ihre Gesellschaft; in: Redaktion Diskus (Hg): Die freundliche Zivilgesellschaft, Berlin – Amsterdam 1992, S. 13 – 24

Foucault, Michel: Der Wille zum Wissen, Sexualität und Wahrheit 1, Frankfurt a.M. 1977

Geißler, Heiner: Zugluft – Die multikulturelle Gesellschaft im Gespräch; in: Stefan Ulbrich (Hg): Multikultopia, Gedanken zur multikulturellen Gesellschaft, Vilsbiburg 1991, S. 69 – 98

Götze, Lutz: Multikulturelle Gesellschaft und Zukunftsvisionen Eine kritische Überprüfung ‚linker' Standpunkte; in: perspektiven 1992/4

Greverus, Ina-Maria: Kultur und Alltagswelt, München 1978

Haug, W.F.: Zur Dialektik des Anti-Rassismus; in: Das Argument 191, Hamburg 1992, S. 27 – 52

Jäger, Margret: Das Frauen- und Menschenbild im Rechtsextremismus; in: dies./Siegfried Jäger(Hrsg): Aus der Mitte der Gesellschaft I, Zu den Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus in Europa, DISS-Texte Nr. 2o, Duisburg 1992

Jaschke, Hans-Gerd: Nationalismus und Ethnopluralismus, Zum Wiederaufleben von Ideen der „Konservativen Revolution"; in: Institut für Sozialforschung (Hg): Aspekte der Fremdenfeindlichkeit, Beiträge zu einer aktuellen Diskussion; Frankfurt/New York 1992, S. 1o1 – 116

Kalpaka, Annita/Nora Räthzel (Hg): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein; Hamburg 199o

Melber, Henning: Am deutschen Wesen ... Zur Kontinuität kolonialen Denkens; in: Rassismus und Migration in Europa, Beiträge des Kongresses „Migration und Rassismus in Europa", Hamburg, 26. – 3o. Sept. 199o Hamburg 1992, Argument Sonderband 2o1, S. 247 – 258

Mies, Maria: Frauenforschung oder feministische Forschung; in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Köln 1984, Heft 11, S. 4o – 6o

Miles, Robert: Rassismus, Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs; Hamburg 1991

Nitescu, Dan: ohne Titelangabe zitiert in Fanizadeh nach Pflasterstrand 3/199o und 4/199o

Offener Brief an die STEG, betreffend den „Bericht zur Situation der Roma im Karolinenviertel", Antirassistisches Telefon, Hamburg 1993

Paul, Jobst: Zur Erinnerung: Tiermetaphern und Ausgrenzung; in: Siegfried Jäger/Paul Jobst: Von Menschen und Schweinen, Der Singer-Diskurs und seine Funktion für den Neo-Rassismus; DISS-Texte Nr. 13, Duisburg 1992, S. 3o – 43

Radtke, Olaf: Lob der Gleichgültigkeit, Die Konstruktion des Fremden im Diskurs des Multikulturalismus; in: Uli Bielefeld (Hg): Das Eigene und das Fremde, Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg 1991, S. 79 – 98

Räthzel, Nora: Formen von Rassismus in der Bundesrepublik; in: Margret Jäger /Siegfried Jäger (Hrsg): Aus der Mitte der Gesellschaft I, Zu den Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus in Europa; DISS-Texte Nr. 2o, Duisburg 1992, S. 31 – 48

Sahlins, Marshall: Kultur und Praktische Vernunft; Frankfurt a.M. 1981

Scharenberg, Albert: Rassismus, Sexismus und US-Arbeiterbewegung; in: perspektiven 9/1992

Schmid, Josef: Das verlorene Gleichgewicht, Eine Kulturökologie der Gegenwart; Stuttgart/Berlin/Köln 1992

Taguieff, Pierre-Andre: Die Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Anti-Rassismus; in: Uli Bielefeld (Hg): Das Eigene und das Fremde, Neuer Rassismus in der Alten Welt?, Hamburg 1992, S. 221 – 268

Ulbrich, Stefan: Verdammt viele Thesen...; in: ders. (Hg): Multikultopia, Gedanken zur multikulturellen Gesellschaft; Vilsbiburg 1991, S. 299 – 346

Wolfschlag, Claus: Argus beschaut den Kampf um Multikultopia; in: Stefan Ulbrich (Hrsg): Multikultopia, Gedanken zur multikulturellen Gesellschaft, Vilsbiburg 1991, S. 17 – 68

Bettina Hoeltje: Rede auf dem Abschluß-Forum des Konkret-Kongresses am 13. 6. 1993 zum Referat von Christoph Türcke und eine Nachbemerkung

Ich möchte hier auf das Referat von Christoph Türcke gestern auf diesem Kongreß eingehen, weil ich denke, daß dieses Referat bzw. die Reaktionen des Publikums auf den Protest dagegen etwas aussagen über diesen Kongreß. Und ich verstehe nicht, wieso Hermann Gremliza, wie er gerade hier ausgeführt hat, nichts zu diesem Referat sagen kann, das ihm ja wohl mindestens seit gestern abend schriftlich vorliegen muß. Mir liegt es nicht vor, ich hatte vorhin versucht, es bei der Kongreßleitung zu bekommen, aber es war nicht zu erhalten. Gut, insofern mache ich hier meine Bemerkungen auf der Grundlage dessen, was ich mir gestern mitgeschrieben habe:

Türcke führt seine Überlegungen damit ein, daß er erwägt, ob es nicht gerechtfertigt ist, von der Hautfarbe der Menschen ausgehend, von bestimmten körperlichen Eigenschaften also ausgehend, auf innere Dispositionen zu schließen, auf innere Qualitäten, auf psychische Eigenschaften. Er erwägt, ob es nicht gerechtfertigt ist, menschliche Rassen über die Hautfarbe zu definieren.

Er macht dabei keinen – und da sind genau die Leerstellen, die meines Erachtens die Wut gestern abend vollständig rechtfertigen – er macht keinen Bezug auf die Debatte über die Definition von Rassen als soziales Konstrukt, das ohne Herrschaft überhaupt nicht denkbar wäre. Er macht keinen Bezug auf die Geschichte dieses Begriffs als Kampfbegriff des deutschen Faschismus – und nicht nur des deutschen Faschismus – mit mörderischen Konsequenzen. Er macht keinen Bezug auf die Rolle der Wissenschaft in den sog. „Rassekunden" und die Konsequenzen, die diese gehabt haben, über Leben und Tod entschieden haben. Und er macht keinen Bezug darauf, daß wir, gerade wir hier, diese Begriffe überhaupt nicht diskutieren können ohne den Hintergrund des deutschen Faschismus und unserer Geschichte.

Zu diesem ersten Teil von Türckes Referat gehört weiter der folgende Gedanke – der zweite Teil hat dann viele Linke hier auf dem Kongreß wieder mit ihm versöhnt – also noch zum ersten Teil gehörig entwickelt er dann sein anthropologisches Konzept vom Menschen als im wesentlichen durch die Angst bestimmt, er bezieht sich dabei auf Nietzsche und macht die „Urangst vor dem Fremden" zu dem zentralen Bewegungsmoment des menschlichen Geistes und zum Organisator menschlicher „Kollektive". So das war der erste Teil seines Referats.

Dann kam der zweite Teil mit einer umfassenden Kapitalismuskritik: Kritik an der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Kritik an der Gleichmacherei der Menschen durch das Kapitalverhältnis, Kritik an der warenförmigen Beziehung zwischen den Menschen, an der Zerstörung von menschlichen Beziehungen durch kapitalistische Konkurrenz, Kritik an der Verelendung der Dritten Welt durch den Kapitalismus – alles Punkte, in denen Türcke zunächst zuzustimmen ist.

Als nächsten Punkt malt Türcke uns dann das Bild vom „Einwanderungsdruck", spricht davon, daß „unser Sozialsystem" hier diesen Einwanderungsdruck nicht aushalten wird, daß dieser Sozialstaat sich selbst untergraben wird, wenn er die Menschenrechte zur Maxime seines Handelns machen würde. Er benutzt Formulierungen wie: einer wird reingelassen und Hunderte werden folgen. Formulierungen, die durchaus die ökonomische Lage richtig beschreiben – den Widerspruch nämlich zwischen den reichen Nationen der Zentren und Dritter Welt. Hier in diesem Rahmen, innerhalb der Logik der deutschen Grenzen – da hat Herr Türcke natürlich recht mit seiner Argumentation, haben alle die recht, die mit dem „vollen Boot" argumentieren, und die letztliche Konsequenz dieser Position ist natürlich die Abschottung. Und wenn man dann Herrn Türcke fragt, was denn seine konkrete Position zur Asylpolitik ist, und ich habe ihn danach gestern abend gefragt, dann sagt er zwei Dinge: Zunächst sagt er, er sei nicht für Abschottung und als nächstes: Er habe doch die SPD schließlich dafür kritisiert, daß sie „umgefallen" sei! Das ist der Gipfel seiner Kritik an der herrschenden Asylpolitik! Eine solche Kritik aber ist für mich nicht eine grundsätzliche Kritik an der praktizierten völkischen Abschottungspolitik, sondern letztlich eine Art Legitimierung. Denn wofür steht denn die SPD ? Wo ist die denn „umgefallen"? Dies macht im ungekehrten Sinne deutlich, wofür Herr Türcke steht, nämlich offenbar für das, was bis zum Zeitpunkt des „Umfallens" der SPD die u.a. von dieser Partei konzipierte Ausgrenzungspolitik war!

Das Schlimmste an diesem Vortrag war aber, denke ich, noch etwas anderes. Das war meines Erachtens die Reaktion im Publikum: daß Türcke gestern die Mehrheit der im Saal Versammelten auf seiner Seite hatte. Am Anfang gab es Protest und dann wurde mucksmäuschenstill bis zum Schluß zugehört und dann gab es Beifall. Das Schlimme ist:

– hier kann jemand reden und zwar mit einer Mehrheit, die zuhört, der mit rassistischen Kategorien arbeitet, weil er dieses verknüpft mit einer antikapitalistischen Terminologie;

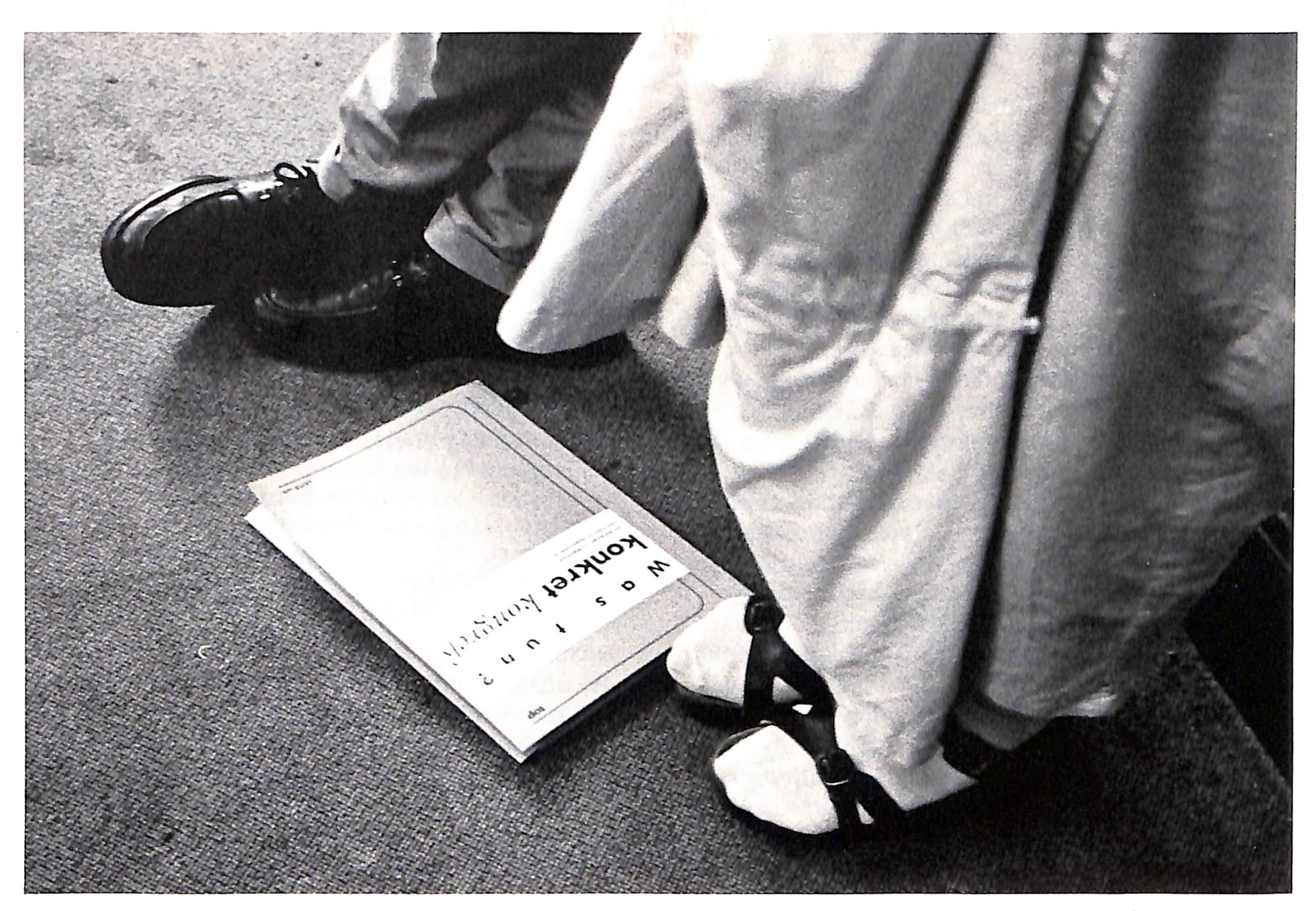


FOTO: MARILY STROUX

– hier kann jemand ein reaktionäres Menschenbild entwickeln, das aus der Giftküche von Ideologen und Humanwissenschaftlern rechter Couleur kommt, weil er dies in eine antikapitalistische Kritik einbaut, obwohl doch bekannt ist, daß antikapitalistische Momente und Argumentationsmuster durchaus Bestandteile faschistischer Propaganda sind!

– Schlimm ist, daß es von der Mehrheit im Saal zu einer Frage der Toleranz gemacht wurde, ob man sich einen solchen Scheißdreck anhören muß;

– Schlimm ist weiter, daß es hier vom Podium aber auch aus dem Saal zum Vortrag von Türcke hieß, seine Überlegungen seien „durchdacht", „intelligent" und „faszinierend"; dies ist wörtlich gestern so gesagt worden!

Und als letztes möchte ich all jene, die hier jetzt sauer darüber sind, daß ich diese Dinge thematisiere, folgendes fragen: Ich weiß nicht, ob Ihr das mitgekriegt habt, mit welchem Bild uns Herr Türcke gestern in den Abend geschickt hat. Er hat in seinem letzten Beitrag in der Diskussion gesagt: Wie war das denn 1492, als Kolumbus in Lateinamerika gelandet ist und die Ureinwohner ihn und seine Mannschaft begrüßt haben wie Götter. Und er hat weiter gesagt: sie haben keine Angst gehabt und – sie haben das bitter gebüßt. Ich habe gestern den ganzen Abend nicht verstanden, was dieses Bild eigentlich besagt. Ich habe darüber nachgedacht und heute morgen ist es mir dann wie Schuppen von den Augen gefallen. Vielleicht könnt Ihr mal darüber nachdenken. Ich denke, hier wird der „Urinstinkt" „Angst vor dem Fremden" als „Schutzmechanismus" definiert, der dort und damals nicht funktioniert hat – mit bösen Konsequenzen, wie Ihr wißt. Und wir sind natürlich auf der Seite derjenigen, die sagen, die hätten die damals abmurksen müssen, Kolumbus und seine Mannschaft. Was heißt dies aber für uns hier und die heutige Situation? Ich möchte Euch mit dieser Frage allein lassen.

Nachbemerkung:

Wie schon gesagt: ich habe diese Rede gehalten, ohne Türckes Referat schriftlich in der Hand zu haben. Mittlerweile liegt es mir als unveröffentlichtes Manuskript vor. Nachdem ich es nun auch gelesen habe, kann ich sagen: ich sehe meinen ersten Eindruck, der sich bei einem ersten Hören unter den Bedingungen von Protest, Unterbrechungen, Zwischendiskussionen und eigener Empörung gebildet hatte, bestätigt. Dennoch läßt sich natürlich differenzierter auf etwas eingehen, das in Ruhe zu lesen war.

Meine Einschätzung ist, daß es sich hierbei um so etwas wie einen Wendepunkt in der linken Debatte handelt, um eine Stelle in dieser Debatte, die sich möglicherweise kompatibel macht für rechtskonservative (um es vorsichtig zu sagen) bzw. für rassistische Argumentationsmuster. Ich habe allerdings weder die Zeit noch den Platz, Türckes Referat hier umfassend zu analysieren, ich kann das nur an einigen wenigen Formulierungen tun. Ich gehe hier z.B. nicht ein auf sein Menschenbild, auf seine Ausführungen zur Rolle der Angst vor dem Fremden und Unbekannten als Erkenntnisprinzip, nicht auf das konkret Politische, das in seinem Text steckt, nicht auf die Verwendung des Begriffs „naturwüchsige Kollektive" für

Volk und Nation, und auch nicht auf die Frage, die wohl eine ganz zentrale ist, wie die in Kern und Konsequenz rassistischen Kategorien Türckes mit seiner politökonomischen Analyse und seinem philosophischen Ansatz vermittelt sind.

Das Folgende kann nur ein Einstieg in die Diskussion sein. Und ich beginne diese mit dem Versuch, folgende These zu belegen: Türckes Formulierungen sind z.T. unpräzise-wolkig und bedienen bewußte und unbewußte Assoziationen (was natürlich jeder Text tut) auf eine Weise (was nicht jeder Text tun muß), die rassistische Klischees und Vorurteile mobilisiert und affirmativ bedient, ohne sich an diesen abzuarbeiten. Dies ist seinem Text vorzuwerfen. Und es stellt sich die Frage, welche Funktion dies hat.

Ich denke, diese Diskussion ist wichtig: Hätte irgendjemand im Rahmen irgendeiner Talkshow diese Ausführungen gemacht, wäre die ganze Angelegenheit nicht so brisant. Die Tatsache aber, daß es sich hier um einen Konkret-Autor handelt, um einen Beitrag auf einem linken Kongreß und daß dieser großen Beifall erhielt, macht es nötig, sich sehr genau damit auseinanderzusetzen und zu überlegen, was dies für die Linke, ihre Theorie und Praxis bedeutet.

Türcke beginnt sein Referat mit den folgenden Sätzen: *„Daß Pygmäen, Mongolen, Eskimos, Araber, Skandinavier in Wuchs, Gestalt, Farbe, Sprache und Sitten deutlich voneinander abweichen, ist keine Erfindung ressentimentgeladener Mitteleuropäer, sondern simple Tatsache. Es gibt nun einmal Menschengruppen schwarzer, weißer, gelber oder rötlicher Hautfarbe, die sich durch die Gemeinsamkeit erblicher Merkmale signifikant von anderen unterscheiden, und so unmöglich es ist, genau anzugeben, wie weit dieser Merkmalsunterschied sich über die Hautfarbe hinaus auf Temperament, Neigung, Begabung, Charakter erstreckt, so absurd wäre es, ihn zu leugnen und so zu tun, als bedeute der Unterschied zwischen schwarzer und weißer Hautfarbe nicht mehr als der zwischen einem roten und einem grünen Anorak.“ (Türcke 1993:1)*

Es ist keine neue Methode, die Überzeugungskraft des eigenen Arguments scheinbar dadurch zu vergrößern, daß das Gegenargument idiotisch formuliert wird: natürlich ist die Hautfarbe kein Anorak, den man ausziehen, waschen oder färben kann. Aus dieser Tatsache folgt allerdings keineswegs die Stichhaltigkeit der Argumentation Türckes. Ich denke, es lohnt sich, diese Sätze näher anzusehen, weil sich daran deutlich machen läßt, wie Türcke in dieser heiklen Frage Zuschreibungen und Bilder mobilisiert, die keine Abgrenzung gegen einen rassistischen Diskurs erfahren. Ich fange mit dem zweiten Satz an:

„Es gibt nun einmal Menschengruppen schwarzer, weißer, gelber oder rötlicher Hautfarbe -“

So weit könnte frau ersteinmal folgen: es gibt auch Menschengruppen mit schwarzen Haaren und welche mit blonden, Menschengruppen, die Frauen und welche, die Männer sind, Dicke und Dünne etc. Klar muß aber sein: Zu jeder dieser Kategorisierungen gehört jemand, der kategorisiert und jemand, der kategorisiert wird. Nie geschehen solche Zuschreibungen außerhalb von sozial



FOTO: MARILY STROUX

Nicht bloß das Phänomen, sondern das Wesen ist verschieden für den Bauern, der die Erde bestellt, den städtischen Bürger, der Erholung sucht, (...) den Maler, der ein Bild entwirft, den Flieger, der eine Notlandung machen muß, den Strategen, der das Gelände abschätzt. (Max Horkheimer, Ideologie und Handeln)

geschichteten Verhältnissen, immer transportieren sie einen ganzen Katalog von Bildern und Phantasien über die Kategorisierten, selten handelt es sich dabei um Kriterien, die vollständig neutral bewertet werden, in denen nicht eine Dimension von besser – schlechter u.ä. mitschwingt. Und die Hautfarbe der Menschen ist mit Sicherheit eines der Merkmale, die am meisten verknüpft sind mit Konnotationen von Wert und Unwert, die soziale Chancen verstellen oder einräumen. Über die Hautfarbe eines Menschen läßt sich kein neutraler Diskurs führen, der sich loslösen lassen würde von der Hautfarbe dessen, der redet und von der desjenigen, über dessen Haut geredet wird, kein Diskurs, der unbeschadet wäre von der Bedeutung dieses Merkmals in der Menschheitsgeschichte und den Verletzungen, die diese in den Individuen hinterlassen hat.

„- die sich durch die Gemeinsamkeit erblicher Merkmale signifikant von anderen unterscheiden -“

Was meint Türcke hier mit der „Gemeinsamkeit erblicher Merkmale“? Offenbar nicht nur das eine Merkmal der Hautfarbe, sondern darüberhinaus weitere und zwar „erbliche“ (die er hier aber nicht benennt), in denen sich die Gruppe der Schwarzen von der Gruppe der Weißen (der Roten etc.) „signifikant“ unterscheidet.

Festzustellen ist zunächst:

* Der Begriff der „Erblichkeit“ ist verknüpft mit Konnotationen wie naturhaft, nicht veränderbar. Die Identifizierung von Eigenschaften eines Menschen oder eines menschlichen Verhaltens als vererbbar immunisiert diese Merkmale gegen die Frage nach Ursachen, die nicht in den genetischen Informationen, sondern in der sozialen oder materiellen Umwelt eines Individuums liegen. Sicher gibt es (einige wenige) genetisch verankerte Merkmale, die ihr Erscheinungsbild im einzelnen Individuum relativ unabhängig von Umweltfaktoren zeigen; und dazu wird die Hautfarbe zählen. Zu diesem Punkt ist dann aber all das zu sagen, was ich bereits oben angemerkt habe.

* Der Begriff „signifikant“ stammt aus der Statistik und meint die quantitative Ausprägung von gemessenen Un-

terschieden (z.B. zwischen Individuen oder Gruppen) in irgendeinem Merkmalsbereich, bedeutet, daß diese Unterschiede statistisch gesichert sind. Das „signifikant" in Türckes Satz unterstreicht die Unterschiede, die er behauptet (von denen er allerdings nicht sagt, welche dies – außer der Hautfarbe – sind), indem er suggeriert, daß diese mathematisch-statistisch meßbar und nachweisbar seien.

Nun ein Rückbezug auf den ersten Satz in Türckes Referat: Er zählt hier Merkmale von Menschen bzw. Menschengruppen auf – Wuchs, Gestalt, Farbe, Sprache, Sitten – und spricht dann im zweiten Satz von einer „Gemeinsamkeit erblicher Merkmale", ohne diese näher zu bestimmen. Abgesehen davon, daß dies – unabhängig vom subjektiven Willen des Sprechers – den Zuhörenden nahelegt, eine solche Sammelkategorie mit den direkt vorher genannten Elementen inhaltlich zu füllen, legt auch der innere Zusammenhang der beiden Sätze es nahe, dieses zu tun: Der zweite Satz hat die Funktion, den ersten zu beweisen, dies zeigt die sprachliche Verknüpfung beider Sätze: „... ist keine Erfindung ... Es gibt nun einmal ...". Nun kann ich Türcke hier nicht nachweisen, daß er tatsächlich mit der „Gemeinsamkeit erblicher Merkmale" die genannten Merkmale von Wuchs bis Sprache meint; festzuhalten ist nur, daß von ihm diese Identifizierung diffus angeboten wird.

„- und so unmöglich es ist, genau anzugeben, wie weit dieser Merkmalsunterschied sich über die Hautfarbe hinaus auf Temperament, Neigung, Begabung, Charakter erstreckt, -"

Türcke führt hier jetzt psychologische Begriffe zur Bezeichnung von Menschen hinsichtlich ihrer inneren Eigenschaften und Dispositionen ein, Begriffe, die eine unselige Tradition haben. Nur stichwortartig hierzu: Diese Begriffe

* sind völlig unpräzise Konstrukte,

* haben in den Humanwissenschaften lange Zeit dazu gedient, Menschen und Menschengruppen in normativem Sinne zu klassifizieren und zu pathologisieren (z.B. die Einteilung der Menschen in „Temperamente" und die Koppelung dieser „Temperamente" mit der Disposition zu bestimmten Geisteskrankheiten),

* sind alltagstheoretisch diffus angefüllt mit der Vorstellung, diese Dimensionen beruhten auf genetischen Faktoren („Charakter vererbt sich") und

* waren immer verknüpft mit der legitimatorischen Absicherung von Herrschaftsverhältnissen. Z.B.: Die gesellschaftliche Stellung von Frauen erklärt sich aus Temperament und Neigung und dieses erklärt sich aus ihrer Körperbeschaffenheit; Alkoholismus und Kriminalität erklärt sich aus charakterlichen Anlagen. Es sei hier daran erinnert, welche umfassende Mühe Humanwissenschaftler sich gegeben haben (bis hin zur Fälschung von Daten bei Untersuchungen über die Intelligenzentwicklung eineiiger Zwillinge), nachzuweisen, daß Intelligenz („Begabung") eine Frage der Gene ist und nicht im wesentlichen eine von sozialen Chancen, von günstigen oder ungünstigen Bedingungen, unter denen ein Kind aufwächst.

Türcke kennt mit Sicherheit die Kritik der emanzipatorischen Sozialwissenschaft an diesen Begriffen. Er setzt sich aber nicht explizit mit ihren Argumenten auseinander, sondern verabschiedet sich, ohne dies ausdrücklich zu sagen, von ihr, indem er diese Positionen mit der Anorak-Metapher demagogisch denunziert. Das Alltagsbewußtsein hat schon immer gewußt, daß die linken Milieu-TheoretikerInnen spinnen!

Zwar könnte man beim ersten Hören der Meinung sein, Türcke grenze sich gerade davon ab, hier eine Verbindung zu ziehen zwischen Hautfarbe und Eigenschaften wie Temperament, Begabung etc. Auf den zweiten Blick wird allerdings deutlich, daß er nur sagt, eine Quantifizierung dieses Zusammenhangs sei nicht möglich: „- so unmöglich es ist, genau anzugeben, wie weit dieser Merkmalsunterschied sich (...) auf Temperament, Neigung, Begabung, Charakter erstreckt". Daß dieser Zusammenhang besteht, darin ist Türcke sich sicher und so heißt es dann auch konsequent:

„- so absurd wäre es, ihn zu leugnen -"

Hier ist etwas unklar, worauf sich das „ihn" bezieht. Grammatisch bezieht es sich auf den vorher genannten „Merkmalsunterschied" (der weiter oben mit nicht näher genannten „erblichen Merkmalen" angefüllt worden war). Türcke will aber ja nicht betonen, daß es absurd wäre, diesen Merkmalsunterschied zu leugnen, sondern es geht ihm hier um den eingeführten Zusammenhang zwischen einer äußeren körperlichen Beschaffenheit (Hautfarbe) und inneren Eigenschaften. Daß er diesen Zusammenhang eben meint, belegt der Rest des Satzes: die Geschichte mit dem Anorak.

Die Botschaft ist also klar: Menschen mit schwarzer Hautfarbe unterscheiden sich von Menschen mit weißer Hautfarbe in Bezug auf Temperament, Neigung, Begabung und Charakter, Menschen mit gelber Hautfarbe von denen mit rötlicher etc. Und genau diese Aussage kann sich nicht darauf herausreden, sie sei ganz neutral und sage nichts über ein Besser oder Schlechter, nichts über ein Mehr oder Weniger, nichts über ein Höher oder Niedriger. Im Gegenteil:

Erstens bietet Türcke dem Diskurs über die Hautfarbe von Menschen mit den Begriffen von Begabung, Charakter etc. als Differenzierungskriterien sogar noch Ankerplätze, die, wie ich oben gezeigt habe, bis an den Rand gefüllt sind mit diffusen vorurteilshaften Bedeutungen: ein guter und ein schlechter Charakter, ein fester und ein labiler, hohe, durchschnittliche und niedrige Begabung, ein zügelloses oder träges Temperament etc. etc. Und es klingt bei Türcke sogar an, daß es ihm genau darum geht, wenn er schreibt:

„Warum nicht zugeben, daß die Natur ihre Huld innerhalb der Rassen wie auch zwischen ihnen nicht so gleichmäßig verteilt hat wie eine Firma ihre Postwurfsendung." (ebenda:2)

Auch wenn der Satzteil „innerhalb der Rassen" objektiv die Funktion hat, zu vernebeln, bzw. die Aussage gegen Kritik zu immunisieren, weil argumentiert werden kann, er habe hier doch nicht nur die „Rassen" miteinander verglichen, sondern auch Unterschiede innerhalb einer „Rasse" konzediert: Es geht Türcke mit seinem gesamten Beitrag um den Nachweis der Berechtigung, von „Rassen" zu sprechen, von „Rasseneigenschaften" (S.1)

und vom Unterschied zwischen den Rassen, und mit der „Huld der Natur" ist klar gesagt: die eine hat mehr abgekriegt, wurde besser ausgestattet als die andere. Dies ist kein neutraler Diskurs (den es auch nicht geben kann).

Dazu kommt, daß nun jede/r selbst assoziieren kann, wer denn nun – die Weißen oder die Schwarzen, die Roten oder die Gelben – von der „Natur" besser bedacht worden sind. Der Satz, der unmittelbar vor dem gerade zitierten steht, gibt Hinweise dafür:

„Warum nicht einräumen, daß es günstigere und weniger günstige klimatische und geographische Bedingungen für menschliche Entwicklung gibt, so daß es nicht ganz zufällig ist, wenn etwa im Mittelmeerraum und Vorderasien sich Agrikultur, Architektur, Handel, Sprache und Schrift in anderer Weise entfalteten als in Feuerland oder Amazonien?" (ebenda:2)

Warum es ihm wichtig ist, hierauf hinzuweisen und welchen Stellenwert dies in seiner Argumentation hat, zeigt sich weiter unten.

Zweitens ist es aus Gründen der Logik auch gar nicht möglich – und zwar sowohl im alltagstheoretischen als auch im sozialwissenschaftlichen Bewerten (mal ganz abgesehen von dem unlösbaren Problem der Operationalisierung solcher Konstrukte!) – , einen Unterschied zwischen Gruppen hinsichtlich solcher Merkmale zu konstatieren, ohne (in Bezug auf die Qualitäten, die man vergleichen will) explizit oder implizit zu quantifizieren. Z.B. so: Mehr von einer Neigung zum Triebhaften oder Weniger von einem leicht erregbaren Temperament etc. D.h.: Die Aussage „Menschen mit weißer Hautfarbe unterscheiden sich in Bezug auf Temperament, Begabung, Neigung, Charakter" legt die Bedeutung nahe: Menschen mit weißer Hautfarbe haben mehr bzw. weniger Begabung, mehr oder weniger von Temperament A oder B, mehr oder weniger von Neigung A oder B als Menschen mit schwarzer Hautfarbe.

Türcke schreibt, in dem er sich auf den „Stoffwechselprozeß" bezieht, „in welchem die Menschheit mit der übrigen Natur steht":

„Dieser Stoffwechselprozeß hat den Menschen, als einzelnen wie als Gruppe, zahllose Verschiedenheiten ein- und aufgeprägt, und wenn man den eindeutigsten und haltbarsten davon, die so tief in dem jeweiligen Kollektiv sitzen, daß sie sich unweigerlich vererben, mit wem die betreffende Person sich auch paare, den Namen der Rasseneigenschaft gibt, so ist das nichts als eine vernünftige Regelung" (ebenda:1).

Festzuhalten ist hier zweierlei: Erstens klopft er hier noch einmal fest, daß es „eindeutige und haltbare Rasseneigenschaften" gibt, ohne zu sagen, welche Eigenschaften er darunter versteht: Die geneigte Leserin wird assoziieren: Charakter, Begabung... Zweitens ist nicht klar, welchen Begriff Türcke von „Erblichkeit" hat; die Rede davon, daß der Stoffwechselprozeß den Menschen bestimmte Eigenschaften „ein- und aufprägt", die sich dann vererben, könnte eine großzügige literarische Metapher sein oder ein Aufwärmen lamarckistisch-stalinistischer Vorstellungen von der Vererbung erworbener Eigenschaften. Es kommt hier aber wohl weniger darauf an, genau zu verstehen, welche Vorstellungen Türcke zur Vererbung hat. Festzustellen ist, daß ihm der Begriff der Vererbung, der Erblichkeit, der Verankerung von Eigenschaften „tief im Kollektiv" außerordentlich wichtig ist. Die Frage stellt sich, warum?

Wenn wir dies noch einmal zusammendenken mit seinen Aussagen zu der ungleichzeitig verlaufenen Menschheitsentwicklung (unterschiedliche geographische und klimatische Bedingungen; hier hochentwickelte Gesellschaften mit einer „(in anderer Weise entfalteten) Agrikultur, Architektur, Handel, Sprache und Schrift"; dort Steinzeit), zusammendenken mit seinen Aussagen zu Temperament, Charakter etc., dazu nehmen, daß er von „haltbaren erblichen Rasseeigenschaften" spricht, dann tut sich folgendes Bild auf:

Die Menschheitsentwicklung hat sich in die Körper der „Rassen" eingeschrieben, Charakter, Begabung etc. jedes einzelnen „Rassen"-Mitgliedes geprägt; und so sind sie heute noch: Die einen haben die Steinzeit in Körper und Seele, die anderen die moderne Zivilisation. Hierzu ist zu sagen: Die These von einer so gearteten Präsenz der Menschheitsgeschichte in den Individuen und Gruppen ist durch nichts bewiesen und vor allem durch nichts zu beweisen; sie ist eine Konstruktion (genau wie die Koppelung von Hautfarbe, Charakter, Temperament etc.), eine Sichtweise, zu der mensch sich entscheiden (oder die mensch ablehnen) kann, und von der man fragen muß, welchen Sinn sie erfüllt.

Ich habe in meiner Rede gesagt, Türcke habe seinen Rassebegriff ohne Bezug auf die Geschichte dieses Begriffs als Kampfbegriff des deutschen Faschismus verwendet. Dieses stimmt nicht und stimmt doch. Er bezieht sich darauf, er spricht über den Rassismus der Faschisten, aber auf eine merkwürdig schillernde Art und Weise, die eine Abgrenzung zu modernisierten Fassungen des Rassismus der Neuen Rechten nicht deutlich werden läßt. Er sagt z.B.:

„Erst wenn aus der Hautfarbe eine fixe, ahistorische Erbmasse gefolgert wird und aus der wiederum ein bestimmter Charakter, Intelligenzgrad, moralischer Wert, der dann pauschal allen Mitgliedern einer Rasse unterstellt und als ihr ‚Blut' ausgegeben wird, ist die Definition in Projektion, die Analyse in grobe Fahrlässigkeit umgeschlagen (...)." (ebenda:2).

Auf den ersten Blick scheint Türcke mit dieser Argumentation wieder alles zu korrigieren und zwar sowohl in Bezug auf die angeblichen Unterschiede zwischen den „Rassen", als auch in Bezug auf die Erblichkeit der Merkmale:

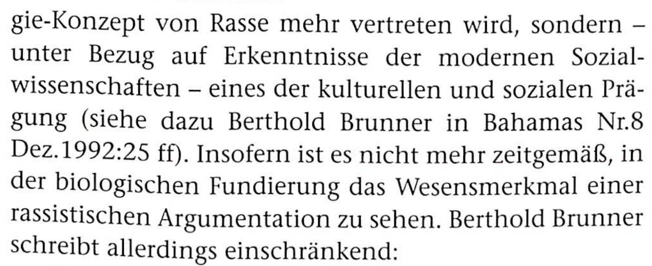
Ein zweiter Blick zeigt allerdings, daß er sich hier keineswegs von seinen bis dahin vertretenen Thesen zu den Unterschieden zwischen den „Rassen" abgrenzt, sondern nur davon, „pauschal allen Mitgliedern einer Rasse" einen „bestimmten Charakter" und einen „bestimmten Intelligenzgrad" zu unterstellen. Das heißt: Ausnahmen von der Norm gibt es natürlich (was die Norm bestätigt). Oder konkret: von den (im Vergleich mit den Schwarzen/Weißen) insgesamt dümmeren Schwarzen/Weißen gibt es natürlich einige, die weniger dumm sind und einige, die noch dümmer sind, als der Durchschnitt. Türckes Grundthese von der Unterschiedlichkeit der „Rassen" bleibt – wie zu sehen ist – von dieser Einschränkung unberührt.

Zur Frage der „Erbmasse“ erhebt sich wieder die Frage: Wie meint Türcke das hier? Grenzt er sich hier nun ab von der Vorstellung von „Rasseneigenschaften“, die in einer „Erbmasse“ niedergelegt sind? Oder grenzt er sich nur davon ab, die „Erbmasse“ als „ahistorisch“ zu begreifen? Was aber ist dann eine historische Erbmasse? Auch hier wieder Nebel, der zum Assoziieren einlädt.



FOTO: MARILY STROUX

Wichtig scheint mir hier, darauf hinzuweisen, daß in den theoretischen Werkstätten z.B. der französischen Nouvelle droite schon seit den 80iger Jahren kein Blut- und Biologie-Konzept von Rasse mehr vertreten wird, sondern – unter Bezug auf Erkenntnisse der modernen Sozialwissenschaften – eines der kulturellen und sozialen Prägung (siehe dazu Berthold Brunner in Bahamas Nr.8 Dez.1992:25 ff). Insofern ist es nicht mehr zeitgemäß, in der biologischen Fundierung das Wesensmerkmal einer rassistischen Argumentation zu sehen. Berthold Brunner schreibt allerdings einschränkend:



„Es wäre ein Mißverständnis, zu verkennen, daß auch ‚kulturaler‘ Rassismus eine Biologisierung der Gesellschaftserklärung betreibt. Das Streben, in abgegrenzten Nationen zu leben, wird als ‚natürlich‘ vorausgesetzt.“ (Brunner 1992:28).

Ich komme noch einmal zurück auf Türckes Überlegungen zum Zusammenhang von klimatischen und geographischen Bedingungen für die unterschiedliche Entwicklung von Menschengruppen: Natürlich muß es möglich sein, darüber nachzudenken, wie sich bestimmte materielle Bedingungen des menschlichen Stoffwechsels mit der Natur auf die soziale und gesellschaftliche Organisation von Gruppen, auf die physischen und psychischen Möglichkeiten der Individuen auswirken oder ausgewirkt haben. Dies ist nicht per se rassistisch. Die Frage ist dabei nur:

– wer redet hier mit wem?

– wer redet hier über wen?

– Zu welchem Zweck wird ein solches Nachdenken angestellt?

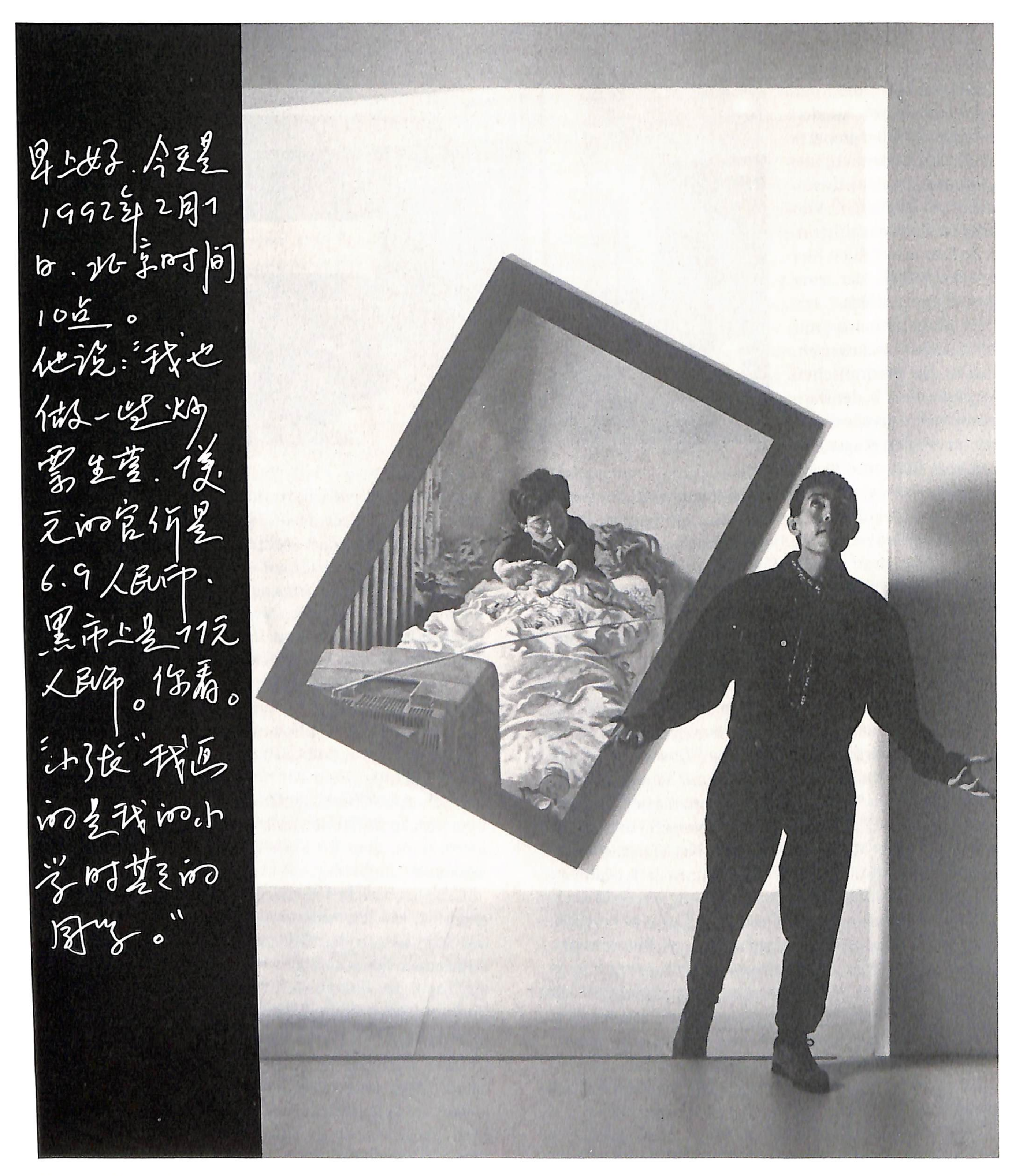
- Zu welchem Zweck wird die Ungleichzeitigkeit der menschlichen Entwicklung, die längst blutig zunichtet gemacht worden ist, qua genetischem Substrat auf die heute Lebenden verlängert?

Türckes Referat ist kein Gespräch, es ist ein Reden über: Ein Weißer redet über Schwarze, Gelbe, Rote. Und ein Gedanke zur möglichen Funktion seiner Überlegungen für den Seelenhaushalt der linken Debatte: wenn der Fremde ersteinmal als das wirklich (signifikant und unveränderbar, weil erblich) Andere (Haut, Temperament, Begabung, Charakter, Neigung) identifiziert ist, wenn es zweitens stimmt, daß es eine anthropologische Konstante ist, daß der Mensch auf das Fremde nun einmal mit Angst und Schrecken reagiert (nur kurz dazu: ich halte auch diese These für eine Setzung, die so oder so ausfällt, je nachdem, in welchem Kontext sie welche Funktion erfüllen soll), fällt dann nicht endlich ein Stein vom linken Herzen, für das es immer schwerer wird (es macht so einsam), eine oppositionelle Haltung zur herrschenden Abschottungspolitik einzunehmen?

Es gibt für uns keine Chance für einen nicht-rassistischen Diskurs, wenn wir uns vor dem Hintergrund des deutschen Faschismus nicht davon verabschieden, etwas über die „Fremden“ als Kollektiv zu wissen, über ihre Kollektiv-Haut, über ihr Kollektiv-Temperament und ihren Kollektiv-Charakter.

Und ich möchte genau hierzu zum Abschluß etwas erzählen, was ich im Sommer vor zwei Jahren am Strand des Schalsees in der Nähe von Mölln erlebt habe beim Einkremen der schwarzen Haut eines 7jährigen Jungen aus Togo, der damals dort seine Sommerferien mit uns und unserem weißen 7jährigen Sohn verbrachte und der inzwischen mit seinen Eltern und seiner kleinen Schwester in seine „Heimat“ abgeschoben wurde: seine Haut machte ihm oft zu schaffen (was für ein Wunder!), sie juckte und brannte, war trocken und mußte oft eingekremt werden; er ließ sich das zwar gefallen, war aber immer ungeduldig und zappelig, wollte die Prozedur hinter sich bringen, um wieder ins Wasser toben zu können; ein alter Mann beobachtete uns, stand in unserer Nähe, kam näher, stand und guckte; sagte schließlich zu mir, Belehrung in der Stimme: „Die brauchen das doch gar nicht! Ich kenn' die, ich war selbst in Afrika, damals im Krieg.“ Ich hoffe, Tchaou hat das nicht gehört. ■

赵半狄

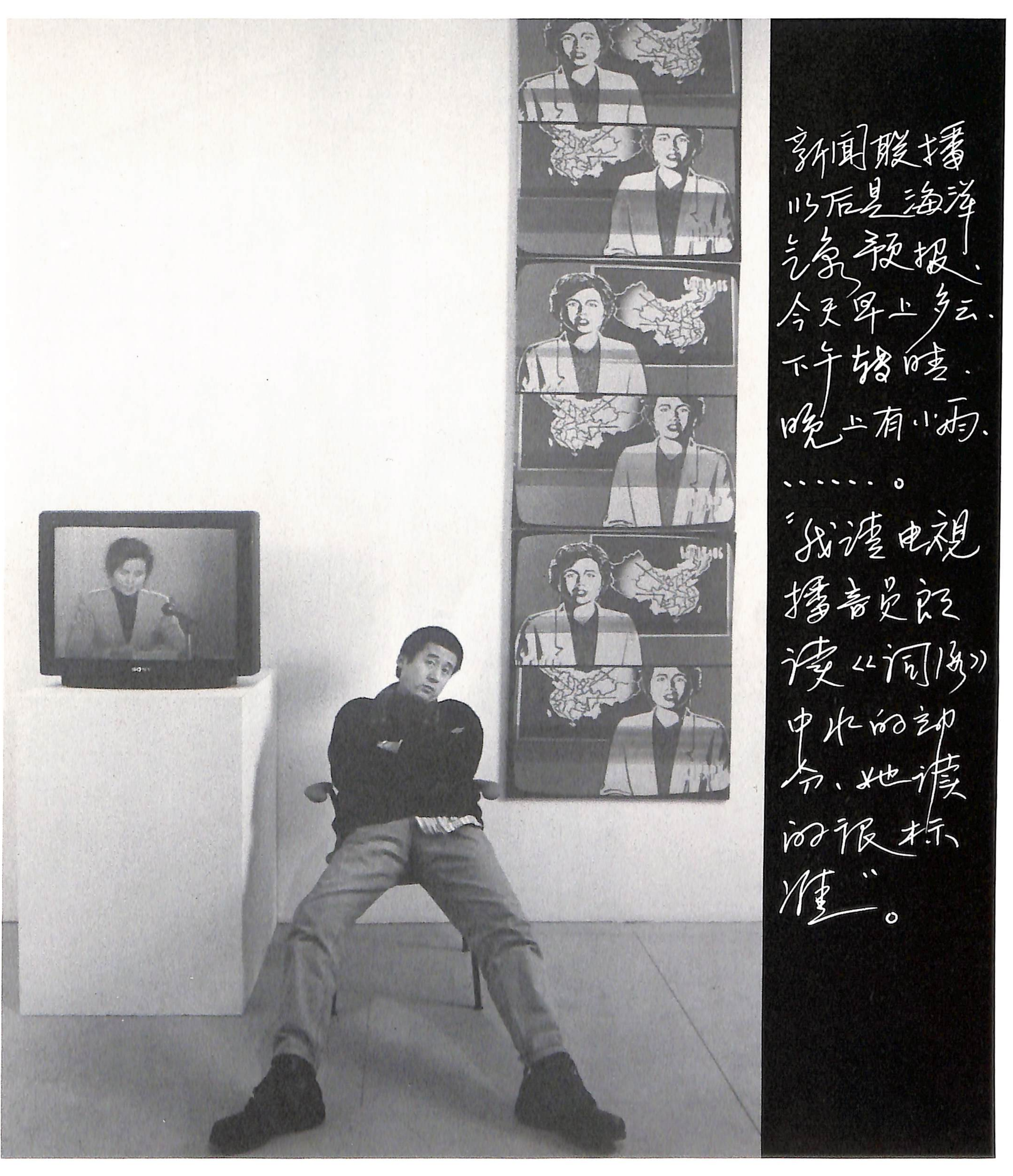


Zhao Bandi

Good morning. Today is the 1st February 1992. Beijing time ten o'clock. He said: "I'm also doing some money exchange business. The official rate of $ 1.00 is 6.90 ¥, but in the black market it is 11.00 ¥, you see." The figure I painted is called Little Zhang, my highschool classmate.

Zhao Bandi: born 1963 in Beijing, where he took his examination in the Central Acadamy of Arts in 1988. Today he is living as a freelance artist in Beijing.

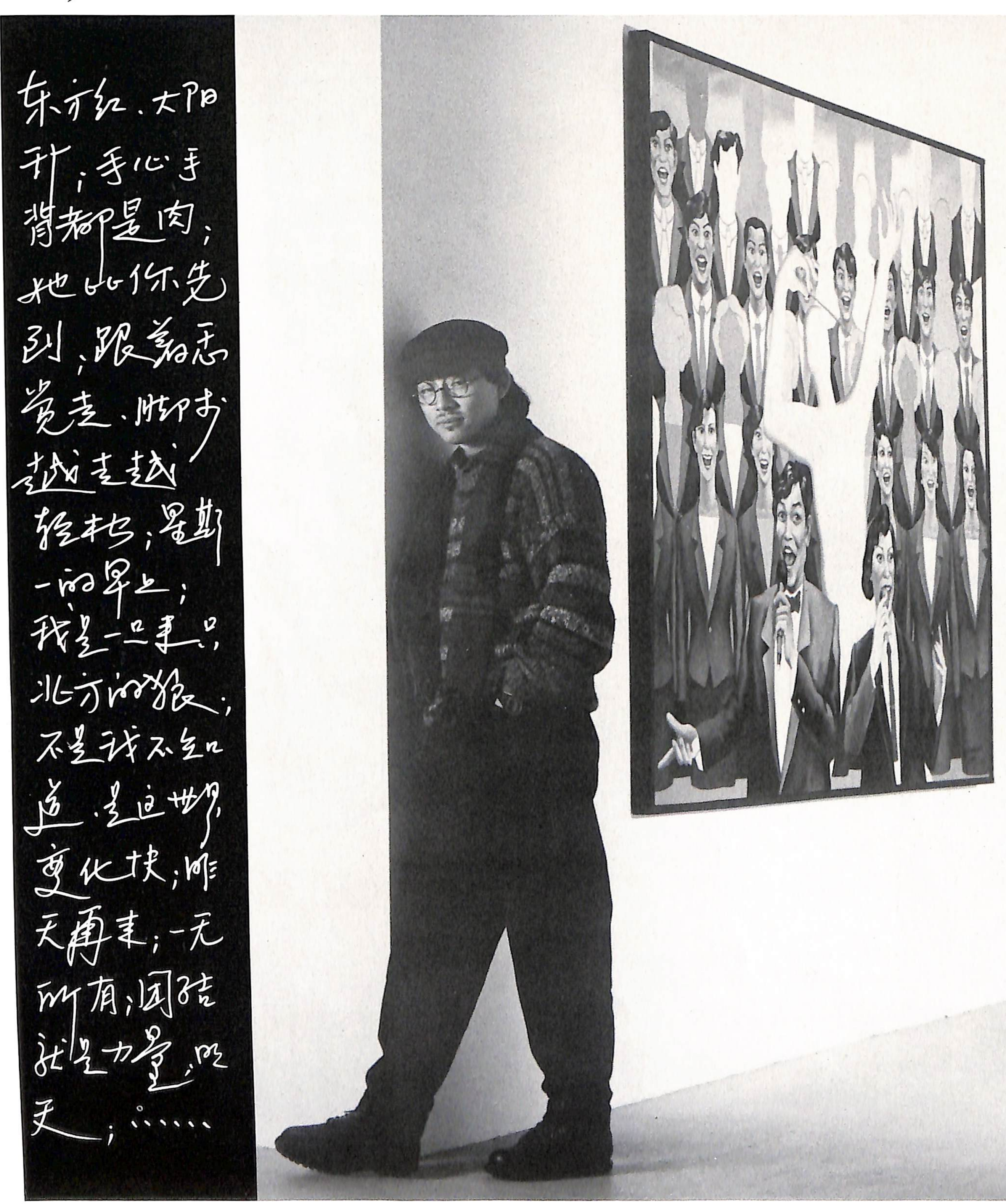
张培力



Zhang Peili

After world news on television there is the ocean weather forecast. In the morning it is cloudy, in the afternoon it will change to bright and sunny periods, in the evening there will be possible showers. I asked the newsreader to read the explanatory additions of the word water form a Chinese dictionary. She did that with very professional pronounciation.
Zhang Peili: born 1957 in Hangzhou, where he is living today. He took his final exam in the Zhejiang Academy of Arts in 1984.

王劲松



Wang Jinsong

The east is red, the sun is rising ... The palm and the back of the hand are all made out of skin ... She came here before you ... The longer I walk the more I feel as though I'm walking on air ... Monday, monday ... I am a wolf from the north ... It's not that I don't know anything, it's the world that changes too fast ... Yesterday ... I have nothing ... Together we are powerful ... Tomorrow ...
Wang Jinsong: born 1963 in Heilongjiang. He studied at Zhejiang Academy of Arts 1983 – 87. Today he is teaching at the University of Pedagogics in Beijing.

倪海峰

Photography: Thomas Füsser/Peter Mayer · Chinese characters: stolen from the artists by Wu Shan Zhuan, Red Humour Int. · Layout/Typesetting: TOSCH, Lübeck



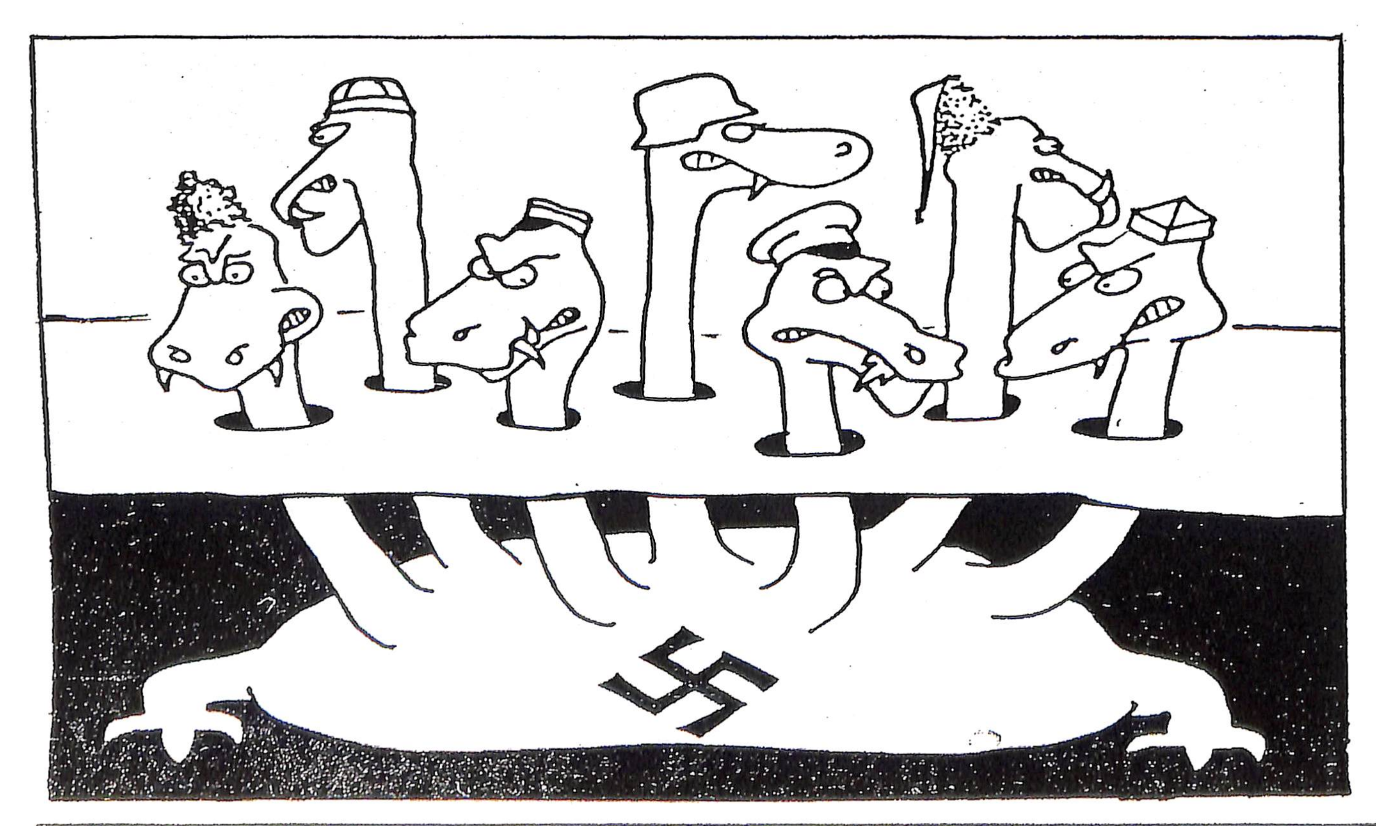
Ni Haifeng

Two plus three plus thirtysix plus five plus seven plus eight plus onehundred-andfive plus fifteen plus sixty plus nine plus zero plus fortyone equals five, which means nothing at all. I grew up on a fisherman's island.

Ni Haifeng: born 1964 on Zhoushan Island (near Shanghai). He studied until 1986 at Zhejiang Academy of Arts. Today he is living and working on Zhoushan Island.

Drei Fahnen aus Moskau

Wadim ist Historiker und Anarchist. Er lebt und arbeitet in Moskau, wo er im Januar dieses Jahres ein Interview gab, aus dem wir hier einen Teil veröffentlichen. Studiert hat Wadim in der zweiten Hälfte der 70er Jahre: der Zeit der Dissidentenbewegung. Seine Doktorarbeit schrieb er über die deutschen „Grünen“. 1989 war er maßgeblich an der Gründung der „Moskauer ökologischen Föderation“ beteiligt, ein Zusammenschluß der Bürgerinitiativen in Moskau, die zum Theoma „Ökologie“ arbeiteten.



”ОБЩИНА” № 48, ноябрь 1992

Seine hauptsächliche Arbeit widmete er jedoch der anarchistischen Bewegung; zuerst in der KAS („Konföderation der Anarcho-Syndikalisten"), die 1990 in Moskau gegründet wurde und anfangs eine Art Sammelbecken für alle anarchistisch (libertär) gesinnten Menschen der ehemaligen Sowjetunion war. Dann gründete Wadim und andere – hauptsächlich ehemalige KAS-Mitglieder – die Gruppe IREAN („Initiative Revolutionärer Anarchisten"), deren überregionaler Zusammenschluß 1992 in Dnepropetrovsk stattfand.

Die Moskauer Gruppe besteht aus nur neun aktiven Mitgliedern. Hauptsächlich versteht sie sich als Propaganda-Organisation. In Flugblättern, Zeitungen und auf Kundgebungen rufen sie Leute dazu auf, sich selbst zu organisieren; am Arbeitsplatz, am Wohnort, in der Universität nicht geduldig auf eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zu warten, sondern sich zu wehren, etwas zu tun.

Mit anderen Gruppen zusammen oder alleine macht „IREAN" Aktionen und Demonstrationen auch zu ökologischen Themen und zum Thema „Rassismus/Faschismus".

In dem hier abgedruckten Teil des Interviews berichtet Wadim über die Verflechtung von faschistischen Organisationen in der ehemaligen Sowjetunion.

Faschistische Organisationen

„Ich kann nicht sagen, daß die antifaschistische Bewegung hier existiert, obwohl Faschismus und faschistische Gefahr besonders seit einigen Jahren bei uns vorhanden sind. Vor allem sind es die Gruppen, die sozusagen offen faschistisch sind. Das sind z.B. die Gruppen wie „Pamjat" oder besser gesagt, ein gesamtes Bündnis von Gruppen, die sich „Pamjat" nennen. Da gibt es verschiedene Gruppen: monarchistische, klerikal-faschistische, „demofaschistische"; einige Gruppe, die sich zum Nationalsozialismus bekennen und einige, die sich selbst als Nachfolger des russischen Faschismus der 20er und 30er Jahre sehen. Dies waren Tendenzen, die sich im russischen „weißen Exil" bildeten und „russischer Faschismus" genannt werden.

Aber diese Gruppen sind zahlenmäßig nicht so stark, und sie treten selten offen auf. Über solche Gruppen konnte man ungefähr vor zwei Jahren sehr viel hören, aber jetzt machen sie vor allem Flugblätter. Wahrscheinlich mit Hilfe von einigen lokalen Strukturen machen sie auch Zeitungen mit einer ziemlich großen Auflage. Sie formieren auch ihre eigenen Militäreinheiten oder Kampfgruppen: diese Kampfgruppen trainieren ganz im Geheimen und treten, wie ich schon gesagt habe, nicht offen auf. Zahlenmäßig ist dieser Zweig der Bewegung nicht sehr stark, wahrscheinlich einige hundert Leute. Aber sie haben Unterstützung irgendwelcher lokaler oder sogar übergeordneter Behörden, bis hin, daß eine Gruppe von „Pamjat" – und zwar die monarcho-faschistische Gruppe – schon ihren eigenen sehr leistungsfähigen Rundfunksender hat, der über Kurzwelle zu empfangen ist. Dort hört man eine ganz offene, vor allem antisemitische Propaganda.

Aber wahrscheinlich ist das nicht die gefährlichste von dieses rechtsradikalen Spektrums. Die zahlenmäßig größten Gruppen sind die, die jetzt mit den Stalinisten koalieren, d.h. die Gruppen, die in der sogenannten „Rechts-Links-Union" Mitglied sind. Das sind verschiedene Monarchisten, „Volksfronten" und eine Gruppe, die sich „Russische Nationalversammlung" („Russkij Nazional'nyi sobor") nennt. Dies ist die größte Koalition solcher Kräfte. Als solche sind sie kein Koalitionpartner der Stalinisten, aber es gibt intensive Querverbindungen auf personeller Ebene. Teile dieser Querverbindungen bilden zusammen mit den Stalinisten die „Front der Nationalen Rettung" (...)

Man kann während aller stalinistischen Demonstrationen die rote Fahne sehen und parallel dazu die monarchistischen und faschistischen Fahnen. Sie tragen natürlich keine Nazi-Fahnen oder faschistische Fahnen, wie seinerzeit faschistische Parteien in Italien, aber sie tragen monarchistische Fahnen, d.h. zum Beispiel weiß-gelb-schwarz oder auch die alte Marine-Fahne, weiß mit gelbem Andreas-Kreuz. Man kann diese Fahnen praktisch immer parallel sehen.

Man kann natürlich fragen, was es für Bündnisgründe zwischen diesen zwei theoretisch ganz verschiedenen Tendenzen, zwischen Roten und sozusagen Quasi-Nazis. Vor allem sind es die Gedanken der Staatlichkeit, man kann sogar sagen, der Großstaatlichkeit (starke Großmacht) und des Patriotismus, der zum Teil als Antiimperialismus auftritt, vor allem im Sinne des Antiamerikanismus und teilweise als Nationalismus im ethnisch-chauvinistischen Sinne des Wortes, die ihnen gemeinsam sind. Meistens ist es nicht die eine oder die andere Tendenz, sondern oft ist es vermischt. Dann natürlich auch der Antisemitismus, aber oft als Antizionismus verkleidet. Da gibt es diese Gedanken über die internationale jüdische Verschwörung. Nur die „offenen" Faschisten nennen es „jüdische Verschwörung". Die Leute aus anderen Gruppen der Faschisten reden von „internationaler zionistischer Verschwörung" in Russland. Es gab z.B. eine Protestkundgebung gegen die Pläne der Regierung, die Kurilen-Inseln an Japan zu übergeben. Während dieser Demo gab es solche Parolen wie „internationaler Zionismus – Hände weg von den Kurilen-Inseln". Dies ist ein selbstredendes Beispiel.

Als intellektueller Zweig dieser Tendenz dient vor allem die Zeitung „Den" („Tag"), die am weitesten verbreitete rechtsradikale Zeitung. Sie wird überall verkauft. Ich habe sie selber bisher nicht gelesen, aber Leute, die sie gelesen haben, haben mir gesagt, daß sie sehr professionell geschrieben ist.

Es gibt auch Querverbindungen zwischen der Redaktion von „Den" und einer Gruppe der „Neuen Rechten". Das ist wahrscheinlich eine bei uns noch ganz junge Tendenz, aber intellektuell am stärksten. Diese Leute machen jetzt eine Zeitschrift „Elementry" („Elemente"). Ich habe die erste Nummer dieser Zeitschrift gesehen. Sie ist sehr gut gemacht, ganz gutes Papier muß ich sagen. Qualitativ viel besser als die meisten Zeitungen. Ich weiß nicht, ob sie hier gemacht ist oder nicht. Die Leute, die daran teilnehmen, sind eine internationale Schar. Es arbeiten Leu-

te mit aus der Redaktion von „Den", dann einige rechtsradikal gesinnte Intellektuelle, auch aus dem Ausland, wie Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien usw. Diese Zeitschrift sieht sich als internationale Ausgabe der „Neuen Rechten". Es war ganz typisch, daß sich auf der ersten Seite der ersten Ausgabe eine Karte von Europa mit Nordasien befand, und in der Mitte dieses „Großeuropas" liegt Moskau. Aus Moskau werden drei Fahnen gehißt: eine schwarze mit dem „Skin-Emblem" (Kreuz im Kreis), eine rote mit Hammer und Sichel und die russisch-monarchistische Fahne (weiß-gelb-schwarz). Das heißt eigentlich, daß diese Gruppen sich selbst wie eine Synthese aus den verschiedensten Elementen des Gedankengutes des 20.Jahrhunderts empfinden. Man kann sogar in dieser Zeitschrift einige anarchophile Dinge lesen, wie z.B., daß die Anarchisten teilweise in ihren Gedanken über die menschliche Persönlichkeit Recht hatten, aber natürlich nicht in ihrer Antistaatlichkeit. Auch solche Dinge versuchen diese Leute zu integrieren.

Obwohl diese „Neue Rechte" bei uns ganz klein ist, ist sie wahrscheinlich sehr gefährlich. Erstens, weil diese Zeitschrift mit einer sehr großen Auflagen gemacht wird (ca. 100.000) und zweitens, weil diese Gruppe intellektuell am stärksten ist. Die Zeitschrift ist stilistisch sehr gut geschrieben und auf sehr hohem philosophischen und wissenschaftlichen Niveau, d.h. sie ist nicht auf der Ebene des elementaren, tierischen Antisemitismus geschrieben, sondern sehr intellektuell gefärbt. Z.B. kann man in dieser Zeitschrift keine antisemitischen Dinge als solches lesen. Diese Leute reden ganz anders: „Alle Rassen, alle Nationen sind gut, wenn sie rein sind". Man kann es ungefähr so interpretieren: „Nationalisten aller Länder, vereinigt Euch". (...)

Die Namen der Deutschen, die an der Zeitschrift mitarbeiten, sind mir nicht bekannt. Von den Franzosen ist es vor allem Benoist. Wahrscheinlich stand in der ersten Zeitschrift ein Artikel von ihm, auf jeden Fall arbeitet er in der internationalen Redaktion der Zeitschrift mit. Aus Italien und Spanien sind es nicht die Gruppen aus der faschistischen Bewegung, sondern jene Gruppen, die sich auf den konservativen Romantismus berufen.

In der Zeitung „Den" hat es ein paar Interviews mit Le Pen gegeben und einige Lobartikel über Schönhuber, d.h., daß es in dieser Richtung Kontakte geben muß. (...)

Offiziell nennen sie sich nicht „Neue Rechte", aber man muß auch berücksichtigen, daß die Namen „Rechts" und „Links" ein bißchen vermischt sind, nicht so eindeutig sind. Seinerzeit nannten sich die Befürworter des Privatkapitalismus linksradikal und die Befürworter des Stalinismus rechts-konservativ.

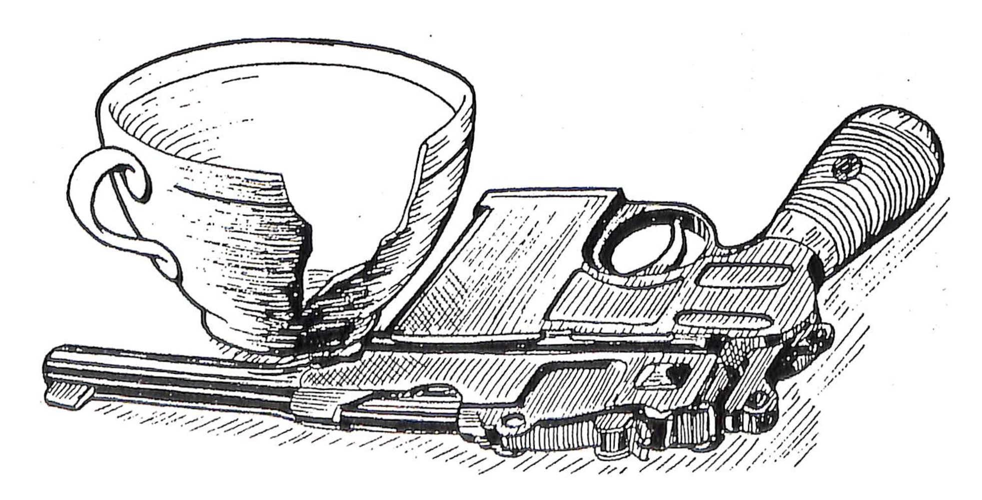
(Dieser Interviewausschnitt wurde redaktionell überarbeitet und gekürzt)

VIDEOPRODUKTION ZUM THEMA

Neue linke Opposition in Moskau

Ausschnitte aus Gesprächen mit Vertretern anarchistischer Gruppen (IREAN, KAS u.a.), des Informationsdienstes KAS-KOR, der Partei der Arbeit, der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft SMOT, des früheren offiziellen Gewerkschaftsbundes MFP, des Antifaschistischen Zentrums, des Komsomols, des Rockclubs ‚Sexton Fozd', eines besetzten Hauses, mit Studenten der ehemals internationalistischen Lumumba-Universität und einer Vertreterin des Instituts für ‚Gender studies'. Themen sind unter anderem die Geschichte und Entwicklung der Gruppen und Organisationen, ihre Ziele und ihre politische Arbeit, die Einschätzung der Lage in Rußland unter den jetzigen sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen und die Möglichkeit des Aufbaus einer neuen linken Opposition. Außerdem geht es um die Situation von Frauen in Rußland, um das Oppositionsbündnis zwischen nationalistischen, faschistischen und kommunistischen Kräften, die Gefahr des Faschismus, um Rassismus, um Kriegsdienstverweigerung und um den ‚Putsch' vom August 1991. Es gibt Aufnahmen von Aktionen verschiedener Gruppen und von der Demonstration zum 75. Jahrestag der Revolution. Und es geht um das alltägliche Leben, den neuen Kommerz, die Privatisierung, aber auch um die Ansätze einer Subkultur.
Wenn alles klappt, ist das Video Ende des Sommers fertig. Wer sich dafür interessiert, kann sich an folgende Anschrift wenden:

Carsten Does/Bernard Könnecke
Yorckstr. 59
10965 Berlin
Tel: 030/786 96 15



Verhalten gegenüber Einsatzfahrzeugen

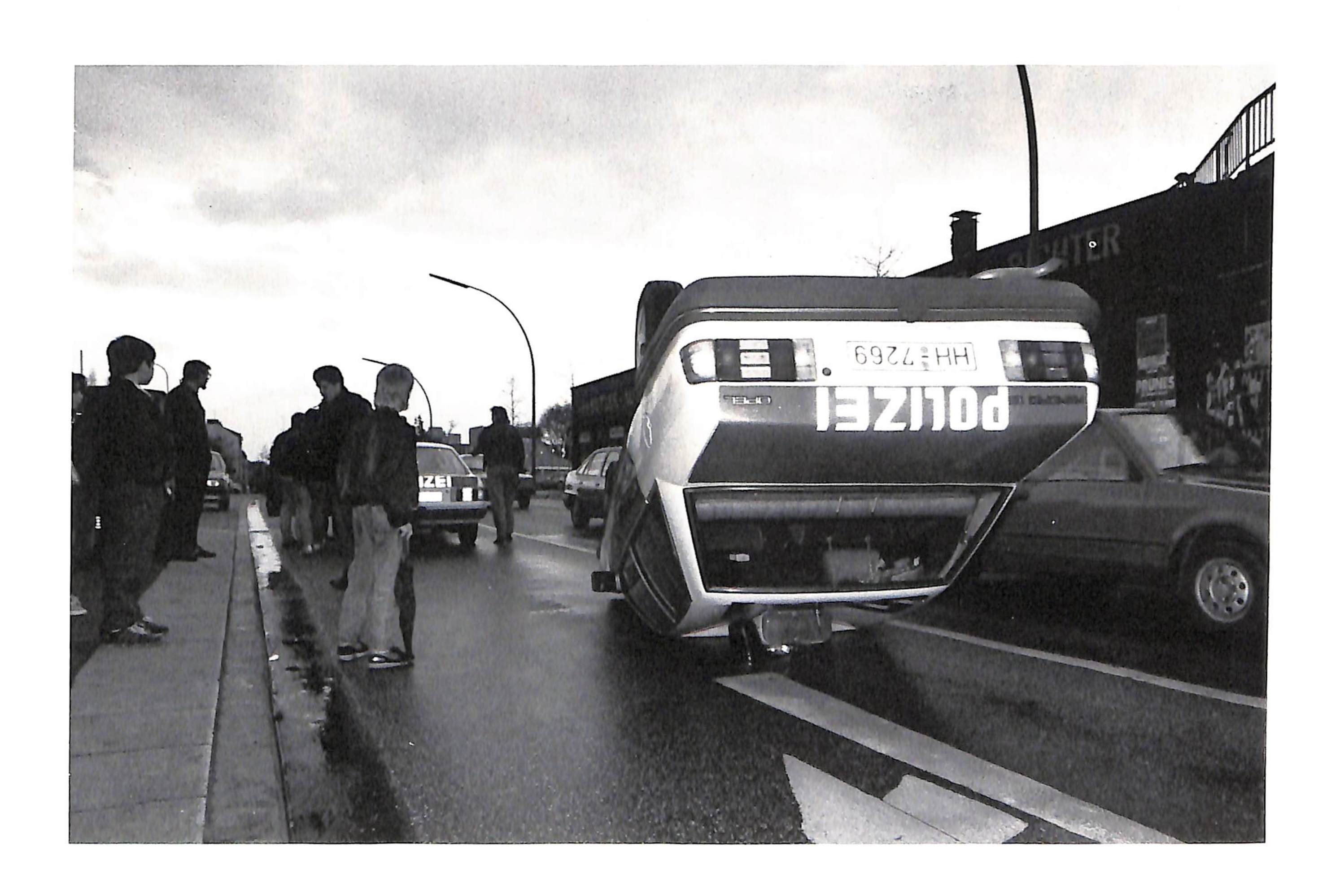
FOTOS: HENNING SCHOLZ
GÜNTER ZINT
HINRICH SCHULTZE



Wenn ein Verkehrsteilnehmer das Martinshorn – auch nur schwach – hört oder den Schimmer eines Blaulichts sieht und mithin weiß, daß in seinem Umfeld ein Einsatzfahrzeug kommt, hat er seine Fahrweise hierauf einzurichten. Er muß sich durch Herabsetzen der Geschwindigkeit darauf einrichten, notfalls auf kürzeste Entfernung anhalten zu müssen. Er muß weiter mit gespannter Aufmerksamkeit bemüht sein, das Einsatzfahrzeug zu orten. Insbesondere darf er in Einmündungen und Kreuzungen



nur einfahren, wenn er zuvor abgeklärt hat, daß das Einsatzfahrzeug von dort nicht kommt. Wenn das Einsatzfahrzeug auf der Straße herankommt, der Verkehrsteilnehmer aber fährt, so hat er ihm durch geeignete Maßnahmen, z. B. durch Bremsen und Fahren an den Fahrbahnrand, ungehinderte Durchfahrt zu schaffen. Mit dieser Verpflichtung ist es nicht zu vereinbaren, wenn ein Verkehrsteilnehmer in einen Kreuzungsbereich einfährt, ohne die nach der Verkehrslage gebotene Reaktion zu



zeigen. Grundsätzlich muß ein Kraftfahrer eben Vorsorge treffen, daß er die von einem heranfahrenden Einsatzfahrzeug abgegebenen besonderen Warnsignale rechtzeitig wahrnehmen kann. Ein aufmerksamer Verkehrsteilnehmer kann das eingeschaltete Martinshorn mit seinem durchdringenden, besonders auffälligen Ton in der Regel schon von weitem hören. Eine von dieser Regel abweichende Ausnahmesituation ist mindestens dann nicht gegeben, wenn das Martinshorn für den Verkehrsteilnehmer



schon vier Sekunden vor dem späteren Zusammenstoß hörbar war.
Diese Auffassung hat das Oberlandesgericht Düsseldorf im Urteil vom 11. 11. 1991 – 1U129/90 – vertreten. Danach besteht das Gebot, freie Bahn zu schaffen, auch dann, wenn die Warnzeichen unberechtigt benutzt werden. Es ist den Verkehrsteilnehmern gar nicht möglich, die objektive Berechtigung für die Verwendung von Blaulicht und Martinshorn zu beurteilen.

Etwas besseres als die Nation

Tja, da saßen wir nun: Die, die losfuhren um mit den anderen zu reden, und die, die schon da waren und mit uns reden wollten. Die, die nicht mit uns reden wollten, glänzten schon im Osten durch Abwesenheit. Der Auftakt der „Etwas besseres als die Nation"-Tour in Rostock ging grandios in die Hose: Bei den geplanten Aktionen in der Innenstadt war keiner (in Worten: Null) der angesprochenen Rostocker da. Zugegebenerweise eine etwas bizarre Situation. Nachdem wir aber so zu dem Schluß kamen, daß es keine Linken in dieser Stadt gibt (und wir demnach mit Phantomen telefoniert und gesprochen hatten), taten wir das, was wir uns vorgenommen hatten eben alleine. Am Rostocker Rathaus wurde die Gedenktafel, die von Französischen Juden bereits vor Monaten angebracht und ziemlich schnell wieder abgerissen wurde, erneut befestigt. Daran anschließend zogen wir mit dem Wagen, auf dem das Soundsystem installiert war in eine Fußgängerzone, wo wir Flugblätter verteilten. Spätestens hier stellten auch die letzten fest, daß wir uns in einer Art Paralelluniversum befinden mußten:
Wir waren unsichtbar. Alle Vorübergehenden setzten, sobald sie in unmittelbare Nähe des Lautsprecherwagens oder eines Flugblattes kamen, ein verkniffenes Gesicht auf, beschleunigten den Schritt und dann kam die wortlose Flugblattannahme. Zwei Schritte weiter entspannten sich die Körper und der Einkaufsbummel ging weiter.
Nachdem wir so einige Zeit unsichtbar verbrachten, gingen wir etwas ratlos ob der doch ziemlich einseitigen Kommunikation wieder zurück zum Rathaus, an einem amnesty-Stand vorbei, auf dem ein Faxgerät stand und ansonsten über die Tatsache aufgeklärt wurde, daß in Kuba Menschen gefoltert werden. Die Tafel am Rathaus war schon wieder entfernt worden, alles ging weiter seinen gewohnten Gang. Wir wollten dann unsere Tafel wiederhaben, was nach einigem Durcheinander auch gelang. Zwischendurch tauchte noch Bernhard Vogel auf (*der* Bernhard Vogel), was wenigstens für ein bißchen Trubel sorgte. Unser ganzer Aufenthalt in der Rostocker Innenstadt verlief Polizei-frei, was eigentlich ja ganz erfreulich ist, uns andererseits darin bestätigte, daß die ganze Stadt uns einfach aussitzt. Die daraufhin stattfindende Diskussion im „Mau" war mehr ein Hamburg-internes Plenum, bei dem es sich in erster Linie darum drehte, wie wir, die eigentlich auf alles mögliche vorbereitet schienen, mit dieser Situation umgehen (Einfach weitermachen? Das Konzert absagen?). Letzteres fand dann aus verschiedenen Gründen doch statt und war gut gefüllt. Der nächste Tag führte uns nach Dresden, in die „Bunte Republik Neustadt", die ein Fest feierte. Dort fand dann auch tatsächlich die Diskussion statt und die ersten Vorträge wurden gehalten, tatsächlich unter Beteiligung von Dresdenerinnen und Dresdenern. Das daran anschließende Konzert wurde von den Partyfreunden der „BNR" billigend mitgenommen, ohne daß der Grund, weshalb plötzlich diese ganzen Bands aufgetaucht waren so recht rüberkam. Kleinere Zusammenstöße mit Faschisten, die halt auch mitfeiern wollten, gab es dann später in der Nacht. Die Kommunikation mit der örtlichen Antifa lief ziemlich dürftig bzw. gar nicht, und diejenigen von uns, die Ordner oder Nachtwachen machten, kamen sich in dem hoffnungslos besoffenen Haufen, wo niemand mehr wußte, wer was ist, ziemlich merkwürdig vor. Der Stadtteil befand sich im Delirium-Ausnahmezustand, und wenn die anwesenden Faschisten nicht so kräftig mitgetrunken hätten, das ganze wäre ins Auge gegangen. Dritte und letzte Station war Leipzig. Dort gab es Leute, die sich an der Aktion in der Innenstadt (Lautsprecherwagen, Soundsystem, Flugblätter und Plakatierung) beteiligten, die Diskussion im Conne Island war gut besucht und wurde sehr kontrovers geführt, soll heißen zwischen den beiden Polen „ihr könnt das hier gar nicht beurteilen, weil ihr hier nicht aufgewachsen seid" (Ost) und „Ich habe keine Lust hier die Widervereinigung von Links mitzumachen" (West) war viel Raum.
Was nach den drei Tagen blieb, waren gemischte Gefühle: Zum einen halten wir es für einen Erfolg, daß eine so gemischte, große Gruppe (ca. 300 Leute) es geschafft hat, diese drei Tage organisatorisch zu bewältigen. Intern, d.h. in den Bussen hat es einige Diskussionen zwischen Leuten aus verschiedenen Zusammenhängen gegeben, extern, d.h. die Auseinandersetzung mit den Leuten aus den Städten wurde nur in Dresden und Leipzig geführt. „Die Besetzung des öffentlichen Raumes" gelang auch nur in Leipzig. Das Nachbereitungstreffen zu der Tour setzte sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Hamburger Gruppen und Leuten aus Leipzig zusammen. Was jetzt folgt, sind die Vorträge, die auf der Tour gehalten wurden und einige der vorbereiteten Texte des Nachbereitungstreffens. Diese Nebeneinanderstellung der Texte aus, ähem dem Osten und dem Westen halten wir für die beste Möglichkeit, das Niveau und die z.T. recht unterschiedlichen Ansätze deutlich zu machen. Wir konnten aufgrund des begrenzten Platzes nicht alle Papiere in dieser Ausgabe unterbringen, der Rest wird dann in der nächsten Ausgabe veröffentlicht. Hingewiesen sei an dieser Stelle auch noch auf das Buch zur „Etwas besseres als die Nation"-Tour, das in absehbarer Zeit in der Edition ID-Archiv erscheint und neben den hier erscheinenden Beiträgen noch die Vorträge, die auf dem Treffen des Kölner Wohlfahrtsausschusses gehalten wurden, beinhaltet.

Überlegungen zur Veranstaltungsreihe ETWAS BESSERES ALS DIE NATION in den Städten Rostock, Dresden und Leipzig

angesichts der Verabschiedung des „Asylkompromisses“ im Parlament und den faschistischen Morden in Solingen.

Das folgende Diskussionspapier wurde in den Bussen auf dem Weg nach Rostock diskutiert und nochmals auf der Veranstaltung in Leipzig vorgetragen.

Die kaum verhüllte Große Koalition aus Parlament, Naziterror, Normalbürgern, Polizei und Medien, die in den Tagen der Pogrome von Rostock-Lichtenhagen in einem zynischen Zusammenspiel gemeinsam mit der „Lösung der Asylantenfrage“ beschäftigt war, hat ihre Ziele erreicht: Der „Asylkompromiß“ ist verabschiedet.

Die nationalen Anliegen dieser Asylpolitik wurden in den Bundestagsdebatten und in den Medien offen ausgesprochen. Es geht darum, jene, die keinen deutschen Paß besitzen, nur noch dann ins Inland zu lassen, wenn sie im Sinne Deutschlands für ökonomische Dienste („Gastarbeiter“, Tagelöhner, Euro-Lohnarbeiter, Geschäftsleute, Kapitalanleger), politische Anliegen („Dissidenten“, „Freiheitskämpfer“ etc., die auf der „richtigen Seite“ stehen) und kulturelle Leistungen (Ärzte, Forscher, Künstler, etc.) benutzbar sind. Die Wünsche, die Probleme, das Elend, die Verfolgung etc. der Einreisewilligen selbst galten bisher schon kaum etwas, jetzt gelten sie schlicht nichts.

Dieses Gesetz ist in seiner politischen Intention strikt nationalistisch. Im Unterschied zu den organisierten und unorganisierten Nazis, die „alle Ausländer raus“ haben wollen, werden hier deutliche nationale Prioritäten gesetzt: Die „brauchbaren Ausländer“ dürfen bleiben, der vom Imperialismus global hergestellte Pauperismus soll hingegen nicht zum Störfaktor im geschäftigen Getriebe werden.

Mit dieser Politik, nicht zuletzt durch die Abkommen mit den „sicheren Drittstaaten“ und die Einflußnahme auf die „Verfolger-Staaten“, arbeitet Deutschland führend mit an der Ausarbeitung der aktuellen Weltwirtschaftsordnung. Diese dabei verfolgte nationalistische Zielsetzung wird von den verschiedenen politischen Kräften teils bürgerlich-nationalistisch, teils völkisch-nationalistisch und teils offen rassistisch vorgetragen. Tatsächlicher Maßstab der gesamten „Ausländerpolitik“, das zeigt die Einteilung in „brauchbare und unbrauchbare Auslän-



FOTO: MARILY STROUX

der", sind aber nicht diese ideologischen Begründungen. Die nationalistisch-imperialistische Politik bedient sich des Rassismus.

Zwischen den Ereignissen in Rostock und dem Tag X hatten zwar Hunderttausende mit Lichterketten kundgetan, daß sie Mord als politisches Kampfmittel nicht akzeptieren, doch zu allen anderen Fragen schwiegen sie sich aus. Mit anderen Worten: Sie wollten die Dinge ansonsten lassen wie sie sind:
- Keine Opposition gegen den „Asylkompromiß",
- Keine Opposition gegen die Ausländergesetzgebung,
- Kein Protest gegen die deutschen Weltmachtambitionen, wie sie unter anderem in den öffentlichen Erörterungen über den Einsatz der Bundeswehrmacht in Ex-Jugoslawien und Somalia zum Ausdruck kommen.

Auch jene, die sich über die geplanten Karenztage, über den „Abbau des Sozialstaates" und über die unübersehbare absolute Verarmung von Millionen aufregen, sind nicht gewillt, den Zusammenhang mit der „Wiedervereinigung" und der angestrebten „internationalen Verantwortung" der BRD zu thematisieren. Die „soziale Frage" wird an der „nationalen Frage" freiwillig relativiert. Im Namen des DEUTSCHTUMS melden Ex-DDR'ler ihre sozialen Forderungen an, im Namen NATIONALER VERANTWORTUNG pochen prinzipiell opferbereite Westler auf eine gerechte Verteilung der politisch hergestellten „Lasten".

National-sozial sind dann auch die Maßstäbe, an denen die „Ausländer" gemessen werden: Sie werden von der Mehrheit dort akzeptiert, wo ihre Anwesenheit mit dem Prinzip „Deutsche zuerst" vereinbar ist, aber sie stehen selbstverständlich trotzdem unter dem Generalverdacht, daß sie letztlich für ihren eigenen Vorteil und nicht für Deutschland arbeiten wollen. Ihre rechtliche Lage – Maul halten und arbeiten – wurde hier noch nie ernsthaft in Frage gestellt. Die Ausländerregelungen im Arbeitsförderungsgesetz waren nie Gegenstand irgendeines Protestes. Selbst im „Kampf gegen die AUSLÄNDERfeindlichkeit" werden diese Ausländergesetze nie in Frage gestellt, denn die nationalistischen Pharisäer kennen sehr wohl die Spielregeln, die sie bevorzugen: „§19 Arbeitsföderungsgesetz: Arbeitnehmer, die nicht Deutsche sind, bedürfen zur Beschäftigung einer Erlaubnis der Bundesanstalt für Arbeit. Die Erlaubnis wird nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes erteilt." Oder auch: „§10 Ausländergesetz: Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn er den Lebensunterhalt für sich und seine Angehörigen nicht ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe bestreiten kann."

Während Verfassungsrichter für den „Schutz des ungeborenen Lebens" sorgen, Gerichte (etwa in Solingen) Faschos, die Tamilen zusammentreten, mit Bewährungsstrafen davonkommen lassen und die Polizei die an vielen Hauswänden angebrachten Hakenkreuze und andere symbolische Drohungen glatt „übersieht", stecken junge Untertanen, die imperialistische Politik und ihre rassistische Legitimation gleichsetzen, die Häuser von „Ausländern" in Brand.

Zu Beginn unserer Konzertveranstaltung in der Hamburger „Fabrik" am 23. Mai haben wir gesagt: „Nach Rostock und Mölln hat sich die politische Mitte nach rechts verschoben. Heute soll man schon froh sein, wenn

niemand oder nur wenige totgeschlagen werden. Im Vergleich zu Mord erscheint der „Asylkompromiß" als gemäßigte Tat. Damit ist ein „Klima" geschaffen, in dem „Fremde" einer permanten Bedrohung ausgesetzt sind und in dem sich Nazis gut bewegen können. Die Berichterstattung über die Anschläge ist zurückgegangen, nachdem sich solche Ereignisse wie in Rostock und Mölln bislang nicht wiederholten. 1992 gab es 17 faschistische Morde, bis März 1993 nochmals 8 Morde. Die Zahl der „rechtsextremen Straftaten" soll in der Zeit Januar bis März 1992 bei 807 und in der Zeit von Januar bis März 1993 bei 1139 gelegen haben. Das Nazipotential existiert nach wie vor und es ist jederzeit wieder voll mobilisierbar. Zugleich wird noch deutlicher, daß „Betroffenheit" und „Nazis raus"-Forderungen der Situation nicht gerecht werden und wie richtig es war, daß wir unsere Aktion nicht unter ein Motto wie „Gegen den Haß" stellten, sondern sie

„ETWAS BESSERES ALS DIE NATION"

nannten. Mit „Nation" (und Nationalismus) benennen wir die gemeinsame materielle Basis dieser Großen Koalition. Mit „Nation" thematisieren wir die Abhängigkeit der Reproduktion der bürgerlichen Individuen vom Erfolg ihrer „eigenen" Nation auf dem Weltmarkt und die durch diese unhinterfragte Abhängigkeit begünstigten imperialistischen, nationalistischen, völkischen und rassistischen Einstellungsmuster. Mit „Nation" erinnern wir nicht zuletzt an jene Schubkraft, die den aktuellen Rassismus hervortreibt – die „Wiedervereinigung" und die damit einhergehende Blüte völkischer Denkmuster. In einem vergrößerten Deutschland, dessen politische Klasse und dessen Staatsvolk vor allem mit dem „Zusammenwachsen" und den damit einhergehenden ökonomischen und ideologischen „Identitätsproblemen" beschäftigt ist, dringt das Nationale in alle Poren des Bewußtseins."

In diesem und in dem vergangenen Jahr ermordeten Faschisten neun Mensch in der DDR und 16 in Westdeutschland. Das sind 25 Opfer des Prozesses der Homogenisierung, des „Zusammenwachsens" von Ost und West zu Superdeutschland. In unserer Erklärung vom März 93 begründeten wir die Tournee durch die Städte in der DDR damit, daß sich „den Nazis dort ein Bewegungsraum eröffnet hat, von dem aus sie Linke dort und hier bedrohen." Zielscheibe sind im Osten vor allem „Asylanten" und Linke. Im Westen, wo die Linke etwas stärker ist und wo die „Ausländer" zahlenmäßig stärker und besser organisiert sind, konzentrierten sich die Anschläge bisher vor allem gegen Asylsuchende. Szenen wie

Master Card und Lichterketten

Einer der heftigsten Streitpunkte während der ersten Diskussionsveranstaltung des Hamburger Wohlfahrtsausschusses im Dezember 1992 war die Beurteilung der Lichterketten. Die Kontroverse darüber endete mit der Gegenüberstellung von Positionen, von denen eine – die des Vertreters der Diskus-Redaktion – im letzten Heft von 17°C abgedruckt wurde. In dem Diskussionspapier des Hamburger Wohlfahrtsausschusses vom 18. Juni wurde das Thema nochmals in kritischer Absicht aufgegriffen. Bei der Diskussion über die Lichterketten ging es im Grunde um eine Frage, die auch bei der Beurteilung der Tour durch die DDR eine Rolle spielt: „Provokation der Normalität", aus der heraus der Rassismus erwächst oder traditionelle „Bündnispolitik" bzw. Suche nach dem kleinsten „Nazis raus!"-Nenner? Der Anspruch, auch die kapitalistische „Normalität" zu kritisieren, wurde in den Papieren des WA erhoben. In Leipzig hatte sich jedoch gezeigt, daß nationalistische Argumentationsmuster, wie sie dort von einigen Antifa-Leuten verwendet wurden, nicht auf eine ebenso schroffe Abwehr stießen wie offen rassistische Positionen. In Ergänzung zu der im letzten Heft abgedruckten Position zu den Lichterketten hier eine der im Dezember 1992 vertretene Gegenpositionen:

Die Extremisten der Mitte

Wenn sich erwachsene Menschen, die qualifizierte Berufe ausüben und schnelle Autos fahren, die also Willen und Verstand und einen Kopf zum Denken haben, die Zeitung lesen, Fernsehprogramme verfolgen, die Namen aller Talkmaster kennen und sich übers Privatleben der Schauspieler von Beverly Hills detailiert informieren, wenn sich also diese Leute mit einem KERZLEIN schweigend um einen Teich stellen – die altgermanische Tradition dieser Zeremonie sei nur am Rande erwähnt – dann stellen sie sich in voller Absicht DUMM. (Politische) Dummheit ist immer der Einsatz von Intelligenz gegen sich selbst.

Die Leute, die da Lichterketten organisieren, sind daran gewöhnt, daß sich die reiche BRD jeden auswärtigen Willen KAUFEN bzw. mit finanziellen Erpressungen gefügig machen kann. Von Chile und Rußland kann man sich Honecker kaufen, von Israel glaubte man sich durch Wiedergutmachungszahlungen einen Ablaßbrief kaufen zu können, Rumänien nimmt für einen kleinen Kredit die Sinti und Roma zurück und Polen und die (Ex-) Tschechoslowakei sollen die gewünschten Wirtschaftverbindungen mit Deutschland dadurch bezahlen, daß sie als vorgeschobene MAUER den nach Deutschland strebenden Wanderarbeitern jene Reisefreiheit verwehren, in deren Namen man früher die DDR fertig machte.

Jetzt, wo die selbstfabrizierten „Kosten" der In-Wert-Setzung der im Handstreich gewonnenen Ostgebiete den Nationalkredit unter Druck setzen, befürchten die Lichtleinträger und ihre Führung, daß der deutsche Wille in der Welt ZU KURZ kommen könnte.

Das unglaubliche Verständnis, das bisher Volk, Politik, Presse, Polizei und Justiz dem brandschatzenden und mordenden Mob entgegengebracht haben, hat daher ebenso mit dem Zwang zum Sparen und dem auf einigen Gebieten eingetretenen Positionsverlust gegenüber konkurrierenden Nationen zu tun, wie die Lust der Bundeswehrmacht auf auswärtige Einsätze: Wenn man den Widerstand der Konkurrenten nicht mehr so leicht mit der Master Card aus dem Weg schaffen kann, wächst der Bedarf am Einsatz physischer Gewalt.

Die „Extremisten der Mitte", d.h. die Normalbürger, hatten sich an die lautlose aber durchschlagenden Gewalt deutscher Kredite gewöhnt und auch daran, daß die BRD die Kosten für Kompromisse im internen Verteilungskampf immer locker aus den Exportgewinnen finanzieren konnte.

in Rostock-Lichtenhagen, wo ein rechter Mob Häuser stürmt, sind vorerst im Westen nicht so leicht zu realisieren bzw. nur als Bürgerkrieg gegen Millionen „Gastarbeiter". Während der Mob im Osten unter laufenden Fernsehkameras Feuer legen konnte, müssen es die westdeutschen Nazis als heimtückische Attentäter zur nächtlichen Stunde tun. Die Wirkung ist nicht minder schlimm, weil solche Anschläge eine allgegenwärtige und nicht erwiderbare Bedrohung darstellen. Auf jeden Fall vollzieht sich die Homogenisierung und „Identitätsbildung" von Superdeutschland heute nicht zuletzt über die Gemeinsamkeit der Verbrechen an „Nicht-Deutschen". Wie schon der Titel „ETWAS BESSERES ALS DIE NATION" sagt, gehen wir daher auch nicht in den Osten, weil wir die Situation im Westen Deutschlands für weniger dramatisch halten, sondern weil die Nazis im Osten, unter Ausnutzung der dort nach der Wiedervereinigung bestehenden besonderen Lage, deutliche Schwerpunkte setzten. Das Ziel unserer inhaltlichen und praktischen Kritik ist die (Gesamt-) NATION.

Die Morde in Solingen, kurz nach Verabschiedung des Asylkompromisses, sind kein „wahllos verübtes Verbrechen" (FAZ 4.6.93), sondern entspringen, wie selbst Weizsäcker (nicht zufällig verunglückt) formuliert, einem „rechtsextremistisch erzeugten Klima". Genauer: einem staatlich erzeugten und für nationale Zwecke genutzten rechtsextremistischen Klima. Die Morde in Mölln und Solingen (und die anschließende Tatenlosigkeit des bürgerlichen Staates) haben eine deutliche Wirkrichtung: Die Ghettoisierung der hier lebenden „Ausländer" und ihre Einschüchterung zu einer beliebig variierbaren Lohnarbeitergruppe.

Was die Gesetzgebung bereits garantiert – ihre Sichtbarmachung als „Türken" etc. – wird durch die Mordanschläge verstärkt: „Türken" etc. müssen schon aus Sicherheitsgründen (enger als bisher) zusammenrücken. Im Gegensatz etwa zu den westindischen Einwanderern in England können sie sich aber nur unter sehr großem Risiko die Teilnahme an militanten Gegenaktionen leisten, weil ihnen dann die Ausweisung droht.

Für uns wird es wichtig sein, nicht jenen Fehler gegenüber Menschen aus der Türkei zu wiederholen, den die popkulturellen Szenen gegenüber „den Schwarzen" bis heute praktizieren: Die Unterstützung einer gesteigerten Sichtbarmachung und die Behandlung der „Anderen" als einheitliche Gruppe nach dem Motto „HAMBURGS TÜRKEN rufen zum Generalstreik" („taz"). Türkische Nationalisten und Faschisten wollen genau dies befördern, aber sie treffen dabei auf den Widerstand türkischer und kurdischer Linker. Wir sind an einem Punkt angekommen, an dem sich besonders die Diskussion über „Black Music" direkt auf die Konfliktlinien in Deutschland übertragen läßt: Wie agieren Linke und Antirassisten in einer Situation, in der Rassisten und Staat gemeinsam „rassifizierte" Gruppen schaffen und wo vor dem Hintergrund des Zwanges zur Selbstverteidigung „Notgemeinschaften" entstehen, in denen Kräfte erstarken, die ihrerseits mit nationalistischen Parolen antworten?

Eine der wichtigsten Antworten ist eine antirassistische Praxis, die keine „Deutschen" und „Türken" kennt und deshalb auch keine „Bündnisse" zwischen ihnen. Desweiteren sollte es darum gehen, alle Betroffenheitsgesten von DEUTSCHEN zu kritisieren: Was noch auf unserer ersten Veranstaltung im Dezember 1992 in der in der Discothek „Mekka" umstritten war, die Beurteilung der Lichterketten, kann heute kein Streitpunkt mehr sein: Mit diesen Lichterketten erleichterten nicht nur all jene, die jederzeit ihre materiellen Vorteile aus der Ausländergesetzgebung ziehen ihr Gewissen, sie weckten damit auch den absolut trügerischen Eindruck, in Deutschland hätte sich so etwas wie eine antirassistische Massenbewegung gebildet. Nicht zuletzt unterstützten sie damit auch eine Taktik der Regierung: Indem man gegen den rassistischen Terror letztlich nicht wirklich etwas unternimmt, während die staatlichen Vorbereitungen zur Ausweisung von Flüchtlingen weiterlaufen, beläßt man den Verhältnissen ihre Dynamik. Der Bürger, der das „Problem mit den Ausländern" staatlich „korrekt" gelöst sehen will, kommt seinem Ziel ja näher, wenn er einfach NICHTS tut – außer vielleicht einige bedauernde Worte zu äußern, die auch noch meistens Deutschland gelten.

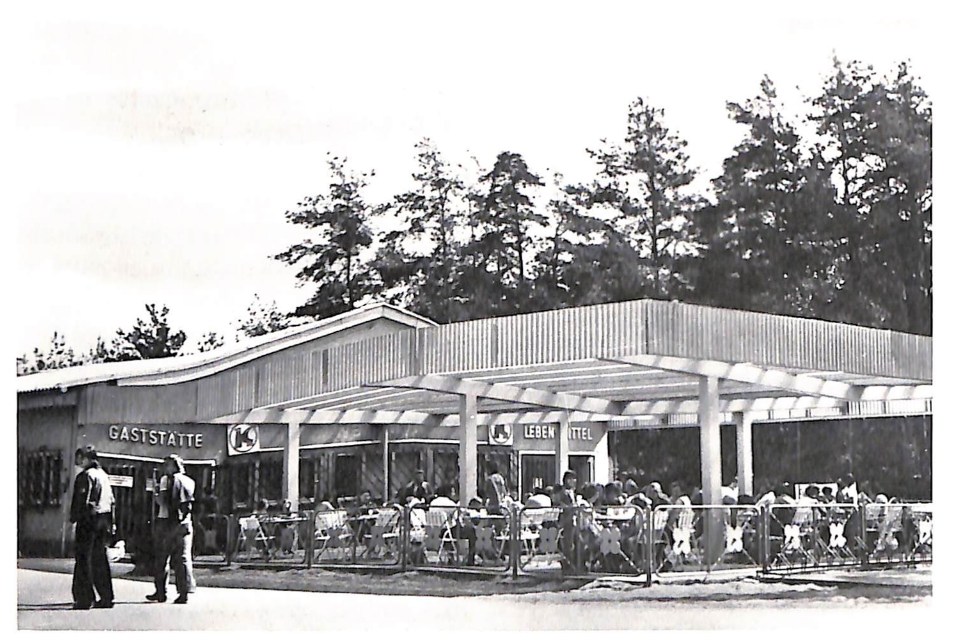
Angesichts der tödlichen Falle, in der hier Menschen sitzen, die vom Gesetz als „Ausländer" sichtbar gemacht werden und denen bei einer aktiven Gegenwehr gegen faschistische Angriffe die Ausweisung droht, würde deren formale/rechtliche Gleichstellung mit BRD-Paßbesitzern zweifellos einige Vorteile bringen. Man sollte aber über das Ausmaß dieser Vorteile keine Illusionen verbreiten, denn die Situation in den USA, in Frankreich oder England zeigt ja auch, wie brutal Menschen, die den „richtigen Paß" besitzen, ausgegrenzt werden können.

Einige deutsche Politiker bringen zur Zeit die „doppelte Staatsbürgerschaft" und das „kommunale Wahlrecht" auf eine ähnliche Weise ins Spiel wie damals die Lichterketten ins Spiel gebracht wurden. Die etatistische Forderung nach EINGLIEDERUNG wurden schnell zum Hit und zwar zu einem, der die Asylgesetze und sogar die Brandanschläge ganz schnell VERGESSEN lies. Die ausländischen Medien, die deutschen Medien und auch deutsche Antirassisten hatten damit ein plötztlich „positives" Thema. An die Stelle der leidigen negativen Kritik trat die Diskussion über einen „positiven Vorschlag" über den sich lange debattieren läßt und vor allem so, daß man über Asylgesetz und Ausländergesetz nicht mehr reden muß.

Auf diese Weise gerät man in die Nähe jener nationalistischen Kräfte, die gegen Rassismus im Prinzip nichts einzuwenden haben, die aber Wert darauf legen, daß sein hauptsächliches Ziel – eine „ethnisierte" und ZUGLEICH produktive Lohnarbeiterschicht – nicht in Vergessenheit gerät. Hessens SPD-Ministerpräsident Eichel etwa, sieht im Zusammenspiel von doppelter Staatsbürgerschaft, Ausländergesetz und Asylgesetz ein kombiniertes Instrumentarium zur Steuerung der Wanderarbeit.

Abgesehen davon, daß die 6,2 Millionen „ausländischen Mitbürger" keineswegs alle Untertanen von Kohl werden oder mit der Bundeswehrmacht auf Weltreise gehen wollen, ist diese doppelte Staatsbürgerschaft selbstverständlich nur ZUSAMMEN und im PAKET mit Aus-

Etwas besseres als die Nation



Die „Wiedervereinigung", die Erlangung der vollständigen staatlichen Souveränität Deutschlands, der Prozeß der Homogenisierung von BRD und DDR, die völkische „Aussiedler"politik (dazu zählt auch das Projekt „Wolga-Republik"), die „Asylanten"hetze, die Szenarien über anrollende „Menschenfluten", die deutschen Vorherrschaftsansprüche in der EG und gegenüber den östlichen Staaten, die Bundeswehreinsätze in anderen Staaten, der Verkauf von DDR-Raketenbooten an Indonesien... all das hat eine politische Situation geschaffen, die die Faschisten unter anderem dazu ermuntert hat, die Drecksarbeit für eine „Ausländerpolitik" zu erledigen, die ihrerseits sehr wohl zwischen nationalem Interesse (Einteilung in brauchbare und unbrauchbare Ausländer) und rassistischen „alle Ausländer raus"-Forderungen unterscheiden kann, deren Ziele daher auch nicht mit jenen der Nazis zusammenfallen, die die Nazis aber zur Durchsetzung der nationalen und imperialistischen Ziele bei Bedarf benutzt – und sei es nur indem sie den Faschos eine Zeit lang „eine lange Leine" läßt, damit sie eine Situation schaffen in der die Maßnahmen der Regierung als geradezu gemäßigt erscheinen.

In diesem Prozeß der Instrumentalisierung des Rassismus durch den offiziellen Nationalismus bilden sich beim Personal der politischen Klasse unter bestimmten Umständen allerdings auch ideologische Übergänge heraus, d.h. es kann nicht ausgeschlossen werden, daß irgendwann nicht nur nationalkapitalistische Zwecksetzungen unter anderem auch rassistisch begründet werden, sondern rassistische Begründungen die Zwecksetzung selbst beeinflussen. Die Politik folgt den „ökonomischen Interessen" nicht wie ein treuer Hund. Das jeweilige „nationale Interesse" ist kein feststehendes Datum, sondern das Resultat von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und somit von – aus ökonomi(sti)scher Sicht – „irrationalen" Einflüssen.

Nach Rostock, nach Mölln und nach Solingen haben sich große Teile der politischen Klasse im Parlament, in der Justiz und im Polizeiapparat unüberhörbar ausgeschwiegen. Es fehlt auch nicht an Beispielen, wie jenem, wo die Kölner Staatsanwaltschaft in einem Prozeß gegen eine Frau, die in einem Büro ein rassistisches, gegen Wanderarbeiter aus der Türkei gerichtetes Gedicht aushängte, den Vorwurf der Volksverhetzung nicht für erfüllt sah. Obwohl diese Zeichen ernst genommen und genau registriert werden müssen, sollten sie nicht blind machen („Kampf dem Faschismus") gegenüber den gültigen nationalen Zwecksetzungen einer weltpolitisch erstarkten und nach wie vor am Weltmarkt erfolgreichen, demokratisch-imperialistischen Metropolen-Gesellschaft.

ländergesetz, Asylgesetz, Arbeitsförderungsgesetz, Staatsangehörigkeitsgesetz und den Einbürgerungsrichtlinien zu haben. Ebenfalls selbstverständlich wird der Umfang der Doppelstaatsbürgerschaften wie auch die zu ihrer Erlangung erforderlichen Auflagen selbstredend immer nach DEUTSCHEN Kriterien bestimmt werden. (Beispiele aus den zur Zeit gültigen Einbürgerungsrichtlinien: „Eine dauerhafte Hinwendung zu Deutschland ist nicht anzunehmen, wenn sich der Bewerber in einer politischen Emigrantenorganisation betätigt. Personen, die in einer inneren Abhängigkeit zu totalitären Ideologien stehen, ist die Einbürgerung zu versagen. Deutscher Wehrdienst während des letzten Weltkrieges und gemeinsam mit Deutschen erlittene Gefangenschaft kann angerechnet werden. Ebenso eine schwere Kriegsbeschädigung in deutschen Diensten. Fehlentwicklungen der Persönlichkeit, wie Arbeitsunwilligkeit... schließen die Einbürgerung aus...").

Aus diesen und vielen anderen Gründen können sich bekanntlich auch Menschen mit dem „richtigen" Paß im „eigenen" Land ziemlich fremd fühlen. Wer ihn unter DIESEN Bedingungen trotzdem will, sollte ihn, das versteht sich, auch bekommen können (wir sind ohnehin für den „internationalen Paß"). Es kann aber nicht die Aufgabe von Antirassisten sein, die Verfolgten mit den eigenen Hoffnungen auf eine „demokratische Republik mit humanem Anlitz" (Solinger Appell) in die Falle zu locken, die dieses Land heute darstellt: Drei Jahre nach der „Wiedervereinigung" hat der völkische Nationalismus im politischen System dieses Landes feste Wurzeln geschlagen. Wer dagegen Widerstand leisten möchte, sollte nicht für deutsche Pässe werben, sondern z.B. konkret die Abschaffung der Ausweisungsbestimmungen fordern und auch die Aufhebung der seit März bestehenden Verpflichtung der Arbeitsämter, alle freien Stellen einen Monat lang für „Deutsche" zu reservieren. Ansonsten sei daran erinnert, daß auch bei offenen Grenzen der kapitalistische Arbeitsmarkt alles Nähere regelt und daß gegen Nazis, die (wieder) Menschen verbrennen, vor allem Taten helfen.

WOHLFAHRTSAUSSCHUSS HAMBURG 18. 6. 93

„Notfalls unter Einsatz des Lebens“

VON GÜNTHER JACOB

ICH-IDENTITÄT UND NATIONALE IDENTITÄT

Der nachfolgende Vortrag wurde erstmals zur Auftaktveranstaltung des Wohlfahrtsauschusses Hamburg im Dezember 1992 gehalten. Damals ging es darum, den in der Formulierung „Etwas Besseres als die Nation“ erhobenen Anspruch des WA inhaltlich auszufüllen und auf eine Kritik des nationalen Alltags zu orientieren, aus dem heraus rassistische Positionen und Bewegungen entstehen, die zur Durchsetzung einer imperialistischen nationalen Zwecksetzung benutzt werden. Einige Aspekte dieses Vortrages, die einem Teil des Publikums damals „zu abstrakt“ erschienen, wurden inzwischen durch die politische Realität „konkretisiert“: Zum einen durch den Einsatz der Bundeswehr in Somalia, mit dem der bürgerliche Staat nicht zuletzt wieder OFFEN seinen Anspruch auch auf das Leben seiner Bürger erhebt. Zum anderen zeigten die Erfahrungen der WAs vor allem während der Veranstaltung in Leipzig, daß im Osten der BRD eine entwickelte regionalpatriotische „Ost-Identität“ existiert, deren Bewertung offensichtlich ziemlich unterschiedlich ausfällt. Die Auseinandersetzung darüber berührt letzlich die Frage, ob der antinationale Anspruch auf Kritik der imperialistischen „Normalität“ zugunsten einer bündnisorientierten „antifaschistischen Politik“ zurückgenommen wird. Die vorliegende Fassung des Vortrages wurde unter diesen Gesichtspunkten überarbeitet und ergänzt.

„Die militärische Option ist wieder Teil deutscher Politik.“ („Die Woche“)

„Gestern noch in der Bhagwan-Disko, heute schon in der Todeszone. Olaf, 25, gehört zu den ersten deutschen Soldaten in Blutland Jugoslawien. Prinz-Frontbesuch.“ („Prinz“ 10/92)

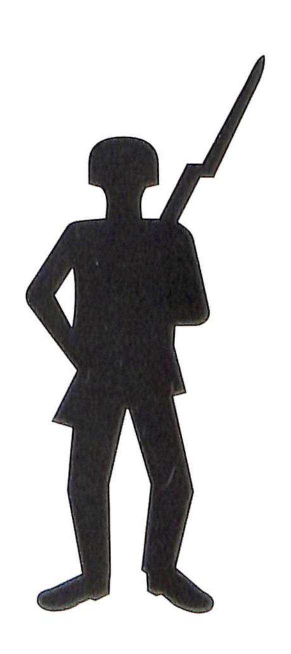
„Bonn zaudert noch: Rückzug oder offener Kampf?“ („Hamburger Morgenpost“)

„Der Rückzug wäre eine Katastrophe für die Moral der Soldaten“ (Klaus Kinkel)

„Heldentod eines Bundeswehrsoldaten in Somalia – mit aktuellen Fernsehspielen bringt die ARD Schwung ins Programm.“ („Der Spiegel“ über den WDR-Film „Auch Engel können sterben“)

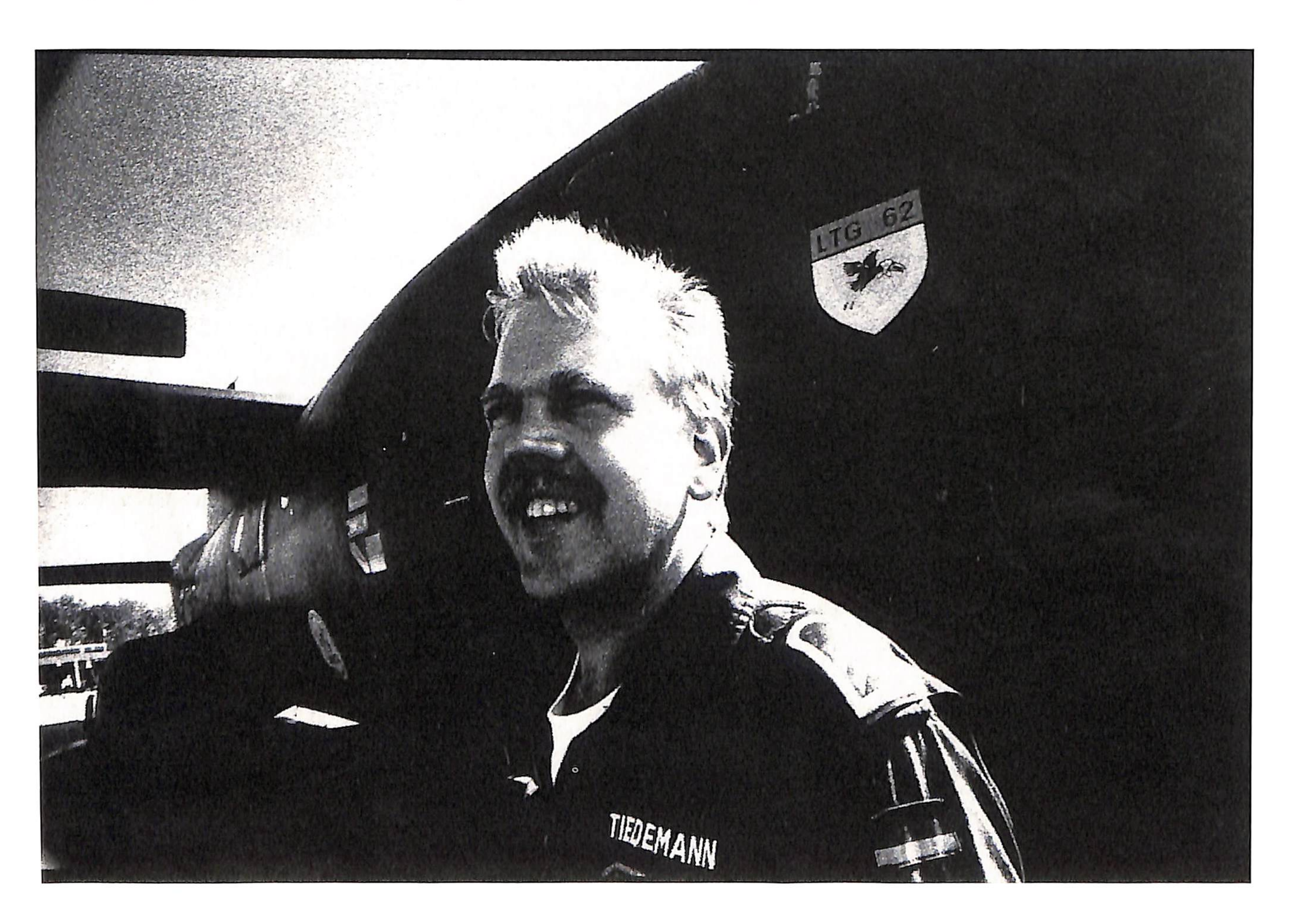
„Deutscher in Somalia gelyncht“ („Hamburger Abendblatt“)

„Es ist passiert: Der erste deutsche Soldat, gefallen für UNO und Vaterland im fernen Somalia, heimgekehrt im Zinksarg, wurde am ...... (Datum bitte selbst ausfüllen und dann ein angemessenes Fest organisieren) mit militärischen Ehren beigesetzt.“ (dpa)



Etwas besseres als die Nation

Liegt es nicht doch an den Afrikanern selbst, wenn sie – so viele Jahre, nachdem Sklavenjagd und Kolonialisierung große Teile Afrikas entvölkert und zerstört hatten – immer noch auf keinen grünen Zweig gekommen sind? Hatten sie denn bisher nicht genügend Zeit, um den Abstand zu Europa zu verkleinern? „Somalia hungert" und Deutschland, das zuvor schon in Somalia und etlichen anderen afrikanischen Staaten mit Waffen, Polizeiausbildung und Geheimdienstaufbau geholfen hat, hilft nun „humanitär" (1) und in selbstloser Risikobereitschaft mit Soldaten aus. Welch ein Bild: Ein deutscher Bundeswehrmachtssoldat im Tropenhut und mit dem Gewehr unter dem Arm inspiziert in Belet Huen die Elendsquartiere. Das „euroamerikanische" Überlegenheitsgefühl und die dazugehörigen „nationalen Identitäten" speisen sich im-



mer noch gerne aus dem Anblick eines hungernden und leidenden Afrikas, und so soll es dann eben passieren, daß aus dem durchschaubaren Wunsch nach „humanitärer Nothilfe" ein richtiger Krieg wird, weil sich eine westliche Armee ja nicht einfach von „afrikanischen Banden" am Helfen hindern lassen kann. Kein Wort darüber, wie die Konkurrenzgesetze dafür sorgen, daß die ökonomisch und militärisch führenden Nationen ihren Vorsprung weiter ausbauen können. Kein Wort darüber, daß das unkritische Einverständnis mit den hier alleine gültigen Kriterien von Funktionalität und Effektivität die Fortsetzung eines alten Krieges mit modernen Mitteln ist. Ein Krieg, der dafür sorgt, daß in den peripheren Zonen des Weltmarktes alles so drunter und drüber geht, daß sich schließlich hervorragende Übungsfelder für die bewaffnete Hilfe auftun – auch in Fällen, in denen nicht einmal das übliche (und meist leicht zu beschaffende) offizielle „Hilfeersuchen" vorliegt.

Die Überlegenheitsgefühle, die da – im Kontext ganz handfester Großmachtsinteressen – zur gewalttätigen Praxis drängen, sind gute 500 Jahre alt. Damals wurde nicht nur Amerika „entdeckt", sondern auch die sogen. Reconquista „erfolgreich" beendet – mit der Vertreibung von Moslems, spanischen Juden und schließlich auch der zum Christentum konvertierten Juden und Moslems. Nach dem bis dahin vorherrschenden Weltbild konnten Andersgläubige und „Heiden" durch eine Taufe auf die „richtige Seite" wechseln. Nach der Doktrin der Reconquista hingegen, war das Blut von Moslems und Juden „vergiftet" und ihre religiöse Orientierung somit vererblich. Hier liegen die Anfänge des modernen „ethnisch" begründeten „euroamerikanischen" Rassismus, der schon bald den Massenmord an den native americans und dann die neuzeitliche Sklaverei legitimieren sollte. Dieser Rassismus wurde zum festen Bestandteil aller mit der Expansion Europas einhergehenden „kulturell-zivilisatorischen" Überlegenheits- und Identitätsvorstellungen.

Während sich die Existenz der verschiedenen Varianten des Rassismus (der „wissenschaftlich" vorgetragene Begriff „Rasse" entstand erst im 17.Jahrhundert) heute bis

zu 3500 Jahre zurückverfolgen und belegen läßt, ist die moderne „Nation" ein Kind des Kapitalismus.

Die „Nation", so wie wir sie kennen, ist nur wenige hundert Jahre alt. Ihren endgültigen Siegeszug um die Welt trat sie sogar erst nach dem 2. Weltkrieg an. Die traditionalen, vorbürgerlichen Gesellschaften z.B. in Mitteleuropa waren Personenverbände ohne „ethnische" Homogenisierung. Die mittelalterlichen politischen Ordnungen lassen sich noch nicht als Staaten im neuzeitlichen Sinne mit allgemeinem Zuständigkeitsanspruch auf ein bestimmtes Gebiet auffassen. Die mittelalterliche Ständepyramide kannte noch nicht einmal ein gesamtgesellschaftliches Gewaltmonopol. Die Menschen waren nicht unmittelbar von einem Staat abhängig, sondern lebten in persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen z.B. von Grundbesitzern, die oft auch ihre Richter waren. Erst der fürstliche Absolutismus mit seinen Abgabemonopolen, zentralen Bürokratien und dem ansatzweisen Gewaltmonopol arbeitete dem Nationalstaat und der Zivilgesellschaft zu.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte sich in nahezu ganz Europa (unter anderem als Fortschreibung eines „sprachlichen" Volksnationalismus) der staatsoffizielle, auf die Wahrung imperialer Interessen gerichtete Nationalismus herausgebildet. Nationalismus ist seither der Versuch, einem von oben gestifteten politischen Gemeinwesen zur „Identität" zu verhelfen. Dieser Nationalismus ist an die Trennung von Herrschaftsmacht (Staat) und Ausbeutungsmacht (Kapital) gebunden. Sein Schmiermittel ist die Konkurrenz aller gegen alle, die zur Anrufung des von der bürgerlichen Gesellschaft getrennten Staates führt.

Im Rahmen des „Nationalstaates" sammelt das bürgerliche Individuum seine fundamentalen Erfahrungen im Überlebenskampf und bildet dabei seine „Identität" heraus, also jenes seltsame Ideal, von dem auch im Zusammenhang mit der „Nation" („Die Identität der Deutschen") täglich die Rede ist. Die Suche nach der individuellen Identität und die nach der nationalen Identität fügen sich dabei mehr oder weniger eng zusammen.

Beim Streben nach Identität kommt es vor allem auf das Streben an. Das sicherste Identitäts-Ticket ist letztlich der Paß.

Heute werden alle auf die Suche nach sich selbst geschickt. Der Zauber ist ungebrochen, der seit der Aufklärung von dem Wort „Identität" ausgeht. Hier klingt ein Versprechen auf eine heile Welt an: Für den Fall, daß man seine Identität denn finden sollte, wird man endgültig mit sich im Reinen sein. Dabei fällt auf, daß diese Identität erstmals mit dem „Außen" nicht viel zu tun haben soll. Sie ist eine Angelegenheit, die sich tief im Inneren der Person abspielen soll, in ihrem „Kern" bzw. „Zentrum". Das liegt daran, daß das bürgerliche Individuum durch die Abtrennung von seiner Gesellschaftlichkeit (die trägt es lediglich als Geld in seiner Hosentasche mit sich) zunächst nur sich selbst als Subjekt begreift, alle anderen hingegen als Material seiner egoistischen Bestrebungen. Das bürgerliche Individuum lebt zwar in der Gesellschaft, aber es wirtschaftet darin auf eigene Rechnung, haust darin wie ein NOMADE. Die Gesellschaft erscheint ihm trotz aller unvermeidlichen „Interaktion" mit anderen Menschen äußerlich, denn diese Gesellschaft plant ihre Produktion und Konsumtion nicht selbstbewußt. Das Gesamtergebnis ist von niemandem willentlich angestrebt und es hält deshalb manche Überraschung bereit.

Das bürgerliche Individuum fühlt sich ALLEIN im größten Gedränge und es wünscht sich in seinem Inneren auch allein auf der Welt zu sein, weil es dann die lästige Konkurrenz los wäre. Die für das kapitalistische System konstitutive Konkurrenz weckt beim bürgerlichen Individuum den Wunsch, die Konkurrenten zu überleben, ihnen ihre Handlungsmöglichkeiten zu nehmen. Die Konkurrenzhandlung, das belegt etwa die Sprache der Wirtschaftspresse, ist letztlich die symbolische Realisierung eines Tötungswunsches. Strukturell besteht zwischen der ökonomischen „Ausschaltung" eines Konkurrenten und seiner Tötung kein Unterschied. Der bürgerliche Staat kennt diesen Tötungswunsch und verpflichtet die Individuen im Interesse eines geregelten Geschäftsablaufes auf einheitliche Konkurrenzregeln. Er zwingt sie, sich trotz unterschiedlicher Vorrausetzungen (Lohnarbeiter, Kapitalist, etc.) an die von ihm aufgestellten Spielregeln zu halten. Indem er sie in dieser Hinsicht gleich stellt, verewigt er die Unterschiede zwischen ihnen.

Der Wunsch des zur Konkurrenz gezwungenen bürgerlichen Individuums, allein auf der Welt zu sein, wird schließlich zum Wunsch, daß Deutschland alleine auf der Welt sein sollte – ohne die lästige Konkurrenz anderer Souveräne. Die Nation ist das erste abgesteckte Jagdrevier des vom Kapitalismus wiedersprüchlich freigesetzten Individuums. Damit, daß in diesem Revier auch noch andere jagen, die der selben Staatsmacht unterworfen sind, hat es sich notgedrungen abgefunden. Es mag es aber überhaupt nicht gerne, wenn hier Unbefugte = Fremde jagen. Dann kehrt sich seine grundsätzliche und im Prinzip tödliche Aversion gegen lästige Konkurrenten umso heftiger gegen jene, die nach seiner Auffassung ohne Legitimation mitbieten. Wenigstens die sollen dann ausgegrenzt (und dem geheimen Wunsch nach: ausgelöscht) werden, um eigene soziale und materielle Vorteile zu erlangen und sich darüber besser behaupten zu können. Das war schon vor den Mordanschlägen auf „Asylanten" und „Gastarbeiter" so. Vor allem die Ausländergesetze garantieren dem staatlich anerkannten „Deutschen" gesetzliche Privilegien in seinem Jagdrevier. Darauf basiert sein Herr-im-Hause-Standpunkt und sein Wille zur Selbstethnisierung. Die Frage nach der eigenen Identität ist ihrem Ursprung nach idealistisch. Man fragt nicht: Was die Person A für die Person B ist, sondern was dies für eine Person ist? Das gesellschaftliche Sein-Für-Eines wird zurückgenommen in den einzelnen Menschen selbst, letztlich in eine „in ihm steckende Naturanlage". Identität ist somit eine Kategorie des Stillstandes, eine gewollte Anpassungsleistung und „die falsche Versöhnung mit der unversöhnten Welt" (Adorno). Sie hat mit dem Tod zu tun, denn das LEBENDE Ich bewegt sich notwendig mit jeder Handlung und jedem Gedanken von seinem Ausgangspunkt weg. Der

Denkgegenstand „Identität" ist hingegen jeder konkreten Bestimmtheit entkleidet. Mit der Suche nach ihrer Identität bezieht sich die suchende Person auf ein abstraktes System der Moral, in dem die Verpflichtung des Verhaltens (die bürgerliche Soziologie spricht von „Rollen") nicht durchsichtig aus den Erfordernissen des gesellschaftlichen Lebens hergeleitet ist. In der Nachfolge von Freud und Erikson wird der Anspruch auf Identität als das Ensemble der Fähigkeiten begriffen, auf verschiedene Anforderungen der Gesellschaft mit anpassungsfähiger Konsistenz einzugehen. Die Freiheit des Willens bestätigt sich somit in der Fähigkeit, eigenen Vorteil unter Beachtung des Vorgegebenen zu suchen – das meint z.B. die „Erziehung zur Mündigkeit" in der bürgerlichen Pädagogik.

Das erlebte Bewußtsein von persönlicher Identität läuft letztlich auf eine Selbsttäuschung hinaus und in der Realität zeigt sich dann auch, daß eine Ich-Identität gar nicht dauerhaft erlebt wird, es sei denn als anhaltende „Identitätskrise". Die Idee der Identität hat ihr gesellschaftliches Ausgangsmodell – die heutige Realität ist natürlich komplexer – zunächst im Tauschprinzip, das nichtidentische Einzelwesen und Leistungen grundsätzlich kommensurabel macht.

Während in den vorkapitalistischen, warenproduzierenden Gesellschaften alle einfach waren, was sie sein sollten, geht es heute um eine Anpassungsleistung an etwas, was gar nicht feststeht, an etwas, was sich ständig ändert: an die Dynamik des High Tech-Kapitalismus. Das Problem des bürgerlichen Individuums besteht heute darin, daß es die grundsätzlich bestehende und auch bejahte Anpassungsforderung nicht abschließend erfüllen KANN, weil ihm die Entwicklung immer davon läuft.

Andererseits ist es in strukturell rassistischen Gesellschaften ein Privileg, wenn von einem Individuum die Herausbildung einer Identität überhaupt erwartet wird: Ausgegrenzte, „rassifizierte" Personen werden dazu nicht aufgefordert, sie werden vielmehr auf eine konstruierte „ethnische Identität" festgelegt.

Im dynamischen Kapitalismus werden durch Investitionen und Innovationen permanent alle sozialen Bezugsgrößen umgewälzt – durch Veränderung der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung, durch Veränderung der Stadt/Land-Beziehung etc. Dabei werden immer auch Begriffe neu definiert, Symbole umcodiert, neue Stile kreiert. Die Identitätssuche findet also in einem INHOMOGENEN SOZIALEN RAUM statt, und sie findet unter der Bedingung permanenter VERÄNDERUNG der Rahmenbedingungen, der anderen Individuen und der nach Identität suchenden Person selbst statt.

Weil die norminativen Erwartungen der Umwelt nicht stabil sind und weder der Wille zur Anpassung noch der Wunsch nach Unterscheidung einen festen Haltepunkt finden, muß das moderne Individuum auf seiner Suche nach der Identitätsbalance diese anstrengenden Widersprüche lebenslang aushalten. Daß darüber nicht wenige Menschen ernsthaft krank oder gar schizophren werden, hindert bürgerliche Soziologen aber nicht daran, in Abgrenzung vom psychologischen Identitätsbegriff und ohne jeden kritischen Unterton die heute „offene Identität" pragmatisch als „situationsbedingt" und als „flexiblen und dynamischen Prozeß" zu beschreiben. Die Ursache dieser „Dynamik" ist schon nicht mehr ihr Thema.

Weil die Identität im „Wirtschaftleben" relativ eindeutig (Schlosser, Lehrer) ausfällt, im Nichtarbeitsbereich hingegen relativ beliebig ist, sind in letzterem bestimmte Kompensationsleistungen üblich, z.B. ein rigoroses „Haben-Wollen" oder subkulturelle Inszenierungen von Quasi-Lösungen und imaginären „Befreiungakten". Das bürgerliche Individuum spaltet sich in ein „uneigentliches Selbst", das sich den externen Zwängen anpaßt und ein „eigentliches Selbst", das im Nichtarbeitsbereich seine Identität (über Lebenstile, soziales Geschlecht, „Ethnie" und andere soziale bzw. kulturelle Symbole) selbst definieren möchte und dabei angesichts der Fragmentierung tradierter Sozialmilieus und dem unübersichtlichen Angebot der globalisierten „postmodernen Konsumkultur" auf erhebliche Schwierigkeiten stößt.

Die massenhafte Beschäftigung mit der eigenen Befindlichkeit und mit der Identitätssuche ist ein Phänomen des modernen Kapitalismus – vor allem in dessen Metropolen –, ein Ausdruck der Freisetzung der Marktsubjekte. Diese permanente und notwendig permanent scheiternde Suche nach Identität führt letztlich zu dem, was Marx „zivilisatorische Leistungen" nennt: Die immer wieder enttäuschende und ergebnislose Identitätssuche ist ein Stachel, der die Individuen voran treibt, der die notwendige gesellschaftliche „Grundnervosität" schafft und damit die Menschen der Dynamik und dem Rhythmus des Kapitalismus anpaßt. Eine Anpassung, die oftmals nicht danach ausschaut, denn zu ihr gehört auch, weil ein High-Tech-Kapitalismus auf innovative Kreativität angewiesen ist, die Herausbildung einer gewissen Autonomie bzw. von „Charakterstärke" gegenüber den vielen Fremderwartungen. Dieser Stachel wirkt nach innen und außen „zivilisierend": Außen in einer immer breiteren politisch-sozialen Koordinierung, innen als eine sich steigernde Selbstbeherrschung und Innensteuerung der atomisierten und trotzdem immer dichter vernetzten, immer mehr von einander abhängigen Individuen. Die hauptsächlichen Integrationsinstanzen sind dabei Markt und Staat: Sie steuern die Disziplinierung durch stummen Zwang, durch die zwingende Rationalität der Märkte, die ZEIT-ÖKONOMIE der kapitalistischen Wirtschaft, die gesetzlichen Bestimmungen und die sozialen Normen. Vor allem die allgegenwärtige, Körper und Seele erfassende Disziplinierung durch Zeitdruck und Effizienzanforderungen erzeugt dabei eine Tendenz zur Verrohung, wie sie sich zum Beispiel in instrumentalistischen Umgangsformen und entsprechender Gleichgültigkeit gegenüber anderen offenbart. Die Ausdifferenzierung von Gefühlen und ihre Abstumpfung liegen in dieser Gesellschaft dicht beieinander. Unter anderem darauf beruht auch Adornos These, wonach in der Zivilisation die „Barberei" schlummert. Bei der Entstehung von rassistischen Gefühlen und Haltungen spielt die Wiederkehr des im Prozeß des Selbstzwanges Verdrängten eine zentrale Rolle.

„Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen“

Auf dem Weltmarkt sind die bürgerlichen Staaten so etwas wie Communities, die gegeneinander konkurrieren, aber auch miteinander auskommen müssen, weil sie sich gegenseitig benutzen wollen. Der Weltzusammenhang einer „Nation“ wird von der Staatsmacht hergestellt, um das Geschäft ihrer Bürger von den Schranken ihres Herrschaftsbereiches zu befreien. Dabei stößt sie auf die Schranke, die die Existenz auswärtiger Souveräne darstellt. Mit ihnen muß sie sich irgendwie ins Einvernehmen setzen. Es ist ein Geschäft gegenseitiger Erpressung mit diplomatischen Tricks und ökonomischen Mitteln, mit militärischer Drohung und manchmal auch mit richtigem Krieg.

Innerhalb der einzelnen Staaten findet historisch und aktuell ein Prozeß der Homogenisierung statt, in dessen Verlauf diese imaginäre Gemeinschaft „Nation“ sozial konstruiert wird, etwa durch den einheitlichen Namen („Deutsche/r“), die relativ stabilen staatlichen (Ab-) Grenz(ung)en, die relative Kontinuität eines Staates (und damit einhergehend: das kollektive Gedächtnis als Resultat der Verpflechtung der individuellen Existenz in das Geflecht einer kollektiven Geschichte), die Sprachnormierung zur angeblichen „Muttersprache“, das einheitliche Recht, das die Spuren der internen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen dieser Nation trägt (als abgeschlossenes Terrain sozialer Kämpfe), die einheitlichen Zahlungsmittel, die hierarchische soziale und politische Ordnung, vom Regierungsapparat über die Armee und Verwaltung bis zu den sozialen Normen und Codes.

Wir können zur Zeit verfolgen, wie an DDR- und BRD-Untertanen, die 40 Jahre lang unterschiedlichen Staatsmächten unterworfen waren, die soziale Konstruktion eines „Volkes“ vollzogen wird. Dieses „Volk“ lernt sich nun in seinem als „wiedervereinigte Nation“ erscheinenden vergrößerten Staat zu erkennen, ihm Loyalität entgegenzubringen und dabei eine großdeutsche „kollektive Identität“ herauszubilden, deren Zentralelement das Anderssein bzw. das Verschiedensein von anderen ist. *„Für die vergrößerte Bundesrepublik Deutschland stellt sich nun angesichts der Vereinigung mit neuer Intensität die Frage nach der Identität der Deutschen. Besonders seit dem Umbruch in der DDR wird die Frage nach der zukünftigen Ausprägung eines gesamtdeutschen Nationalbewußtseins reflektiert. Wer sind wir? Woher kommen wir? Wohin gehören wir? Diese Fragen wurden seit Beginn der achtziger Jahre in der Bundesrepublik diskutiert und erhalten durch die friedliche Revolution in Ostdeutschland neue Schubkraft.“ (Weidenfeld/Korte).* Die Konstruktion kann nicht funktionieren ohne eine rückwirkend ausgesponnene kollektive Geschichte: *„Deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten bezüglich Geschichte und Tradition wurden deutlicher betont. In dem Maße, wie die deutsch-deutsche Ebene an Zuspruch gewann“ wurde auch „der aufgesetzte Amerikanismus der Nachkriegszeit (...) kritisch gesehen.“ (ebd.)* Am Ende – in diesem Fall schon am Anfang – steht die Behauptung, daß „Nationalstaat“ und „Ethnie“ sich decken, wobei vor allem in Deutschland, aber nicht nur dort, der Begriff „Volk“ in der Regel „Ethnie“ oder „Rasse“ meint. Im Alltagsbewußtsein ist die Vorstellung, man müsse die persönliche und nationale Identität vor „Überflutung, Durchmischung und Durchrassung“ bewahren, populärer denn je. (2)

Diese imaginäre Gemeinschaft bietet ihren Mitgliedern, sobald sie sich unterworfen haben, eine gewisse Verbindlichkeit und Stetigkeit, ein gewisses, als Mischung aus Konsens und Zwang verfertigtes Schutzversprechen. In diesem Rahmen werden die Staatsbürger als handelnde Subjekte angesprochen, lernen sie sich als Subjekte wechselseitig anzuerkennen und in normierter Weise mit-



einander umzugehen. Das Individuelle wird auf diese Weise in das staatlich organisierte Kollektive integriert und dabei das herausgebildet, was die bürgerliche Psychologie dann als „Gruppenidentität“ bezeichnet.

Aber der bürgerliche Staat, in den das Individuum hineingeboren wird und mit dem es sich daher wie „schicksalhaft“ verbunden fühlen möchte, bietet sein Schutzversprechen NICHT UMSONST: Zunächst verwikkelt er seine Bürger in sein Geflecht. Die gesamte weltmarktvermittelte Reproduktion des Bürgers, ist, sobald Lohnarbeit die vorherrschende Erwerbsquelle ist, vollkommen vom Funktionieren „seines“ Staates abhängig. So wie sich der Lohnarbeiter unter den gegebenen Bedingungen wünschen muß, daß sein Kapitalist gute Geschäfte mit ihm und anderen macht, damit er auch morgen noch Lohnarbeiter sein kann, so muß sich der Bürger wünschen, daß „sein“ Staat international durchsetzungsfähig ist und auf „Weltniveau“ bleibt.

Damit ist er aber auch in der PFLICHT, wenn diese Mächte einmal keinen Erfolg haben. Dann erweist sich die zunächst hergestellte und dann auch subjektiv gewollte Teilhabe an diesem Zusammenhang als gefährliche und letztlich tödliche FALLE. Der Untertan muß für die Pleiten seiner Herren und seiner „Nation“ aufkommen und im Krieg muß er auch seinen Kopf für sie hinhalten. Die persönliche Identität, die er zum Beispiel aus seinem Deutschsein zieht, wird jetzt prekär. Sie wird radikal auf die Probe gestellt: Er muß auch den TOD wollen, wenn er Deutscher sein will und so steht es ja auch auf dem 1936 errichteten Kriegsdenkmal am Hamburger Dammtorbahnhof: „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen“. (3)

Eine Konsequenz, über die die „wiedervereinigte Nation“ am Beispiel Somalia gerade laut nachdenkt und deren Botschaft inzwischen auch im letzten Winkel der BRD angekommen sein dürfte. Auch wenn die Bundeswehrmacht wieder aus Somalia abgezogen werden sollte, so wäre doch ein zentrales Ziel erreicht worden: Der Anspruch des Staates auf das Leben seiner Untertanen ist nun wieder offen ausgesprochen. Diese real abgeforderte und auf der subjektiven Ebene mythisch irrational-rational präsente Todesbereitschaft ist konstitutiv für das Gelingen einer ambitionierten imperialistischen „Nation“. Sie spielt im Leben der Bürger eine nicht zu unterschätzende Rolle, wie auch umgekehrt hier der Grund liegt, warum Staaten sich selten für Doppelstaatsbürgerschaften erwärmen bzw. deren Zahl möglichst gering halten: Wer hier als „Gastarbeiter“ oder als Mensch mit einem zweiten Paß lebt, gilt aus staatlicher Sicht nicht ohne Grund als unsicherer (und von den Staatsbürgern insgeheim beneideter) Kandidat, denn er kann sich, wenn ihm der Boden hier zu heiß wird, mit seinem Paß schließlich einfach aus dem Staub machen. Weil er nicht gezwungen ist, für diesen Staat zu STERBEN, fehlt ihm, was einen Staatsbürger erst perfekt macht. (4)

Entsprechend grausam ergeht es jenen, die trotz ihres ausländischen Passes im Konfliktfall nicht rechtzeitig entkommen und dann in der Falle sitzen: In beiden Weltkriegen wurden ausländische Arbeiter an der Rückkehr gehindert und als Zivilarbeiter „dienstverpflichtet“. Andere wurden als Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene oder KZ-Häftlinge festgehalten. Von den 7,7 Millionen „Fremdarbeitern“ und Kriegsgefangenen, die die Faschisten in Deutschland in 20.000 „Ausländerlagern“ festhielten, stammte jeder dritte aus der Sowjetunion, jeder fünfte aus Polen und jeder sechste aus Frankreich; die restlichen zwei Millionen kamen aus weiteren neunzehn Ländern. Im Arbeitsamtsbereich Stuttgart beispielsweise betrug



1944 der Anteil der bei Daimler-Benz beschäftigten „ausländischen Beschäftigten", von denen etliche sogar über (unter Druck abgeschlossene) Arbeitsverträge verfügten, 15 Prozent – ohne statistische Berücksichtigung von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Vor diesem Erfahrungshintergrund läßt sich dann auch eine Beobachtung des Ausländerbeauftragten des Berliner Senats einordnen. Der Mann, der schon in den 70er Jahren gezielt für Einbürgerungen warb – die Frontstadt mußte aufgefüllt werden – bedauert die geringe Resonanz auf seine Angebote: *„Die Türken haben wenig Neigung, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen. Jene, die sie erlangen wollten, sind durch die Ereignisse von Mölln und Solingen verunsichert worden." („FAZ" 5.6.93)* (5)

Der bürgerliche Staat, und selbst ein Staat wie Kanada beweist das, kann nicht unbedroht existieren, wenn es ihm nicht gelingt, sein Staatsvolk in irgendeiner Weise zu homogenisieren. Ein Zugang zu diesem Volkskörper von außen wird in der Regel nur in der Form der Integration bzw. Assimilation erlaubt und das meistens nur in geringem und genau kontrolliertem Umfang. Auch der in dieser Hinsicht liberale, nach dem Territorialprinzip verfahrende „Nationalstaat" (Staatsbürger ist, wer auf dem Territorium geboren ist), dringt auf diese Homogenisierung bzw. auf die Förderung eines nationalen, scheinbar „natürlichen" und somit zumindestens diffus „ethnisch" verstandenen Identitätsgefühls. So ist es dann auch nicht verwunderlich, daß für die Erlangung der Staatsbürgerschaft in der Mehrheit der westlichen Staaten (übrigens auch in Frankreich) die ABSTAMMUNG von mindestens einem zur jeweiligen „Nation" zählenden Elternteil die Regel ist. Bei den großen Ausnahmen, zu denen vor allem die USA zu zählen sind, weil jede in den USA geborene Person die amerikanische Staatsangehörigkeit erwerben kann, selbst die Kinder von „illegal immigrants", wird die Loyalität auf andere Weise hergestellt: Ausländer, die eingebürgert werden wollen, dürfen ihren bisherigen Paß behalten, müssen aber einen TREUE-EID gegenüber den USA leisten.

Weil es dem bürgerlichen Staat darum gehen muß, daß ihm sein Untertanenmaterial auch in zugespitzten Situationen fraglos zur Verfügung steht, ist er auch stets bestrebt, die regionalen, lokalen, „ethnischen", kulturellen, religiösen, etc. Besonderheiten tendenziell einzuebenen oder wenigstens zur Mentalität oder Folklore zu neutralisieren, um sie so benutzen zu können.

Die Geschichte der „bio-politischen" Homogenisierung ist eine Geschichte von Mord, Sklaverei, Plünderung, Eroberung und Kolonialisierung, von blutigen Eingrenzungen und Ausgrenzungen. Ein bedeutendes Symbol dieser Geschichte ist der Paß. Was es vereinzelt schon in alten Reichen gab, wird im bürgerlichen Staat erst zur Norm: Er gibt an seine Untertanen Personalpapiere aus, die seine Zugehörigkeit festschreiben und zugleich die Fremden exakt definieren.

Das Modell „Nationalstaat" und damit auch die Frage nach der individuellen und kollektiven Identität ist heute einer der erfolgreichsten Exportartikel des Westens. Er ist das Vorbild aller „nationalstaatlichen" Neuschöpfungen im Osten und er hat diese Entwicklung auch aktiv gefördert. Dabei hat Deutschland durch die Eingliederung der DDR unter der Losung „Wir sind ein Volk" weltweit als Stichwortgeber für das „ethnische" Prinzip gewirkt.

Regionalismus: Die Übersetzung kapitalistisch hergestellter Unterschiede in Mentalitätsunterschiede.

Heimat! Seit Mitte der 70er Jahre wurde der überschaubare lokale und regionale Raum in der alten BRD zum positiven Bezugspunkt der sogen. neuen sozialen Bewegungen. Große Teile der Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung, der Grünen sowieso, und auch so manches „militante" Stadtteilprojekt betrieben eine „alternative", als Widerstand gegen „den universalistischen Industrialismus" und „großräumigen Zentralismus" ausgegebene Renaissance des Heimatgefühls. An dieser aktiven Suche nach Geborgenheit, Überschaubarkeit und Identität fand auch der Mainstream Gefallen. In diese Zeit fällt die Ausbreitung von Mundarten (die auch in der deutschen Popmusik bis heute – neuerdings auch im deutschsprachigen Rap – einen „Heimatbezug" herstellen), kommerziellen Stadtteilfesten, Traditionsfesten aller Art, eines „Schützt den deutschen Wald"-Öko-Gemeinschaftsgefühls und eines Aufschwungs des deutschen Vereinslebens. Neun von zehn Deutschen fühlen sich dort besonders wohl, wo sie gerade leben. Nachbarschaft, Gemeinsinn, Recycling-Tonnen etc. stehen hoch im Kurs. Selbst für einen neuen identitätsstiftenden Landespatriotismus („Wir Hamburger", „Hessen vorn", etc.) ist sich kaum jemand zu schade, zumal es dabei nicht zuletzt um industrielle Standortpolitik geht. Heimat, Region usw. bedeuteten in der alten BRD nicht etwa eine Relativierung der „nationalen Identität", sondern bildeten deren untere Ebenen, auf denen in ideologischer Verkleidung die Konkurrenz um ökonomische Ressourcen ausgefochten wurde. Die beliebte Interpretation der neuen Lust am Lokalen als widerständig gemeinten Anspruch auf ein „authentisches Erlebnisfeld" und als – im Sinn von „Differenz versus Universalismus" – kritische Reaktion auf die „Entfremdungserfahrung in der Moderne" ist pure Ideologie. Die Heimat, die da propagiert wird und in der die neue Identität gefunden werden soll, ist auch nur ein Alptraum der besonderen Art. Der Raum, in dem Natur, Arbeit, Architektur und soziales Leben noch nicht zerstört sind, ist angesichts der strukturellen Dominanz des Kapitalverhältnisses eine Fiktion. Zu den Resultaten von Heimatbewegung und Regionalismus zählt dann auch nicht die Aufhebung irgendeiner Entfremdung, dafür aber ein größerer Konsenszwang für die Einzelnen und die Stärkung eines konservativen Gemeinsinns. Letzteren versprach man sich übrigens auch von der landsmannschaftlichen Aufteilung der DDR in fünf neue Bundesländer.

Der bürgerliche „Nationalstaat" hatte bisher nur zwei ernsthafte Gegner: den separatistischen Regionalismus (der dem Nationalismus symmetrisch ist) und den Inter-Nationalismus des radikalen Flügels der alten Arbeiter-

bewegung (der sich vom Patriotismus der Sozialdemokratie abgrenzte, später aber beim Konzept eines „sozialistischen Vaterlandes" endete). Beide Kontrahenten existieren in Deutschland nicht (mehr).

Ost-Identität als Sonderanstrengung zur Vollendung der „Einheit"

Die regionalistische Bewegung im Osten – einer „Ostpartei" wollten dort zeitweise 40 Prozent ihre Stimme geben – betreibt nicht die Separation, sondern sie spielt ganz im Gegenteil eine wichtige Rolle im Prozeß der Homogenisierung von BRD und DDR zu Superdeutschland. Ihr kommt darin vor allem eine rationalisierende und vereinheitlichende FUNKTION zu. Als eine ideologische Strömung, die mit dem Begriff des VOLKES operiert und andere zu zwingen sucht, zwischen „WIR" und „IHR" zu unterscheiden, befördert sie zunächst einmal das Denken in kollektiven Identitäten.

Wie jede Regionalbewegung reagiert sie auf die hierarchische Realität des Kapitalismus, auf das von der kapitalistischen Dynamik im nationalen wie auch im internationalen Maßstab produzierte wirtschaftliche und kulturelle Gefälle zwischen den Regionen und die damit einhergehende Unterteilung in florierende Metropolen und marginalisierte Peripherien.

Weil mit der Annexion der DDR durch die BRD die gesamte Volkswirtschaft der DDR plötzlich an kapitalistischen Maßstäben gemessen wurde, für die sie niemand eingerichtet hatte, wurden Land und Leute in weiten Teilen des Osten, ganz entgegen ihren Erwartungen, zunächst der Peripherie des westdeutschen Kapitals zugeschlagen. Dieses Schicksal ist nun keineswegs ungewöhnlich, auch nicht in der „alten" BRD, in der auch noch andere Landstriche mit einem anhaltenden „Strukturwandel" konfrontiert sind. Ungewöhnlich ist allerdings der abrupte Absturz und die Diskrepanz zwischen den hohen Erwartungen an den realen Kapitalismus und dem, was er dann gebracht hat. Ungewöhnlich ist auch die weitgehende Ersetzung der bis dahin gültigen Rahmenbedingungen des bisherigen Lebens durch ganz neue. Die BRD hat das komplette Netzwerk ihrer politischen und ökonomischen Struktur über die DDR-Gesellschaft geworfen, obwohl doch von Seiten vieler DDR-Bürger das Angebot bestand, die „positiven Seiten der DDR" in das gemeinsame Projekt Superdeutschland einzubringen. Das alles tangiert jedoch nicht das grundsätzliche, freie und geheime Ja der Mehrheit der DDR-Bevölkerung zur „deutschen Einheit" in Form eines „Beitritts" zur BRD. Genau deshalb kann sich dieser Regionalismus auch nicht zum Separatismus radikalisieren. Das Interesse, das er zum Ausdruck bringt, ist ein ganz anderes. Eine seiner Funktionen besteht darin, eine „Mentalität" zu konstruieren, die es erlaubt, sich den Realitäten anzupassen, sie politisch und emotional NACHZUVOLLZIEHEN.

In den regionalistischen Sub-Nationalismen manifestiert sich der ambivalente Charakter der Nation-Form (Partikularität versus Homogenität) wie auch der ambivalente Charakter der Bewegung des Kapitals (Zentrum versus Region/Peripherie). Sie fungieren dabei als IDENTITÄTSSTIFTENDES Angebot im Rahmen bereits festgelegter und eingegrenzter staatlicher Verwaltungseinheiten und dies meist in ökonomisch „strukturschwachen" Gebieten. Sie LEGITIMIEREN mit ihren Verweisen auf die lokalen Eigenarten die hierarchische Realität des Kapitalismus und nehmen mit dem Gestus einer rechtschaffenden Bescheidenheit doch an der Konkurrenz um die Rangordnung teil. Damit lösen sie einen grundsätzlichen Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft subjektiv auf: Den Widerspruch zwischen dem postulierten Gleichheitsversprechen und der realen Ungleichheit.

Indem die regionalistischen Bewegungen ihre „kulturellen Besonderheiten" betonen, übersetzen sie sich das kapitalistisch hergestellte Gefälle zwischen den Regionen als Mentalitätsgefälle: Die „schweigsamen" Ostfriesen sitzen nun mal lieber pfeiferauchend am Deich und die neuen Bundesbürger im Osten halten einfach mehr von menschlicher Wärme und solidarischer Nachbarschaft als die vielen egoistischen, dekadenten und arroganten Westler. Dieser Regionalismus ist also nur ein alternativer Weg zur VOLLENDUNG des „Gemeinschaftwerks Deutschland", eine Art sekundäre Nationalisierung der Gesellschaft im Ideologischen, eine fundamentalistische BEKRÄFTIGUNG der „nationalen Identität" und schließlich ein Ausgrenzungsdiskurs, der die „kulturelle Differenz" in den Vordergrund rückt und damit dem differentialistischen Rassismus zuarbeitet. Die „emotionale Gemeinsamkeit der Deutschen" wurde bisher ja tatsächlich wesentlich über die Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung von „Nicht-Deutschen" hergestellt.

Wie schon die Losungen „Wir sind DAS Volk" und „Wir sind EIN Volk" keinen Gegensatz bildeten, so ist auch die Unterscheidung in „Wessis" und „Ossis" KEIN Angriff auf die deutsche „Identität", sondern die Aufforderung, diese „menschlich, psychologisch und kulturell" und unter besonderer Berücksichtigung des „östlichen Lebensgefühls" zu vollenden: Die aus der Perspektive der peripheren Region vorgetragene Klage „Die Wessis verstehen uns nicht" ist nur eine zeitgemäße Umformulierung von „Wir sind ein Volk"! Sie packt die Westler (im Zentrum) an ihrem eigenen Nationalismus, veranlaßt sie zum Dementi und am Ende betonen alle einhellig, gute Deutsche zu sein: *„Wenn die Vereinigung gelingen soll, müssen die Deutschen die Gelegenheit bekommen, den ständig vertagten Familienkrach endlich einmal auszutragen – aufs erste den naheliegenden Ossi-Wessi-Streit. Nichts wäre dümmer, als das Trennende und das Belastende unter den Tisch zu kehren." („Die Woche")*

Die Agitation für die „Einheit von unten" erfolgt vor dem Hintergrund der bereits DURCHGESETZTEN staatlichen „Einheit". Wir haben es in West und Ost mit den selben Formen der Vergesellschaftung der Individuuen zu tun, mit den selben Zahlungsmitteln und den selben Markenartikeln, auch wenn der Sinn der an letzteren klebt, und dies ist dann wieder Thema der Mentalitäts-Forscher, vielleicht unterschiedlich entziffert wird. Die Empörung der vorgeblich „betrogenen" Ostdeutschen über ihre „Vereinnahmung durch den Westen" ist eine Variante des

SCHNAUZE DEUTSCHLAND!

Regionalnationalismus und Linke im Osten der BRD

„Ein Teil der Linken hatte sich, volksnah wie immer, bereits an den Gedanken gewöhnt, fortan als großdeutsche Linke den erneuten deutschen Griff nach den Sternen kritisch zu begleiten - als fürsorgliche ANWÄLTE DER VEREINIGUNGSVERLIERER. (...) Wenn sich die BRD beim der Einverleibung der DDR verschluckte - dann würden die Antinationalisten das nicht bedauern. Sie würden sich auch NICHT als Interessensvertreter der „kleinen" Nationalisten aufspielen." (aus der Ankündigung der Veranstaltung „Schnauze Deutschland" am 7. Mai 1990)

Daß der Regionalnationalismus im Ostteil der BRD östliche und westliche Linke faszinieren würde, war zu erwarten. Nicht nur, weil Linke sich gerne in der Rolle von Anwälten der „kleinen Leute" sehen, sondern, weil die Bildung von nationalistischen Volksfronten eine lange Tradition im klassischen linken „bündnispolitischen" Repertoire hat. Eine konsequent antinationale Politik macht Linken, die sich gerne mit den „objektiven Interessen des Volkes" im Einklang wähnen, einfach Angst, weil sie die Zahl „potentieller Bündnispartner" dummerweise radikal reduziert. Die von der PDS im Sommer 1992 initiierten „Komitees für Gerechtigkeit" (die Idee soll von West-PDS'ler stammen) brachten die Zusammenarbeit von Ostlinken mit Nationalkonservativen und später vereinzelt sogar mit Faschisten. Programmatisch ging es um die „konsequente Vertretung ostdeutscher Interessen" mit dem Ziel, einen „gesamtdeutschen Beirag zu leisten" und unter ausdrücklicher Ausklammerung der „Asylproblematik". Im Fahrwasser des Regionalnationalismus schwammen auch Antifa-Linke, die an den Veranstaltungen der Wohlfahrtsausschüsse teilnahmen. Zu Beginn der Veranstaltung in Leipzig wurde eine Kritik der lokalen Projektgruppe „Druck" an dem Konzept der Aktion „Etwas Besseres als die Nation" verlesen. In dieser Stellungnahme geht es hauptsächlich darum, – „den Osten" und seine Bevölkerung gegen linke Kritik in Schutz zu nehmen, – den Zusammenhang von Rassismus und völkisch begründeter „Wiedervereinigung" zu leugnen, – das extrem große Ausmaß des alltäglichen rechten Terrors im Osten der BRD zu bagatellisieren (die Gefährdung für den einzelnen „Fremden" liegt im Osten der BRD 30–100 mal höher als im Westen der BRD), – politisch angeblich indifferente wie auch rechtsgerichtete DEUTSCHE, die „schon „immer" im Osten leben, als gute Kumpels vorzustellen und sie von denen abzugrenzen, die nicht „schon immer hier leben", – darüber zu klagen, daß man in das Projekt Deutschland nicht das Erbe der DDR einbringen durfte.

In Leipzig zeigte sich, wie der von Linken angestrebte positive Bezug auf eine nationalistisch gesinnte „Bevölkerung" letztlich in deren Inschutznahme gegen antinationale Positionen umschlagen muß. Als Einfallstor zum „Verstehen der Menschen" erwies sich dabei jenes regionalistische und heimatliche Wir-Gefühl, das auch der „Neuen Linken" im Westen der BRD seit den 70er Jahren vertraut ist.

Projektgruppe Druck. Auszüge:

> „Der gegenwärtige Rassismus und die faschistischen Tendenzen scheinen nach Meinung der Medien und prinzipiell auch bei Euren Papieren mit der Wiedervereinigung und dem neuerwachenden Nationalgeist zusammenzuhängen."

> „Hören wir die „Wessis" über den Osten sprechen, ist es, als glaubten sie, daß hier schon der absolute Terror auf den Straßen herrscht."

> „Auch wenn hier wirklich nicht die tollste Atmosphäre herrscht, handelt es sich doch einfach um Leute und ihre Ausdrucksweisen, die hier immer schon leben, unsere Eltern, Arbeitskollegen, Hausnachbarn usw. Viele von den sog. aktiven Faschisten kennt mensch noch aus der Schule oder dem Buddelkasten."

> „Die BRD hat sich durch den Zusammenschluß mit der DDR nicht prinzipiell gleichberechtigt zu beiden Seiten verändert."

Verteilungskampfes und führt schon deshalb niemals zu einer Kapitalismuskritik. Es ist die Wut von Leuten, die mit aller Macht zu den Weltmarktgewinnern zählen wollten und die deshalb alle Weltmarktverlierer hassen. Obwohl es ihnen, gemessen an den Standards dieser Weltmarktordnung so schlecht nicht geht, sehen sie sich als Verlierer in einem Spiel, dessen Regeln sie jedoch prinzipiell anerkannt haben.

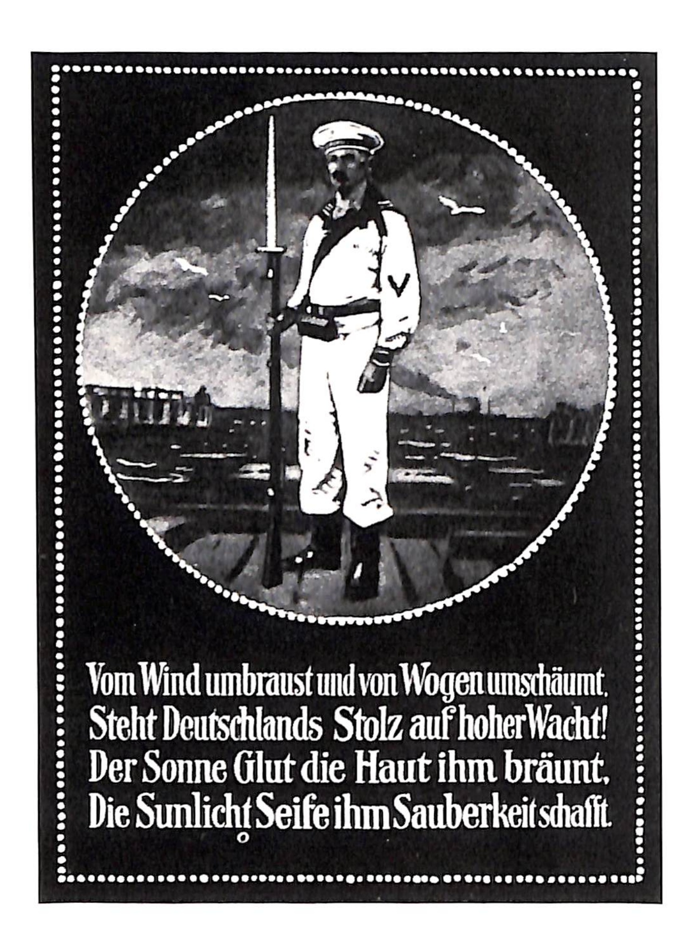
Dieser mitleidsheischende Regionalnationalismus funktioniert im Osten wie im Westen als Schmiermittel bei der Herstellung von Opferbereitschaft und der DURCHSETZUNG des gesamtdeutschen Solidarpaktes. Dabei geht das Beharren auf „spezifische Besonderheiten" allerdings über den „normalen" politischen Nationalismus deutlich hinaus. Es ist eine nationalistische SONDERANSTRENGUNG, die den an „rationalen" kapitalistischen Maßstäben orientierten bürgerlichen Nationalismus völkisch und rechtspopulistisch auflädt. Als zusätzliches partikulares Element stellt sich dieser besondere, erst nach der „Wiedervereinigung" zustande gekommene „DDR-Nationalismus" als ein labiler, auf aggressive Ausgrenzung angelegter Populismus dar, vor dem der „sachlich" am imperialistischen Anliegen orientierte bürgerliche Nationalismus – völlig zu Unrecht – als eine schwache und versöhnlerische Position im Universum der Konkurrenz erscheint.

Literaturhinweise:

Anderson „Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzeptes" (FFM 1988); Balibar/Wallerstein „Rasse, Klasse, Nation – Ambivalente Identitäten" (Hamburg 1990); Cohen/Taylor „Ausbruchsversuche. Identität und Widerstand in der modernen Lebenswelt" (FFM 1977); De Levita „Der Begriff der Identität" (FFM 1971); Erikson „Dimensionen einer neuen Identität" (FFM 1975); Goffman „Stigma. Über die Techniken der Bewältigung beschädigter Identität" (FFM 1967); Redaktion Granta „Krauts!" (London 1992); Habermas „Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität herausbilden?" (FFM 1974); Hakke „Weltmacht wider Willen" (Stuttgart 1989); Heckmann „Ethnische Minderheiten, Volk und Nation" (Stuttgart 1992); Marquard/Stierle „Identität" (München 1979); Mead „Geist, Identität und Gesellschaft" (FFM 1978); Korte „Der Standort der Deutschen. Akzentverlagerungen der deutschen Frage in der BRD seit den 70er Jahren" (Köln 1990); Marsh „Deutschland im Aufbruch" (Wien 1990); Richter „Erlangte Einheit – Verfehlte Identität" (Berlin 1991); Sana „Das vierte Reich. Deutschlands später Sieg" (Hamburg 1990); Strauss „Spiegel und Masken. Die Suche nach Identität" (FFM 1974); Unseld „Politik ohne Projekt? Nachdenken über Deutschland" (FFM 1993); Weidenfeld/Korte „Die Deutschen. Profil einer Nation" (Stuttgart 1991)

Bittermann „Der rasende Mob – Die Ossis zwischen Selbstmitleid und Barbarei" (Berlin 1993); Ebermann/Trampert „Volkssturm im Wasserglas. Zur Gründung der Komitees für Gerechtigkeit" („Konkret" 8/1992); Ebermann „Keine Buchung ohne Beleg. Über den 3. Parteitag der PDS" („Konkret" 3/1993); Greverus „Auf der Suche nach Heimat"

Etwas besseres als die Nation



(München 1979); Habermas „Der DM-Nationalismus" („Die Zeit" 14/1990); Klages „Das regionale Entwicklungsgefälle" (Tübingen 1982); Lipp „Heimatbewegung, Regionalismus. Pfade aus der Moderne?" (Opladen 1986); Krosigk „Aufstand der Provinz. Regionalismus in Westeuropa" (FFM 1980); Maaz „Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR" (Berlin 1990); Runge „Ausland DDR. Fremdenhaß" (Berlin 1990); Siegler „Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR" (Berlin 1991); Schilling-Kaletsch „Wachstumspole und Wachstumszentren. Untersuchungen zu einer Theorie sektoral und regional polarisierter Entwicklung (Hamburg 1976))

Fußnoten:

[1] *Erinnert sei auch an den bundesweiten „Tag für Afrika" am 23. Januar 1985. Damals, als die weltpolitischen Kräfteverhältnisse eine westdeutsche Militäraktion in anderen Ländern noch nicht erlaubten, verkaufte die Hamburger Polizei zum Wohle Afrikas Erbsensuppe auf dem Rathausmarkt, widmeten die Rundfunkanstalten landesweit ihr Programm dem Thema „Hunger in Afrika", mahnten Kirchenglocken zum Spenden und forderte die Bundeswehr ihre Soldaten in einem Tagesbefehl dazu auf, Geld für die „Hungerhilfe" zu sammeln. Erste Erfahrungen mit Afrikaeinsätzen sammelte die Luftwaffe aber schon 1973 und 1985, als sie sich an den „Hunger-Luftbrücken" in die Sahel-Zone und nach Äthiopien beteiligte.*

[2] *Daß „die Natur ihre Huld (sic!) innerhalb der Rassen (!) wie auch zwischen ihnen (!) nicht so gleichmäßig verteilt hat wie eine Firma ihre Postwurfsendung" darf – in „kapitalismuskritischer Absicht" – auch Christoph Türcke in „konkret" 8/93 verbreiten. „Menschenrassen", so der inzwischen in Leipzig für die Einheit des deutschen Universitätswesens wirkenden Professor, „sind keine Erfindung des Rassismus, sondern ein Produkt der Naturgeschichte". Türcke bedauert, nicht „GENAU" (!) angeben zu können, wie sich z.B. „schwarze" (ab welcher Hautschattierung gilt ihm ein Mensch als „schwarz"?) Hautfarbe (was ist mit der Augenfarbe und der Nasenform?) auf „Temperament, Neigung, Begabung, Charakter" auswirkt? Gerade solche „Problemstellungen" zählen zu den typischen rassistischen Erfindungen.*

[3] *Vgl. hierzu Benedict Anderson, der seine Erörterung der kulturellen Wurzeln des Nationalismus in „Die Erfindung der Nation" mit dem Tod und seiner Symbolisierung in den Ehrenmäler der Unbekannten Soldaten beginnen läßt. Zum Kriegsdenkmal am Hamburger Dammtorbahnhof vgl. die 1979 im Tutor Verlag erschienene Broschüre „Ein Kriegsdenkmal in Hamburg". Einen Bezug zu dem 1992 auf der „Documenta IX" ausgestellten „Block" des Künstlers Gerhard Merz stellt Roberto Ohrt in der Kölner Zeitschrift „Texte zur Kunst" (9/1993) her.*

[4] *Wenn „Grünalternative" diesen Zusammenhang bestreiten, dann sprechen sie nur aus, daß sie vom Charakter des bürgerlichen Staates einfach nichts wissen wollen. So heißt es z.B. in einer Beilage der „taz" zum „Referendum doppelte Staatsbürgerschaft": „Die Argumentation, wonach niemand „zwei Vaterländer lieben" kann, „geht von einem Obrigkeitsstaat aus, dem seine Untertanen, notfalls unter Einsatz ihres Lebens, zu dienen haben. Diese Vorstellung aus dem 19. Jahrhundert hat mit einer modernen Republik, wie sie auch die BRD sein will, nichts zu tun." Das schreibt eine Zeitung, die die Soldaten dieser „modernen Republik" nach Bosnien und Somalia schicken will!)*

[5] *In der Bundestagsdebatte über die doppelte Staatsbürgerschaft am 29.April 1993 forderte ein CDU-Abgeordneter mit dem typisch deutschen Namen Marschewski: „Jedes Volk ist eine Schicksalsgemeinschaft, in die man nicht nach Belieben eintreten und aus der man NICHT NACH BELIEBEN AUSTRETEN KANN." Auch die SPD, die einen Gesetzentwurf zur „Erleichterung der Einbürgerung und Hinnahme der Doppelstaatsangehörigkeit" vorlegte, sprach von einer „gleichberechtigten Teilhabe des ENDGÜLTIG eingewanderten ausländischen Bevölkerungsteils". Ausdrücklich um „Integration", und d.h. um LOYALITÄT, geht es auch in dem Aufruf zum „Referendum doppelte Staatsbürgerschaft")*

Das schwierige Unterfangen, antinationaler Widerstand zu sein

Der Autor dieses Textes war einer der MitorganisatorInnen dieser dreitägigen Aktion und versteht den folgenden Text als eine kritische Bilanzierung aus seiner Sicht.



Die Untrennbarkeit von politischer und kultureller Arbeit

Ausgangspunkt für diese Veranstaltungsreihe war eine Diskussionsveranstaltung verschiedener LinkeR aus vorwiegend kulturellen Zusammenhängen, die nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen die Notwendigkeit eines gemeinsamen inhaltlichen und aktionsmäßigen Handelns unterschiedlicher Sektoren der Linken sahen. In einer Erklärung des Wohlfahrtsausschusses (WA) Hamburg wurde eine scharfe Kritik an der deutschen Nation und der derzeitigen rassistischen Entwicklung formuliert und dann zu der Veranstaltungsreihe **Etwas besseres als die Nation** aufgerufen. Hierbei sollten Aktionen in der Stadt, Podiumsdiskussionen mit vorbereiteten Beiträgen, Diskussionen über die Situation vor Ort und last, but not least Musik aus diversen Subkulturen die Untrennbarkeit von politischer und kultureller Arbeit demonstrieren und eine Ahnung davon schaffen, was es denn besseres als die Nation geben könnte. Sinn dieser Aktionsreihe sollte sein, „vorhandene Antifastrukturen zu stärken, die Akzeptanz der linksradikalen Positionen zu verbreitern sowie die Diskussion über die bisherigen Erfahrungen zu entwikkeln. Darüberhinaus wollen wir die Notwendigkeit einer grundsätzlichen und praktischen Kritik des Kapitalismus und seiner sich verschärfenden nationalistischen und rassistischen Kräfte deutlich machen“ (1).

Der WA Hamburg begründete die Konzentration auf die Ex-DDR damit, daß „mit der Veranstaltungsreihe der Versuch gemacht werden (soll), den faschistischen Angriffen auf ImmigrantInnen, Schwule, Behinderte, Frauen und Lesben, Linke und auf subkulturelle Zusammen-

Etwas besseres als die Nation

FOTO: MICHAEL KOTTMEIER



hänge und Einrichtungen zu begegnen... Ausgehend von der Tatsache, daß sich die faschistischen Aktivitäten nach der sog. Wiedervereinigung bewußt auf das Gebiet der ehemaligen DDR konzentrieren, planen wir diese demonstrative, antifaschistische und antigroßdeutsche Veranstaltungsreihe. Der Fall des antiwestdeutschen Schutzwalles und der Beseitigung des ‚verordneten Antifaschismus' der DDR hat den Nazis einen Bewegungsraum eröffnet, von dem aus sie die Linken und alle anderen, die nicht in ihr wahnhaftes Bild vom ‚anständigen Deutschen' passen, bedrohen"(2). Die auch nach den Morden von Solingen unveränderte Durchführung der ursprünglichen Planung wurde damit begründet, daß „Szenen wie in Rostock-Lichtenhagen, wo ein Mob mit Zustimmung von Beifall klatschenden ‚NormalbürgerInnen' Häuser stürmt, vorerst im Westen (noch) nicht zu realisieren sind. Während der Mob im Osten unter laufenden Fernsehkameras Feuer legen konnte, müssen es die Nazis im Westen (vorläufig noch) als heimtückische Attentäter bei Nacht und Nebel tun, wenn alle schlafen" (3). Ansonsten wurde eindeutig festgestellt, daß in Deutschland ein nationalistischer und rassistischer Konsens herrscht, „in dem die Hetze gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge als normal gilt und in dem Morde und Überfälle an ImmigrantInnen und Flüchtlingen an der Tagesordnung sind... Die Morde von Solingen, die Begleitmusik der Faschisten zur Abschaffung des Asylrechts, sind natürlich kein ‚wahllos verübtes Verbrechen' (FAZ 4.6.93), sondern entpringen einem staatlich erzeugten rechtsradikalen Klima... Die Lichterketten weckten nicht nur den absolut trügerischen Eindruck, in Deutschland hätte sich so etwas wie eine ‚antirassistische Massenbewegung' gebildet, sondern sie ergänzten auch die Taktik der politisch Verantwortlichen: Nichts tun und gerade dadurch den Verhältnissen ihre innere Dynamik belassen. Um heute die als ‚fremd' ausgemachten einzuschüchtern und zu vertreiben, muß man einfach NICHTS tun. Alles andere besorgt das Zusammenspiel von staatlicher Sortierungs- und Vertreibungspolitik und rechtem Alltagsterror" (4).

Die beteiligten Gruppen wollten mit dieser Veranstaltungsreihe ausdrücklich keine musikalische Variante der Lichterketten sein. Es wurde auch festgestellt, daß eine inhaltlich falsch oder schwach begründete, rein erfahrungs- und praxisorientierte Gegenaktion wirkungslos und fatal wäre. „Antifaschistische und antirassistische Kräfte kommen um die Anstrengung des Begriffes ebensowenig herum wie um militante Aktionen. Es geht zwar darum, möglichst viele Kräfte zusammenzufassen, allerdings nicht um den Preis einer verkürzten Kritik, die von den Strukturen der Gesellschaft nichts wissen will, die das faschistische Treiben und die Medienkampagne gegen die sog. ‚Asylantenflut' hervorgebracht hat"(5).

Diese richtige Feststellung blieb, da m.W. unter den meisten Beteiligten kaum diskutiert, leider nur ein Bekenntnis. In der Praxis sollte sich dies als der Kernpunkt der in drei Tagen auftretenden Widersprüche erweisen.

Die Abwesenheit von Staat und Gesellschaft

Den ganzen Verlauf der Tour mit allen seinen Verästelungen wiederzugeben, ist weder der Anspruch noch die Aufgabe dieses Textes. Es können hier nur einige Aspekte herausgegriffen werden, die notwendigerweise kein voll-

ständiges Bild ergeben, aber aus meiner Sicht bezeichnend für das Abgelaufene sind.

Etwas vollmundig war im Vorwege angekündigt worden, daß eine „Provokation der Normalität, vor allem der friedlichen Koexistenz mit den FaschistInnen und RassistInnen" angestrebt werde. Leider wurde in der Vorbereitung zu wenig darüber geredet, was die einzelnen Beteiligten darunter verstehen.

Dieser angestrebten ‚Provokation der Normalität' kam die Anbringung einer Mahntafel an das **Rostocker** Rathaus, die auf den Zusammenhang zwischen den Deportationen der Roma und Cinti während des Nationalsozialismus und der aktuellen Massenabschiebeabkommen mit osteuropäischen Ländern, welche sich insbesondere gegen die Roma richten (6), verwies, noch am nächsten. Aber die ‚Normalität' ließ sich nicht so leicht provozieren, wie wir uns das vorher ausgemalt hatten.

Schon hier wurden wir mit einem Phänomen konfrontiert, welches uns die drei Tage begleiten sollte: die fast völlige Abwesenheit von staatlichen Kräften jeglicher Coleur, Faschisten und in Rostock sogar von BürgerInnen – Rostock ohne RostockerInnen. Wir agierten dort fast in einem Vakuum. Selbst nachdem wir das Rathaus mehr oder weniger in Beschlag nahmen, um die Rückgabe der Mahntafel zu fordern, die, kaum hatten wir dem Rathaus nach der Anbringung der Tafel den Rücken gekehrt, vom Hausmeister wieder abmontiert worden war, ließ sich so gut wie kein Verantwortlicher oder die Staatsmacht sehen. Unbehelligt konnten wir im und am Rathaus Verschönerungen anbringen, Türen aushängen u.a. Und sogar, als wir den überraschend unter uns aufgetauchten Hans-Jochen Vogel (7) etwas bedrängten, war so gut wie kein Bulle anwesend. Letztlich kamen sechs(!) Bullen herbeigeeilt. Dies war denn für die von selbst bei absoluten Kleinstaktionen von massig Bullenpräsenz ‚verwöhnten' Westlinken doch einigermaßen erstaunlich. Die Tafel bekamen wir schließlich nach einigem hin und her auch wieder.

Zwischendurch waren wir in die FußgängerInnenzone gezogen, um dort mit Musik und Beiträgen etwas ‚Auflockerung' in den öden Alltag zu bringen. Aber die fast völlige Abwesenheit von Rostocker BürgerInnen bzw. deren absolutes Nichtverhalten uns gegenüber ließ dies Unterfangen gelegentlich eher komisch erscheinen. Immerhin wurden reichlich Plakate geklebt.

RostockerInnen, die sich an den Aktionen beteiligten, gab es keine. Auch das Interesse an dem Referate- und Diskussionsteil tendierte aus Rostock gegen Null. Die Diskussion fand denn auch im wesentlichen im Kreis der an der Aktion Teilnehmenden statt. Hierbei entbrannte eine heftige Debatte um die ‚doppelte Staatsbürgerschaft', die sich zwischen den Polen „Wer einen deutschen Pass hat, hat kein Recht, die Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft abzulehnen" und der rigiden Ablehnung dieser Forderung als offensichtliche Falle des rassistischen deutschen Staates bewegte. Die Diskussion darum hat wohl zumindest gezeigt, daß ein differenzierter Standpunkt zu dieser Forderung notwendig ist. Denn einerseits ist es selbstverständlich richtig, daß eine formale/rechtliche Gleichstellung mit deutschen Paßbesitzern den bedrohten ‚Ausländern' einige Vorteile bringen würde. Andererseits soll die Diskussion um diese ‚positive' Forderung von

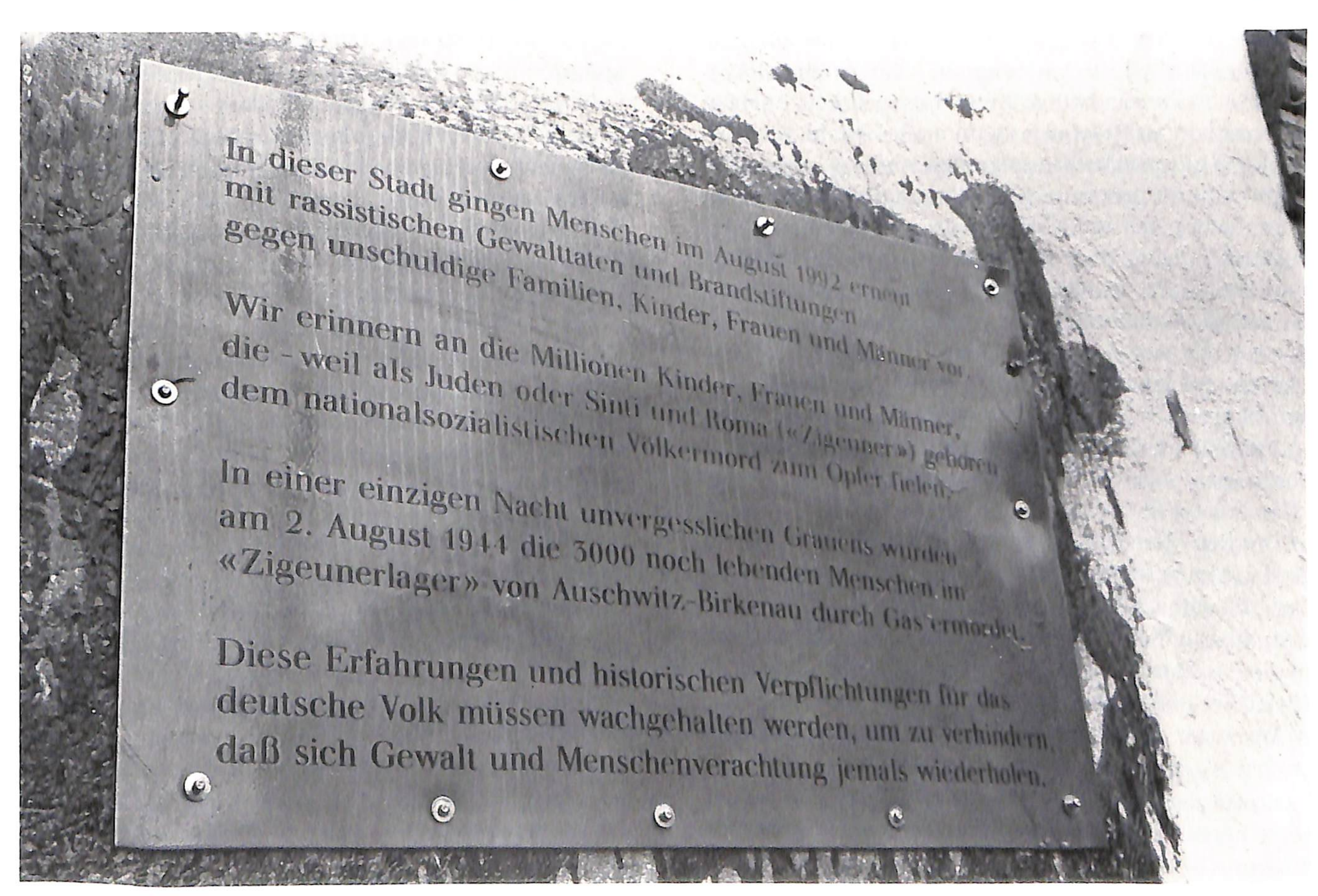


FOTO: MARILY STROUX

den Morden und dem rassistischen Alltag ablenken. Nicht zufällig wurde diese Forderung nach den Morden von Solingen von einigen PolitikerInnen so massiv ins Spiel gebracht.

Auf dem Konzert am Abend stellten wir dann zu unserem großen Erstaunen fest, daß es doch RostockerInnen gibt, es waren dann immerhin ca. 300 von ihnen anwesend. Insgesamt herrschte bei vielen Beteiligten die Meinung vor: Rostock kannste vergessen. Und das gilt in fast jeder Hinsicht.

‚Besoffene Republik Neustadt'

In **Dresden** fanden wir eine andere Situation vor. Die ganze Veranstaltung unsererseits sollte im Rahmen eines jährlich abgehaltenen ‚alternativen' Stadtfestes, welches unter dem Label ‚Bunte Republik Neustadt' firmiert, stattfinden. Was wir vorfanden, war eine Mischung aus Hippie-Bewegung der Spätsechziger, Kirmes, Bierständen und Unmengen von alkoholisierten Menschen fast jeglicher Coleur, darunter auch offensichtliche Faschisten. Der Alkoholkonsum stieg im Verlaufe der Nacht dermaßen, daß die Stimmung im ganzen Stadtteil ständig auf eine diffuse Art unangenehm war. Dies gilt insbesondere auch für die Atmosphäre abends beim Konzert. Am nächsten Morgen hatten die alkoholisierten Massen, darunter auch viele Punks, den Stadtteil denn auch ziemlich schlimm zugerichtet.

In dieser ‚bunten Atmospäre' fielen wir zunächst kaum weiter auf. Eine Möglichkeit, dies zu ändern und gerade hier in Dresden eine gewisse Provokation zu starten, wurde m.E. zu leicht verschenkt. Harburger AntifaschistInnen hatten ein Plakat angefertigt, auf dem provokativ gefordert wurde „Do it now again, Bomber Harris". Darum hatte es in der Nacht zuvor unter einem kleinen Teil der Mitfahrenden eine sehr heftige Kontroverse gegeben. Auf dem in Dresden stattfindenden Plenum aller Beteiligten wurde mit sehr formalen Gründen den HarburgerInnen per Mehrheitsentscheidung quasi untersagt, daß Plakat im Rahmen der Tour zu kleben. Ob das Kleben dieses Plakates tatsächlich an diesem Ort das Richtige gewesen wäre, darüber läßt sich sicherlich streiten. Aber es wurde ja nicht gestritten. Aus meiner Sicht wurde eine günstige Gelegenheit verpaßt, eine Diskussion zum einen über die Nation und den Nationalismus zu führen und zum anderen zu klären, was wir denn unter den gegebenen Bedingungen für eine ‚Provokation der Normalität' halten. Dies führte bei einem Teil der Beteiligten zu einem erheblichen Frust.

Dresden war der einzige Ort, an dem die geplanten Referate vorgetragen wurden. Deren Inhalte sind so umfassend, daß ich mir eine genauere Darstellung hier sparen muß. Teilweise werden sie in '17° Celsius' nachzulesen sein. Es waren zu diesem Teil wie der anschließenden Diskussion höchstens 30 DresdenerInnen anwesend.

Ansonsten ist erwähnenswert, daß es einen heftigen Streit mit Betreibern des sog. alternativen Veranstaltungszentrums ‚Scheune' über die Tatsache gab, daß sie alle Leute herein lassen, auch Faschisten, solange die sich dort ‚ordentlich' benehmen. Was sie draußen machen, interessiert nicht. Dies wird von den örtlichen Antifas, für die diese Tatsache eine Zumutung darstellt, selbstverständlich abgelehnt, sie konnten aber bisher nichts erreichen. Im Verlaufe des Streites bekam ein Angestellter der ‚Scheune' von einem Tourbeteiligten was an die Backen, nachdem er meinte, daß die Hälfte der Morde an ‚Ausländern' sowieso von denen inszeniert sei. Letztlich gestand einer der Betreiber der ‚Scheune' zu, den örtlichen Antifas die Gelegenheit zu geben, bei ihren Veranstaltungen selber den Türdienst zu machen. Der Ablauf des Streites läßt m.E. an der Umsetzung dieses Zugeständnisses aber erhebliche Zweifel aufkommen.

Von ‚Besserwessis und Ossitrauma'

In **Leipzig**, wo wir auf ein stinknormales Stadtfest trafen, daß wir mit Musik und Beiträgen etwas stören wollten, wurde erneut deutlich, daß es über die Bedeutung der ‚Provokation der Normalität' doch einige unterschiedliche Auffassungen gibt. Wenn wir mal das massive Plakatekleben beiseite lassen, haben wir uns damit zufrieden gegeben, am Rande des auf einem großen Platz stattfindenen Festes ein bißchen rumzumachen, geduldet von dem Wachdienst. Es hat keinen erkennbaren Willen der an der Aktion Beteiligten gegeben, auszutesten, wie weit wir wirklich gehen können, auf die Gefahr hin, uns ‚unbeliebt' zu machen. Letztlich haben wir uns darauf beschränkt, gewöhnliche Agitation zu machen, der aber nur wenige lauschten, von ‚Provokation der Normalität' keine Spur.

Für den Verlauf der im Anschluß daran folgenden Diskussion sollte es sich rächen, daß im Vorwege und während dieser Tour m.M.n. zu wenig über Nationalismus und insbesondere über die Wiedervereinigung und deren Folgen in West und Ost geredet worden ist. „Der kompromißlose Antinationalismus der beteiligten Westlinken und das Wir-Gefühl der Ostler prallten scharf aufeinander", wie es Oliver Tolmein beschreibt. Das idealisiert zwar den Zustand der Westlinken, aber im Kern trifft dies zu, insbesondere da nicht wenige der an der Diskussion beteiligten Ostlinken den Eindruck vermittelten als wenn der ‚Ossi' „the nigger of the world" ist, wie es Thomas Groß in der TAZ treffend formuliert.

Die Diskussion, an der auch ein größerer Teil LeipzigerInnen teilnahm, wurde von einem Beitrag von 2 Leuten aus einer sich ‚Druck' nennenden Projektgruppe aus Leipzig eingeleitet, in dem sie die Aktion **Etwas besseres als die Nation** kritisieren wollten. Dieses Papier war ein ziemlich unerträgliches Gemisch aus ‚Wir-Gefühl', Abgrenzung gegen sog. ‚Besserwessis' und Entschuldungen der TäterInnen aus dem Osten im hinlänglich bekannten Heitmeyer-Stil.

Die Kritik muß an alle an der Diskussion Beteiligten gehen, hier nicht durch entschiedende Beiträge deutlich gemacht zu haben, daß dies aus einem antinationalen Anspruch heraus völlig unakzeptable Positionen sind. Im nachhinein wird von nicht wenigen vertreten, daß dies doch nur die Position von diesen zwei Leuten gewesen sei. Die dann stattfindende Diskussion kam über das ‚Ossi-Wessi'-Problem so gut wie nicht hinaus, wobei das bei den sich zu Wort meldenden LeipzigerInnen überwiegen-

FOTO: MICHAEL KOTTMEIER



tik und Kultur in diesen Zeiten zu entwickeln und durchzuführen, muß erstmal positiv beurteilt werden. Gerade die gemeinsame Entwicklung von Positionen sehr unterschiedlicher LinkeR, die sich im und um den WA in diesem Zusammenhang zusammengefunden haben, ist aus meiner Sicht eine sehr positive Erfahrung. Ob das für die Zukunft trägt, muß sich zeigen.

Auch gemeinsame Erfahrungen der Beteiligten in der Organisierung (und auch gerade in der Improvisierung ob so mancher Mängel und Pannen) sind für künftige Aktionen durchaus brauchbar. Beeindruckend für alle Beteiligten war das sog. ‚Sound System', d.h. eine Mischung aus Musik und vorproduzierten Beiträgen, das bei den Aktionen in den Innenstädten eingesetzt wurde und eine Agitationsform mit Zukunft ist.

de ‚Wir im Osten haben doch ganz andere Probleme' allzuoft mit reichlich Verständnis der westdeutschen Tourbeteiligten bedacht wurde, nach dem Motto: ‚Wir sind doch zum kennenlernen eurer Probleme hier' etc. Die Diskussion wurde nicht entschieden auf eine Ebene gebracht, auf der deutlich geworden wäre, daß Ost- wie Westdeutschland im wesentlichen die gleichen Probleme haben: Einen durch die Wiedervereinigung freigesetzten nationalistischen Prozeß mit allen seinen sattsam bekannten Folgen. Über unterschiedliche Kampfbedingungen hätte mensch dann auch noch reden können. Stattdessen kam teilweise ein ungeheurer Opportunismus zum tragen, nur um dem Verdikt des ‚Besserwessi' zu entgehen. Als auch noch das ‚Ossi-Trauma' in einem Beitrag berufen wurde, platzte Günther Jacob der Kragen: Mit einer geharnischten, zum Teil auch über das Ziel hinausschießenden Kritik an dem Verlauf der Diskussion verließ er das Treffen. Einige andere, ebenfalls genervt, schlossen sich dem mehr oder weniger an. Über die Art seines Abgangs kann mensch geteilter Meinung sein (so gab es leider im nachhinein auch im wesentlichen nur darum Debatten), aber der Kern seiner Kritik ist allemal richtig: Es kann keine Gemeinsamkeiten mit einem wieauch-immer gearteten Nationalismus geben und dies muß auch im Verlauf so einer Diskussion deutlich werden. Wenn nach mehr als zwei Stunden Debatte immer noch der angebliche ‚Ossi-Wessi-Gegensatz' das dominierende ist, dann muß mensch auch den Mut haben, so einen Verlauf zu durchbrechen, notfalls mit Abbruch. Dann muß im Nachhinein eben konstatiert werden, daß es auf der **Grundlage von bestimmten Positionen** zur Zeit nur wenige Gemeinsamkeiten gibt.

Außer Spesen nix gewesen?

Die beschriebenen Ereignisse sind Schlaglichter eines sehr komplexen Ereignisses. Gerade sie herausgepickt zu haben, könnte zu der Meinung führen, daß die Veranstaltungsreihe **Etwas besseres als die Nation** eher eine Aktion Wasserschlag gewesen ist. Dies sehe zumindest ich nicht so. Denn schon der Versuch, eine antinational begründete Aktion unterschiedlichster Beteiligter aus Poli-

Das Fehlen des Feindes oder wie bekämpfe ich den Alltag?

Aber auch diese Tour hat wieder klar gezeigt, daß die Linke ziemlich hilflos reagiert, wenn der ‚direkte, materialisierte Feind' in Form von Faschisten oder Bullen nicht sichtbar ist. Schon in der Vorbereitung wurde dies deutlich: zu den Aktionen in der Innenstadt fiel den meisten nicht viel ein, die angekündigte ‚Provokation der Normalität' wurde nicht genauer spezifiziert. Den breitesten Raum nahm die Diskussion bezüglich des möglichen Auftauchens der Bullen und der Faschisten ein. Aus dem Erstaunen über deren Wegbleiben kamen wir die ganzen drei Tage nicht wieder heraus, es gelang uns nicht, daß so nicht erwartete Vakuum zu füllen. Dies verweist auf Defizite in der Linken über die Vorstellung von gesellschaftlichen Abläufen. Wie begegnen wir der ‚Faschisierung' des Alltagsbewußtseins? Wie treten wir gegenüber der Mehrheit der BürgerInnen auf, die Teil des nationalistischen und rassistischen Problems sind? Deshalb gelang die ‚Provokation der Normalität' m.E. nicht mal im Ansatz.

Aber darüber, wer genau der ‚Feind' ist und wie er zu bekämpfen ist, gibt es unter den Beteiligten kontroverse Ansichten. Die Nichtaustragung dieser und der vorhandenen grundsätzlichen Widersprüche über die Bedeutung des Nationalismus und des Rassismus und der sich daraus ergebenen Konsequenzen für unser Vorgehen sehe ich im Nachhinein als das wesentliche Versäumnis an, daß aus meiner Sicht zu den vorne beschriebenen Schwächen geführt hat. Für diese Haltung mußte allzu oft die Besorgnis herhalten, daß sonst womöglich die gemeinsame Aktion gefährdet wäre. Das ist sicherlich nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Aber was ist andererseits mit dem schon weiter vorne erwähnten Anspruch, dem meines Wissens niemand wiedersprochen hat, nämlich, daß es zwar darum gehe, möglichst viele Kräfte zusammenzufassen, aber nicht um den Preis einer verkürzten Kritik? Mir will an sich nicht einleuchten, daß wir die vorhandenen Widersprüche nicht offen auf den Tisch pakken können und trotzdem gemeinsame Aktionen zustande bringen. Aber hier setzte sich, wie nur allzuoft in der Linken, ein Mechanismus durch, der Konflikte zugunsten

einer schwammigen Gemeinsamkeit um fast jeden Preis vermeiden will.

Widerstand entwickeln mit dem Blick zur Mitte?

Eine Woche nach der Veranstaltungsreihe **Etwas besseres als die Nation** fand in Köln ein Kongreß des Wohlfahrtsausschusses Köln statt. Dort stellten sich die WAs aus Köln, Frankfurt, Düsseldorf und Hamburg den ca. 350 Anwesenden, die aus politischen und kulturellen Bereichen kamen, vor. Hier ist jetzt nicht der Platz, um darauf näher einzugehen. Nur eine Kontroverse erscheint mir denn doch für meine abschließende Betrachtung wesentlich. In dem Beitrag des Kölner WA wurde aufgeworfen, ob es richtig sei, immer Maximalforderungen aufzustellen, zum Beispiel ständig die Forderung nach ‚Offene Grenzen für alle'? Damit könnten wir nicht in die Medien kommen. Ganz allgemein sei es ja richtig, diese Forderung zu erheben, aber dies ständig und bei jeder Gelegenheit zu tun, würde uns Möglichkeiten nehmen, an nicht so konsequent antirassistisch denkende Menschen ranzukommen. In der Diskussion gingen einige Anwesende noch erheblich weiter, sie wollten denn gleich an den Mainstream in der Gesellschaft heran. Dies war zugegebenermaßen nicht die Mehrheitsmeinung, aber eine entschiedene Gegenposition wurde auch nicht gerade bejubelt. Es beruhigt überhaupt nicht, daß auch in anderen linken Kreisen die Forderung nach den ‚Offenen Grenzen für Alle' zunehmend zur Disposition steht.

M.E. muß jeder Versuch, Widerstand gegen den nationalistischen und rassistischen Konsens in dieser Gesellschaft zu entwickeln, konsequent antinational sein. Inhaltliche Halbheiten, Schielen zu einer ominösen Mitte etc. werden nur dazu führen, daß diese Versuche bestenfalls die linke Variante der ‚Lichterketten' werden, wo sich dann die linken ‚besseren' Deutschen ein Stelldichein geben. Es führt kein Weg daran vorbei: Wir müssen einen radikalen Gegenpol bilden, der durch inhaltliche und aktionsmäßige Interventionen versuchen muß, an Ausstrahlung zu gewinnen und handlungsfähig zu werden, damit sich ein Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse bildet, der den Namen verdient.

Bernd Schulz

Anmerkungen:

(1) Papier der HHer Vorbereitungsgruppe

(2) dito

(3) auf der Tour verteilte Erklärung des WA und der HHer Vorbereitungsgruppe

(4) dito

(5) dito

(6) diese Tafel war ein Duplikat der Mahntafel, die bei der Aktion von französischen Juden im Oktober 1992 ebenfalls am Rostocker Rathaus aufgehängt wurde und in dessen Verlauf es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und zu einer Reihe von Festnahmen kam

(7) der zufällig zu diesem Zeitpunkt ein Gespräch mit dem Rostocker ‚Ausländer'beauftragten, Wolfgang Richter, hatte

Erklärung zur Aktion am Rostocker Rathaus

Wir bringen hier heute eine Tafel am Rathaus von Rostock an, um damit gegen das Projekt der Vertreibung von Roma aus Deutschland zu protestieren. Wir haben uns entschlossen, mit dieser Aktion unsere Veranstaltungsreihe **„Etwas besseres als die Nation"** zu beginnen. Rostock ist für diese Aktion der denkbar geeignetste Ort, denn hier begann mit dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen im August letzten Jahres die „große Koalition" von Parlament, Nazis, NormalbürgerInnen, Polizei und Medien, welche im Verlauf des rassistischen Herbstes mit der „Lösung der sogenannten Asylantenfrage" beschäftigt war. Das Pogrom von Lichtenhagen war Auftakt und Höhepunkt zugleich einer unglaublichen Hetzkampagne gegen die Roma. Mit dem Abschluß des Ausweisungsabkommens mit Rumänien nahm die Vertreibung der Roma nach der Vertreibung durch das Pogrom nun rechtsstaatliche Züge an: die massenhafte Abschiebung der Roma steht seitdem auf der Tagesordnung der deutschen Nation. Durch die Abschaffung des Asylrechts sowie weiterer Abkommen mit anderen osteuropäischen Ländern wird dieses Projekt der Vertreibung weiter vorangetrieben. Inzwischen ist die Situation vieler Roma in Deutschland dermaßen aussichtslos und verzweifelt, daß sie nur noch eine Chance darin sehen, sich Bleiberecht in den Stätten der Vernichtung ihrer Vorfahren zu erkämpfen. Am 16. Mai haben Roma versucht, die KZ-Gedenkstätte Neuengamme zu besetzen, um der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken und eine Fluchtburg für die von der Abschiebung bedrohten Roma zu errichten. Zwei Wochen lang besetzte die Hamburger Polizei die Gedenkstätte und verhinderte die Mahnwache der Roma auf dem Gelände der Gedenkstätte. Ebenfalls seit dem 16. Mai hält sich eine Gruppe von Roma in der Versöhnungskirche der KZ-Gedenkstätte Dachau auf. Sie suchen Zuflucht vor der Abschiebung und kämpfen für ein gesichertes Bleiberecht. Am 7. Juni sind mehrere hundert Roma aus Hamburg und anderen Städten nach Bonn aufgebrochen. Sie wollen sich dort unter den Schutz des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) stellen und fordern ihre Behandlung als Flüchtlinge entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention und ein abgesichteres Bleiberecht in Deutschland.
Mit der heutigen Aktion überwiegend deutscher AntifaschistInnen und AntirassistInnen wollen wir ein Zeichen gegen die rassistische Normalität und gegen den in Deutschland herrschenden nationalistischen Konsens, der da heißt: „Deutsche zuerst", setzen. Nach dem rassistischen Herbst '92 wurde durch die massenhafte Teilnahme an den Lichterketten zeitweilig der Eindruck vermittelt, als wenn es nennenswerten Protest gegen den Rassismus gäbe. Aber dies diente vorwiegend nur zur Selbstberuhigung und war zumeist von der Sorge um das Ansehen Deutschlands in der Welt getragen. Der Naziterror, der alltägliche Rassismus sowie die staatlichen Maßnahmen, wie die Abschaffung des Asylrechts, gingen und gehen weiter. Letztlich akzeptiert dieser ‚Lichterketten-Protest' den nationalen Konsens, der sich gegen alles richtet, was sogenannten deutschen Interessen schadet.
Die Hetze gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge ist hierzulande inzwischen normal, rassistische Morde und Überfälle gehören zur Tagesordnung. Bezeichnend für den rassistischen Konsens in diesem Land ist auch allemal, daß es gegen das Projekt der massenhaften Vertreibung der Roma nennenswerten Widerstand bisher nur von den Roma selber gibt sowie eine Solidaritätsaktion mit den von Vertreibung bedrohten Roma durch französische Juden im Oktober letzten Jahres ebenfalls hier am Rostocker Rathaus. Auf diese Aktion beziehen sich die heute Teilnehmenden ausdrücklich und bekunden ihre volle Solidarität mit allen Aktionen der gegen ihre Vertreibung kämpfenden Roma.

Annullierung aller Ausweisungsabkommen gegen Roma und andere Flüchtlinge!
Offene Grenzen und Bleiberecht für Alle!
Durchbrechen wir den nationalistischen und rassistischen Konsens!

„Staatsbürgerschaft als solche ist abzulehnen"

Der nachfolgende Text stammt von einer antirassistisch arbeitenden FrauenLesbengruppe aus Hamburg und sollte als Diskussionsanregung im Rahmen der Tournee „Etwas besseres als die Nation" verlesen werden.

Die im folgenden geäußerte Kritik an verschiedenen linksradikalen Handlungen und den dahinterstehenden Analysen ist nicht als Angepisse gemeint. Als notwendig erachten wir vielmehr eine gemeinsame Strategiediskussion von antinationalen Kräften, um ein gemeinsames Handeln, wie beispielsweise diese Tournee, zu forcieren. Dabei muß immer wieder eine inhaltliche Auseinandersetzung geführt werden, um nicht den Fehler zu begehen, das, was sich antinational nennt, per se gleich als systemsprengend zu begreifen.

Appelle an die Bevölkerung durch Flugblätter oder Parolen wie „reiht euch ein" unterstellen, daß BürgerInnen „aufgeklärt" werden können oder gar agitierbar seien. Aber Überzeugungen, die auf dem Grundkonsens „wir sind ein Volk" aufbauen und aus einer privilegierten Position heraus gerechtfertigt werden, müssen nicht „aufgeklärt", sondern angegriffen werden. Diese Meinungen sind Ausdruck des eigenen Interesses an dem Erhalt der HERRschenden Verhältnisse. Der „Normalo-Bürger" ist keine Marionette eines korrupten Systems, sondern aktiver Träger desselben. Dementsprechend sollte lieber versucht werden, die Bevölkerung zu provozieren anstatt ihr antinationale Aktionen vermitteln zu wollen.

Provozieren lassen sich deutsche BürgerInnen schon eher, indem ihr Konstrukt von einer heilen Welt angegriffen wird, ihre eigenen Werte verschmutzt, angekratzt, gestohlen oder zerstört werden.

Das „Volk" nicht verprellen zu wollen und die Nähe zur Bevölkerung zu suchen ist ein Anliegen, das ebenso wie die alleinige Konzentration auf den Kampf gegen Nazis die völkische Ausrichtung des bürgerlichen Diskurses in Deutschland verkennt. Darüberhinaus dokumentiert beispielsweise der Spruch „Nazis raus" nicht nur eine gewisse Naivität, sondern offenbart den Wunsch nach einem besseren, da faschofreien Deutschland. Eine einzig und allein auf die Konfrontation mit Nazis gerichtete AntiFa-Politik zielt auf die Befriedung der gesellschaftlichen Verhältnisse ab und übernimmt durch den Versuch der Säuberung des deutschen Staates eine systemstabilisierende Funktion.

Dementsprechend kann es nicht ausschließlich darum gehen, „Glatzen platt zu machen". Es ist zwar wichtig, gegen jegliche öffentliche neonazistische Aufmärsche vorzugehen und nach Möglichkeit, durch gezielte Angriffe, ihre Organisationsstrukturen zu (zer)stören, aber die alleinige Ausrichtung von AntiFa-Politik auf Faschos greift zu kurz.

Notwendig ist vielmehr, die völkische Konsensbildung auf verschiedenen Ebenen anzugreifen. Dafür sind beispielsweise Aktionen gegen aktiv handelnde rassistische BürgerInneninitiativen, die z.B. die Einrichtung von Extra-Klassen für Flüchtlingskinder zwecks Ausgrenzung derselben fordern, oder Dorfgemeinschaften, die Besen in die Fenster hängen, um Roma und Sinti zu vertreiben, geeignet. Auch Multikulti-Feste, Lichter- oder die neuste Hamburger Erfindung der aktiven Volkskörperbildung: Ideenketten, müssen massiv gestört werden.

Es kann bei derartigen Veranstaltungen nicht darum gehen, nach dem jeweils subjektiven Sinn der Teilnehmenden zu fragen und zu argumentieren, mit Störaktionen würden die BürgerInnen verprellt und verschreckt werden, die es sich „nur" weiterhin in Deutschland ruhig und gemütlich einrichten wollen. Für Ignoranz gegenüber den LichterträgerInnen zu plädieren, da sie nicht weiter „gefährlich" seien, bedeutet einerseits, den einzelnen ihre Verantwortung abzusprechen. Dabei kehrt jede und jeder einzelne unter dem Motto „gegen den Haß" die persönliche Betroffenheit hervor und entpolitisiert die rassistischen Pogrome, indem sie oder er den dahinterstehenden strukturellen Rassismus leugnet.

Außerdem wird seitens der antinationalen Linken durch ein Nicht-Ernst-Nehmen solcher Inszenierungen ihr Charakter, der das volksdeutsche Kollektiv mit konstituiert, verharmlost.

Die aktuell auch von linker Seite geführte Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft und die Erleichterung der Einbürgerung widerspicht der Intention von antinationaler Politik.

Die zeitliche Begrenzung der doppelten Staatsbürgerschaft sowie die strikten Kriterien der Einbürgerung sind faktisch ausschließlich auf die in Deutschland geborenen ImmigrantInnen aus den ehemaligen Anwerbeländern, insbesondere der Türkei, ausgerichtet. Die Möglichkeit der Einbürgerung bezieht sich auf die Menschen, die sowieso bereits in Deutschland und auch nach der Zusprechung von deutschen Staatsbürgerrechten unter kapitalistischen Bedingungen verwertbar sind, wie in erster Linie FacharbeiterInnen. Die Einordnung in „gute" und „schlechte" ImmigrantInnen führt zu einer noch stärkeren Ausgrenzung und Kriminalisierung der nicht auserwählten. Die Trennung in „AusländerInnen" und „deutsche BürgerInnen anderer Herkunft" wird verfestigt, wobei „deutsche BürgerInnen anderer Herkunft" zwar StaatsbürgerInnen, aber deswegen noch lange keine Deutschen sind. Deutsche Nationalität ist völkisch definiert.

Somit muß die Diskussion um die Möglichkeit zur doppelten Staatsbürgerschaft und die Erleichterung der Einbürgerung als eine taktische verstanden werden. Neben der rechtlichen und sozialen Besserstellung einiger weniger wird sie keinerlei ideologische Konsequenzen haben: Das deutsche „Blutsrecht" wird nur scheinbar aufgeweicht. Die Blutsideologie manifestiert sich weiterhin im Glauben an das deutsche „Volk".

Die Debatte hat erst dadurch gesellschaftliche Relevanz erlangt, daß sie von denselben Kräften geführt wird, die das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft haben. Die Einforderung dieser Diskussion seitens einiger ImmigrantInnengruppen spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle. Erst die Abschottung Deutschlands durch die Durchsetzung des sogenannten Asylkompromisses hat eine breite Diskussion darüber ermöglicht, wie mit den wenigen ImmigrantInnen, die sich innerhalb der deutschen Grenzen legal aufhalten, umgegangen wird.

Staatsbürgerschaft als solche ist abzulehnen und somit auch die doppelte. Es kann in diesem Rahmen nur um die Forderung nach offenen Grenzen und gleichen Rechten für alle gehen.

Die aggressive Konstituierung von einem deutschen, völkischen Kollektiv im Innern erleichtert es, die militärisch ausgerichtete Außenpolitik als humanitäre Maßnahmen darzustellen. Es wird von der Verantwortung des deutschen „Volkes" gesprochen, um unter dem Deckmantel der sogenannten Schutzfunktion eigene Interessen militärisch durchzusetzen. Es ist besonders wichtig, immer wieder eine klare Stellungnahme zu beziehen gegen das militärische Eingreifen Deutschlands und der anderen Blauhelmtruppen in Jugoslawien, Kambodscha, Somalia und in den Ländern, die noch folgen werden. Das deutsche Pietätsgefühl treffen würde in diesem Zusammenhang sicherlich eine linksradikale Jubelfeier, wenn es demnächst die ersten toten deutschen Soldaten gibt.

LAUTER ELOQUENTE, JUNGE MÄNNER

Ersteinmal kurz zur Geschichte unserer Teilnahme. Der Wohlfahrtsausschuß Hamburg fragte nach einem Vertreter des Wohlfahrtausschuß Köln. Uns war schon in Hamburg auf dem ersten Treffen von „Etwas Besseres als die Nation" im Dezember 1992 die homogene Besetzung nicht nur des Podiums, sondern auch des Wohlfahrtsausschusses selbst aufgefallen:



FOTO: MARILY STROUX

Lauter eloquente, junge Männer. Zu beobachten war eine große Selbstverständlichkeit, mit der man dort – weil es sich einfach so ergeben hatte – nur unter Männer-Freunden arbeitete. Mit der gleichen natürlichen Selbstverständlichkeit, die oft einer effektiven Ausgrenzung vorausgeht, war jetzt vorgeschlagen worden, Diedrich Diederichsen und Andreas Fanizadeh als Redner für die Osttour einzuladen. Nicht diese Personalentscheidungen möchte ich anprangern, sondern die Struktur ihrer Entstehung untersuchen. Wie kommt es, daß bei einem Nachdenken über eventuelle Redner die Frauen-Mitglieder des Wohlfahrtsausschusses gar nicht erst in Erwägung gezogen werden? Es handelt sich hier nicht um absichtliche Diskriminierung, um keine bewußte Ausgrenzung. Sowohl Diedrich als auch Andreas hatten in Hamburg Vorträge gehalten und sich in einer öffentlichen Situation bewährt. Auch deshalb, weil wir eben nicht für unsere Reden bekannt sind, kam man automatisch auf sie zurück.

Solche Entscheidungen entstehen in einem Raum, der mit Meinungen und Argumenten gefüllt ist, die stets abrufbar sind und für die Reproduktion von Anordnungen sorgen. Beispiel: Das Thema Quotenfrau.

Nicht nur Politikerinnen haben Angst, als Quotenfrauen zu gelten (wie die drei Kandidatinnen für den SPD-Vorsitz neulich im „Spiegel." Sie betonten, daß sie sich nicht als Quotenfrauen empfinden würden). Auch Männer haben, wie man im „Managermagazin" (Nr.5/1993) nachlesen kann, Angst davor, Frauen nur aufgrund ihres Geschlechts zu fördern. Das Manager-Magazin stellt bei einer Untersuchung von Frauen in Betrieben fest, daß das altbewährte System der Mentorenschaft in Mißkredit gerate, weil Mann, der Mann fördert, als frauenfeindlich gilt und Mann, der Frau fördert, vermutlich ihr Liebhaber ist.

Es ist interessant, zu beobachten, wie mit dem Begriff „Quotenfrau" heute grundsätzlich (jedenfalls in Westdeutschland) sein Gegenteil erreicht wird: Er verhindert die Förderung von Frauen. Dabei wird so getan, als ob Leistung und Geschlecht getrennt wahrgenommen werden könnten. Was männliche Arbeitgeber nicht davon abhält, bei der Einstellung einer Frau auf deren angeblich geschlechtsbedingte „andere" kommunikative etc. Qualitäten zu setzen.

Frauen, die eine Funktion haben und sich öffentlich äußern, haben oft die größte Angst davor, als verhärmte Feministinnen oder Quotenfrauen zu gelten. Sie möchten die Realität Geschlecht ausblenden und zeigen doch mit ihrer ständigen Rede, daß bei ihnen die Leistung zähle, wie wirkungsvoll sie ist. Die eine auch in der Politik oder im Kulturbetrieb anzutreffende Vorstellung von der Frau als anders und spezifisch weiblich kann als eine Konsequenz des Differenz-Feminismus angesehen werden. Es gab z.B. einen Spiegelartikel (Nr 19, 47. Jahrgang) über die Frauen-Kandidatinnen der SPD von Spiegel-Reporter Leineman, der die Fallen des Differenz-Feminismus besonders gut zeigte. Als Initiatorinnen des Differenz-Feminismus (Ende der 70er) gelten fast schon kanonisch die französischen Theoretikerinnen Luce Irigaray, Helene Cioux und Julia Kristeva, denen es – grob vereinfachend – darum ging, von essentiell anderen Eigenschaf-

ten und einem anderen Begehren und einer anderen Sprache auszugehen, um das Streben der klassischen Frauenbewegung nach gleichen Rechten, ihrer Bejahung des männlichen Denk- und Rechtssystems zu kritisieren. Diese Positionen sind zwar von Feministinnen in den 80ern stark kritisiert worden, weil sie männliche Projektionen über „Weiblichkeit" stützen und von feststehenden, unveränderbaren Eigenschaften ausgehen, als ob diese für alle Frauen gelten könnten. Schwarze und lesbische Feministinnen (ich sage das jetzt der Einfachheit halber und gestehe, daß es solche vereinheitlichenden Gruppen nicht gibt) kritisierten die Selbstverständlichkeit, mit der von „Frauen" gesprochen wurde und damit immer die weiße Mittelstandsfrau gemeint war.

Mit Helma Lutz würde ich es nun als eine Aufgabe ansehen, „Innerhalb jeder Ethnie, jeder Kultur und jeder sozialen Klasse zu unterscheiden, wie Männlichkeit und Weiblichkeit definiert sind, wer den Maßstab zu dieser Definition liefert und wer die Definitionsmacht besitzt."

Also: Rassismus und Sexismus, Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Reporter Leineman zeigt uns nun, wie eine von Frankreich kommende theoretische Denkströmung Jahre später einen kollektiven Unterstrom des Denkens in Deutschland bilden kann. Er beschreibt die drei SPD-Kandidatinnen (die ich bei dieser Gelegenheit ganz bestimmt nicht verteidigen will, darum geht es nicht) wie emotionale Kinder, pickt sich jene Zitate heraus, die ihre Andersheit, Weichheit in der Härte, ihr ausgeprägtes Selbstbewußtsein (immer noch keine Selbstverständlichkeit bei Frauen...) unterstreichen. Die rote Renate hätte zur Kandidatur nicht nein sagen können, weil sie überall hörte, daß die Männer abgewirtschaftet haben. Will sagen: Frauen verlassen sich aufs Hörensagen. Heidi Wieczorek-Zeul sei angetreten, um zu verhindern, daß sie nicht noch einmal wegen Oskar Lafontaine eine ganze Nacht vor Zorn und Enttäuschung durchheulen muß. Heidi Simonis läßt er sagen „ich habe Lampenfieber." Renate Schmid wird als eine dargestellt, die weiß, daß sie auch „krachend zwischen allen Stühlen landen kann". Spätestens bei dem Satz von Leinemann, daß alle drei aus hartem Holz geschnitzt seien, fest, wie die Pfeifen ihres Vorgängers, wird klar, daß Engholm diese Frauen in der Pfeife rauchen könnte und an eine ernsthafte in Betrachtziehung dieser Frauen nicht gedacht werden muß. Frauen geben ein gutes Thema, ein gutes Titelbild ab, sind jahrhundertelang über ihren Körper und ihre Sexualität definiert worden, deshalb ist es nach wie vor nicht schwer, sie dazu zu bringen, davon überzeugt zu sein, daß sie sich bestimmte Positionen nicht zutrauen können.

Der Existenz des Konzepts „Quotenfrau" oder „Frauenförderung" ist nicht nur im Ergebnis Anwesenheit von Frauen zu verdanken (wobei zu fragen wäre, welcher Frauen, profitieren gut situierte nicht mehr davon? Und kann das ein Argument GEGEN die Quotenfrau sein?) sondern auch die Herausbildung eines stets abrufbaren schlechten Gewissens bei Männern oder Frauen, die unbewußt ahnen, daß sich ihre Entscheidung für einen Mann nicht nur mit dessen Qualifikation erklären läßt und andere, strukturelle Gründe hat.

Wenn ihnen z.B. wie es mir aus dem Wohlfahrtsausschuß Hamburg berichtet wurde, „einfach keine Frau einfällt", dann kann man sie daran errinnern, daß kein hi-

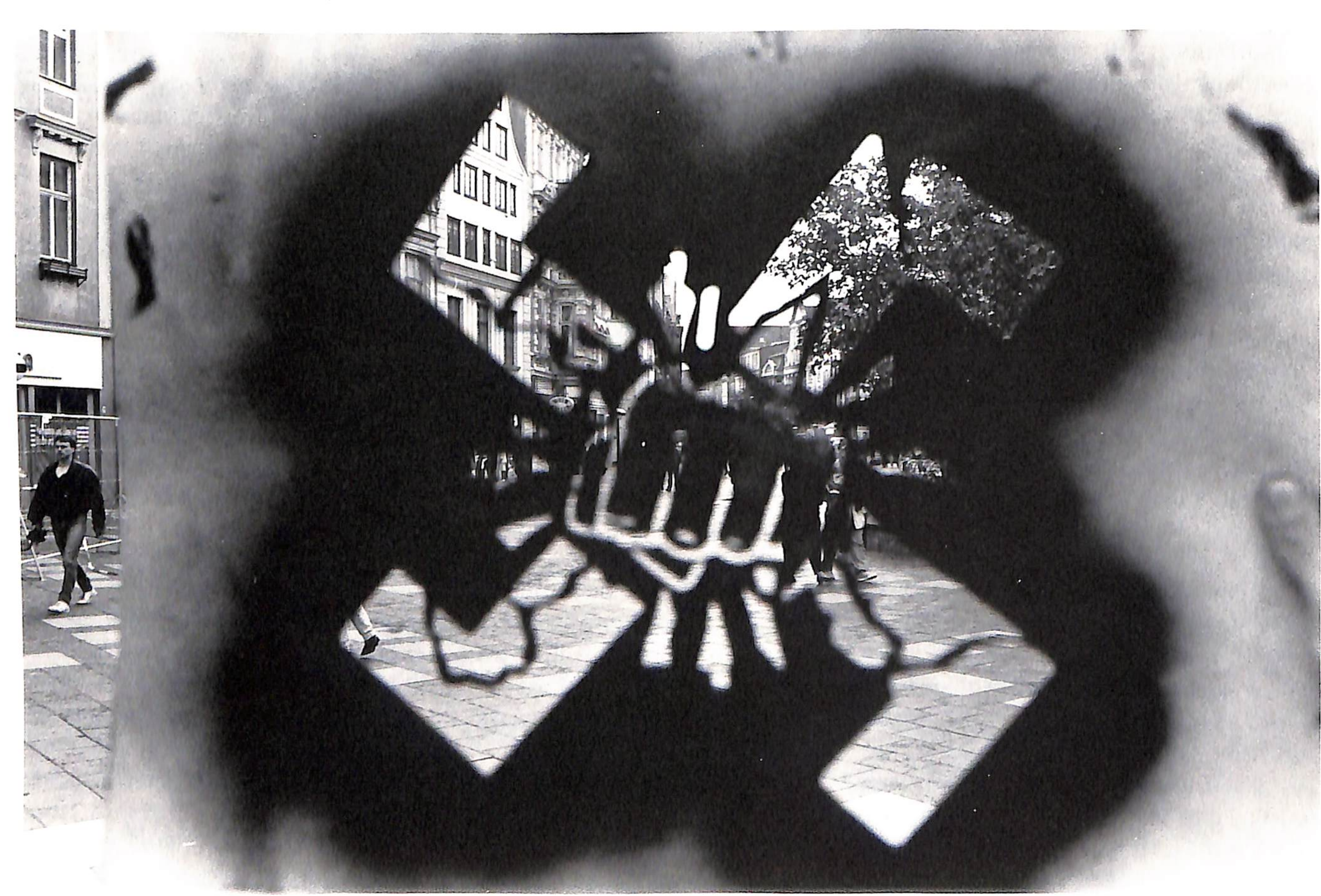


FOTO: MICHAEL KOTTMEIER

storisches Gedächtnis Neutralität besitzt. Es muß Gründe geben, die über die „Interessantheit" von Arbeiten hinausgehen, warum sich in ihrem Gedächtnis die Namen von Frauen nicht eingespeichert haben, sie sozusagen ein anderes, spezielles Register ihres Gedächtnisses ziehen mußten, das leer geblieben ist. Bei möglichen Rednern fallen ihnen immer nur Männer ein, und wenn die Frage nach Frauen aufkommt, dann wird unter der Sonderrubrik „Frau" nachgeschaut, und dann läßt sich natürlich keine Frau so künstlich und erzwungen in die Rubrik „guter Redner" überführen.

Die Tatsache, daß Frauen, die sich ganz bestimmt nicht immer mit „Frauen" gleichsetzen, primär als Frauen identifiziert werden, führt zur ihrer hauptsächlichen Markierung als „Frau" unter der dann noch andere Eigenschaften wie „stark" oder „interessant" subsumiert werden können. Um diese immer gleichen, bei Vorstandsvorsitzenden und Galeristen auftauchenden Reflexe zu durchbrechen, beschlossen wir, eine Frauendelegation in Ostdeutschland für den Wohlfahrtsausschuß Köln sprechen zu lassen. Es ist natürlich für jemanden, der als Frau definiert wird, nicht möglich, sich permanent mit der Zuschreibung „Frau" zu identifizieren – die amerikanische Literaturwissenschaftlerin Denise Riley arbeitete über die zusammengehörenden Versuche im Feminismus, sich nicht auf Frau reduzieren zu lassen und mit diesem Begriff, mit dieser Identifizierung doch politisch arbeiten zu müssen in ihrem Buch „Am I that Name."

Sind wir dieser Name? Nicht immer. Aber wir müssen uns fragen, ob wir dieser Name sind und inwieweit wir uns mit ihm identifizieren müssen, um handlungsfähig zu werden und inwieweit uns diese Identität als Primäre zugewiesen wurde. „Befreiungsidentitäten können oft zu Unterdrückungsidentitäten werden" (Helma Lutz). Denise Riley sagt sehr richtig, daß eine Konzentration auf die Identität der Frauen und eine Weigerung, sich auf Frauen reduzieren zu lassen, Bestandteile des Feminismus seien. Solange wir streckenweise mit diesem Namen identifiziert und permanent auf ihn zurückgeworfen werden, nehmen wir unsere Chance als Sonderbeauftragte für den Frauenkomplex gerne an. Denn wir wissen, daß kollektive Identitäten nicht feststehen, sie können verändert werden, durch die aktive Arbeit einzelner oder in Auseinandersetzung mit anderen Entwicklungen in anderen Bereichen.

Den Vorschlag, eine Frauendelegation auf die Osttour zu schicken, war als symbolischer Akt gedacht – als Sprengung „natürlicher" Besetzungen und resultierte nicht aus einem Bedürfnis, jetzt in Ostdeutschland auch einen Vortrag halten zu wollen.

Können wir hier auftauchen, im Gepäck neueste westfeministische Theorien und diese hier ausbreiten? Es schien uns nicht völlig legitim zu sein, nun hier öffentlich zu reden und wir hatten auch nicht das Gefühl, daß jetzt unbedingt etwas gesagt werden müsse oder der öffentliche Raum zurückzuerobern sei.

Jutta und mir war hier die Rolle zugedacht, das Unterthema „Sexismus" des Hauptthemas „Rassismus" abzuhandeln, wofür wir scheinbar natürlich durch unser Frau-Sein (bzw. als Frau gelten) prädestiniert sind. Sexismus wird oft als Nebenwiderspruch von Rassismus gesehen, er wird dem Rassismus zuaddiert. Umgekehrt ist Rassismus für Feministinnen oft ein Nebenwiderspruch, ein Unterbereich des Sexismus, eine zusätzliche Unterdrückung durch Rasse, die zu der hauptsächlichen durch Geschlecht noch hinzukommt. Was wir dann in dem uns zugeschickten Konzept lasen, war eine Umreißung des Reservoirs, für das wir zuständig sein sollten. In diesem Konzept hatten sich die Veranstalter überlegt, wie die Beiträge der Redner aussehen könnten.

Das Wort „Geschlecht" war dort immer mit Anführungsstrichen versehen – man macht damit deutlich, daß man es wie auch das immer in Anführungszeichen gesetzte Rasse als gesellschaftliche Konstruktion begreift. Diese Formulierung „gesellschaftliche Konstruktion" hat mittlerweile Hochkonjunktur und ich hänge – um Mißverständnissen vorzubeugen – sehr an ihr. Mit ihr lassen sich viele Argumente, in denen noch selbstverständlich von Frau oder Geschlecht als biologische (oder soziale oder ökonomische) Tatsachen oder nicht hintergehbaren Realtitäten ausgegangen wird, entkräften. Nichts war schon immer da, es gibt kein biologisches Geschlecht, und jeder faktische Anhaltspunkt ist Effekt des Diskurses, eine Fiktion. So befreiend es ist, sich von der Evidenz „Frau" oder „Geschlecht" losmachen zu können, so bleibt doch ein ungeklärter Rest, eine nicht zu verleugnende Realität und nicht zu verleugnende reale Auswirkungen und Zwänge dieser „gesellschaftlichen Konstruktionen."

Die amerikanische Philosophin Judith Butler hat in einem Vortrag, den sie in Frankfurt hielt, („Bodies that matter") darauf hingewiesen, daß es nicht reicht, das Geschlecht als eine gesellschaftliche Konstruktion festzustellen. Man hätte sie falsch verstanden, wenn man ihr (jetzt auch in Deutschland heftig rezipiertes Buch) „Das Unbehagen der Geschlechter" so lese, als ob sie einen täglichen Wechsel von sexueller Orientierung für möglich halte. Man könne das Geschlecht nicht so überstreifen, wie einen neuen Pullover, und an einer sexuellen Überschreitung, die nur das einzelne Individuum realisieren könne, sei sie nicht interessiert. In der Vorstellung, daß etwas gesellschaftlich konstruiert sei, würden die Möglichkeiten, die der Einzelne hat, übergangen und stattdessen ein großes Subjekt – das Soziale oder die Kultur oder die Macht vermutet, das die Konstruktion zustande brächte. Die Konstruktion hätte die Rolle des Determinismus übernommen, mit ihr ginge eine ähnliche Unausweichlichkeit einher. Butler schlägt vor, sich eher um die Dinge zu kümmern, die aus der Konstruktion (weibliches und männliches Geschlecht) herausfallen (wie z.B. Homosexualität oder Bisexualität) und für diese konstitutiv sind. Mit dem Wort Konstruktion sei man auch schnell über die Materialität des Körpers oder des Sexus hinweggegangen, oft würde es von Konstruktivisten so dargestellt, als ob sich das sozial konstruierte Geschlecht auf die biologische Materie werfe und diese mit Bedeutung versehe. Butler versucht dieses Modell, daß auf der einen Seite feststehende Materie und auf der anderen gesellschaftliche Niederschläge sieht, zu dynamisieren. Sex und Gender konstituierten sich gegenseitig. Sie will das

Materielle nicht verneinen, weiß aber, daß jedes Zugeständnis an eine Materialität (z.B. Hormone) diese auch konsolidiert.

Auch wenn Butler die Opposition Materie/Geschlecht aufzulösen versucht, bleibt sie doch in dieser verfangen. Auf der einen Seite haben wir die symbolische Ebene, die wir als hauptsächliche begreifen müssen und wirkliche Gegebenheiten nach sich zieht. Auf der anderen Seite ist die Materie, deren angebliche Festigkeit und Nicht-Verneinbarkeit sich von diskursiven Effekten nicht abtrennen läßt. Ich glaube, an dieser Stelle lassen sich Beispiele für das Ineinandergreifen von Diskurs und Essenz nicht vermeiden. Nehmen wir die Rede von „den Frauenkrankheiten", deren Realität nicht abzustreiten ist, von denen ich aber nur ungern sprechen würde, weil mit ihr Vorstellungen von frauenspezifischen Unvermeidlichkeiten einhergehen, die der Idee vom biologischen Geschlecht Kraft verleihen. Auch „Wechseljahre" sind als Topos eine Mischung aus einer imaginären Notwendigkeit, die als altersbedingt und unvermeidlich ausgegeben wird und scheinbar wirklich erlebten Symptomen, die auch deshalb eintreten, weil mit ihnen gerechnet wird. Nenne ich einen für mich realexistierenden Schmerz beim Namen, wie Menstruationsbeschwerden, bin ich schon in ein ideologisches Feld eingetreten, in dem diese Beschwerden als integraler Bestandteil des Frau-Seins aufgefaßt werden und monatlich auftreten müssen und werden. So können die Übergänge zwischen dem, was als Konstruktion erkannt und als zwingende Realität empfunden wird, fließend sein.

Habe ich etwas als Konstruktion erkannt, bin ich noch lange nicht „befreit." Und verliere darüberhinaus vielleicht die Motivation, über Erkenntnis hinauszugehen. Ein Abdriften in Theorie, in anglo-amerikanische Diskussionen (Konstruktivismus versus Essentialismus) scheint unvermeidlich.

Das haben wir, aus dem Kulturbetrieb kommend, hier eben anzubieten. Verbunden mit einer Sammlung von Beobachtungen und Analysen wie z.B. die, daß aus dem feministischen Kampfruf der 70er „das Persönliche ist das Politische" ein Freibrief für Arbeitgeber wurde, die sich heute selbstverständlich nach den Lebensverhältnissen der einzustellenden Frau erkundigen. Die hartnäckige Vorstellung von spezifisch weiblichen Qualitäten, die Frauen angeblich besäßen und die vom französischen Differenz-Feminismus aus anfangs guten Gründen, nämlich gegen den Männer-Universalismus beschworen wurden, brachten die Frauen vielleicht verstärkt in den Kulturbetrieb. Dort werden Frauen mit jenen Aufgaben betraut (Kommunikation, Vermittlung, Kontakte, Repräsentation), für die sie angeblich gut geeignet sind. Es gibt viele Untersuchungen, über die Geschlechtsbilder von Männern in den 80ern, die nachweisen, „daß die klassischen Zuschreibungen, die festlegen, was männlich und was weiblich ist, nach wie vor dominant und virulent sind." (Helma Lutz).



FOTO: MICHAEL KOTTMEIER

Kehrseite dieser klassischen Zuschreibungen ist eine schlechtere Bezahlung, die von Frauen im Kulturbetrieb (da will ich mich nicht ausschließen) gerne in Kauf genommen wird. Gerade Frauen lassen sich oft auf Stundenbasis in kulturellen Institutionen einstellen, weil sie ihre Forderungen und Hoffnungen hinauszuschieben gelernt haben. Langfristig wird die kulturelle Erfahrung ihren Wert steigern, und wenn es nach Jahren nicht gelungen ist, sie zu entmutigen, ihnen das Gefühl zu geben, daß sie sich jetzt mal wieder um sich selbst kümmern sollten, dann stellt sich irgendwann vielleicht eine materielle oder symbolische (in Form von institutioneller Anerkennung) Vergeltung ein. Viele Frauen im Kunstbetrieb lassen sich auch deshalb auf schlechte Bezahlungen ein – und ich beziehe mich hier auf meine privaten Erhebungen – weil sie sich mir ihrer Arbeit identifizieren möchten und kreativ sein wollen. Wenn Identifikation und Selbstverwirklichung angestrebt sind, dann gibt es keinen Platz für Erfahrungen

und Personen, die diese Bedürfnisse stören, die die Unmöglichkeit von Identifikation und Selbstverwirklichung aufzeigen.

Der Gedanke ist verbreitet und wurde auch in dem Papier zu diesem Kongress formuliert, daß symbolische Präsenz mit Ausgrenzung im realen Leben einhergehen könne. Sollen wir uns mit dieser Ausgrenzung, mit diesem Versagen identifizieren? Eine vermutete Gegenläufigkeit übersieht auch die reale Macht von Symbolik. Schon die Art und Weise, wie in Deutschland das „Asylantenproblem“ von den Medien erzeugt worden ist, zeigt die reale Macht des Symbolischen. Man muß die Formen, mit denen Frauen im Symbolischen auftauchen, mit davon nicht abzutrennenden ökonomischen und sozialen Realitäten verknüpfen.

Ich halte es auch für falsch, die Präsenz von etwas auf der symbolischen Ebene als Kompensation für eine erlittene Diskriminierung zu begreifen. Man sollte sich eher um realexistierende Hindernisse und Widerstände für Frauen kümmern, die Zusammenhänge sehen, die zwischen dem Karlsruher Urteil, der Ausmerzung sämtlicher progressiver Errungenschaften des DDR-Sozialismus und der Änderung des Asylrechts bestehen.

Das Urteil in Karlsruhe schaffte die in der DDR seit 1972 bestehende, bedingungslose Fristenregelung ab. Für die Frauen der DDR wird es jetzt eine Zwangsberatung geben, die sich laut Gesetzestext von dem Bemühen zu leiten lassen hat, „die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen und ihr Perspektiven für ein Leben mit dem Kind zu eröffnen.“ Friedrich Karl Fromme, Erzreaktionär der FAZ, geht noch weiter und fordert (FAZ 16.6.93), daß die Beratungen fortgesetzt werden müssen, „wenn die Berater den Eindruck haben, die Frau sei noch weiteren Argumenten zugänglich.“ Da gibt es einen Zusammenhang zwischen der gesamtdeutschen Ankurbelung der Familie, durch Kriminalisierung der Abtreibung (sie ist rechtswidrig aber straffrei) und der in den Medien betriebenen verständnisvollen Erklärung rassistischer, neonazistischer Übergriffe mit den „kaputten Familien“ aus denen die „desorientierten“ meist alkoholisiert und deshalb zu entschuldigenden Täter angeblich stammen. Während die deutsche Familie per 218 wieder flott gemacht wird, müssen die von Rudolf Augstein befürchteten ausländischen „Großfamilien“ damit rechnen, daß Frauen und Kinder – immer ist es die Reproduktionsinstanz, die angegriffen wird – verbrannt werden. Die Änderung des Asylrechts ist eine ideale Ergänzung zum Paragraphen 218: der als deutsch verstandene Nachwuchs wird gefördert, die als fremd gebranntmarkten Personen müssen draußen bleiben.

Es gab in der Süddeutschen Zeitung einen Artikel von Cora Stephan, der symptomatisch war für die Art und Weise, wie bei uns das Thema „Frauen in Ostdeutschland“ abgehandelt wird. Stephan geht mit vielen anderen davon aus, daß die einst emanzipierten Frauen Ostdeutschlands jetzt geschlossen an den Kochtopf und zu ihren Familien (deren Existenzen werden einfach vorausgesetzt) zurückgekehrt seien, weil man ihnen ihre Arbeitsplätze und ihre Kinderkrippen genommen hätte. Als ob jede Frau eine Küche oder eine Familie im Hintergrund habe. Jede Gelegenheit wird genutzt, um das, was Judith Butler das „heterosexuelle Zwangsregime“ nennt, zu bestätigen. Ein ostberliner Galerist erklärte mir die Abwesenheit von Künstlerinnen in seinem Programm damit, daß die Künstlerinnen in Ostdeutschland die Kunst aufgegeben und zur Hausarbeit zurückgekehrt seien. Frau-Sein heißt aus dieser Perspektive eine natürliche Verbindung zur häuslichen Sphäre zu haben. Es gibt dann noch kompliziertere Modelle auf der gleichen Basis, die doppelbelastete Karrierefrau, die ihr Kinderproblem lösen muß oder die alleinstehende kinderlose Frau, die auch in Bezug auf die Norm der Familienmutter definiert wird. Lesbische Frauen kommen in diesen Darstellungen nie vor. Von einer klassischen Frauenbiographie wird ausgegangen, die, wie eine Studie von Monika Wohlraab-Saar bewies, längst nicht mehr als Folie dienen kann. Die von Wohlraab-Sahr befragten Frauen eignen sich deshalb gut zur Teilzeitarbeit, weil sie ihr Leben mangels fester Folie oft grundsätzlich in Frage stellen und keine langfristigen Bindungen, weder beruflich noch privat eingehen möchten. Natürlich wurden die Ergebnisse dieser Studie in der FAZ als tragisch gelesen, als ein weiteres Anzeichen für den Untergang des Abendlandes. Diese Studie betraf westdeutsche Frauen, die Teilzeitarbeit machen. Ich möchte die hohe Arbeitslosigkeit von Frauen in Ostdeutschland nicht leugnen, es ist auch richtig, daß es die Frauen bei Entlassungen immer als erstes trifft. Nur dienen die pauschalisierenden Darstellungen in Westdeutschland über ostdeutsche, an Heim und Herd zurückkehrende, arbeitslose Frauen dem Bild der Frau als Reproduktionsinstanz. Es sah aus der Sicht der Westpresse auch so aus, als hätte es in Ostdeutschland kaum Reaktionen auf das Urteil von Karlsruhe gegeben. Während die Änderung des Asylrechts hier 10.000 Leute in Bonn mobilisieren konnte, waren die gleichen Gruppen, trotz der offensichtlichen Verknüpfungen, nach dem Urteil von Karlsruhe nicht auf der Straße. Es wäre interessant zu fragen, warum der Tag X so erfolgreich mobilisieren konnte, aber nichts Vergleichbares meines Wissens für Karlsruhe vorgesehen war. Eine Verschärfung des Paragraphen 218 kann in den 90ern nicht mehr mobilisieren, gegen den Rassismus haben aber verschiedene Gruppierungen erfolgreich den deutschen Bundestag blockiert und Abgeordnete den Weg zum Parlament versperrt. Sind die Verknüpfungen zwischen Rassismus und Sexismus nicht offensichtlich genug oder gibt es eine Hierarchie zwischen den Themen, sodaß eine Änderung der Verfassung als wesentlicher empfunden wird? Oder fühlen sich Antirassisten für einen Protest gegen die Änderung des Paragraphen 218 nicht zuständig, weil dieser Protest (auf der Ebene: Benachteiligung von armen Frauen) in den Medien artikuliert wurde und der Paragraph 218 weiterhin als ein die Frauen betreffender Paragraph gilt?

Isabelle Graw (Texte zur Kunst/WA Köln)

Etwas besseres als die Nation

Gegen die völkische mitte

Nun, man kann dem ddr-regime einiges vorwerfen.

Tatsache bleibt, daß während des 40jährigen bestehens keine flüchtlingsheime oder unterkünfte von vertragsarbeiter/innen brannten.

Tatsache bleibt, daß zu ddr-zeiten nicht hunderte von „unbescholtenen" bürger/innen ein flüchtlingsheim wie in hoyerswerda belagerten, mit dem erfolg, daß die flüchtlinge unter den siegheiligem gegröhle der teilnehmenden bevölkerung von der staatsmacht evakuiert wurden.

Tatsache bleibt auch, daß zu ddr-zeiten nicht tausende von „anständigen" deutschen das abbrennen eines flüchtlingsheimes wie in rostock beklatschten, nicht genug kriegen konnten und vor laufenden kameras „zugabe" brüllten.

Tatsache ist, daß all die über 15 000 rassistisch motivierten angriffe auf alles, was nicht „deutsch" ist, nicht gegen die staatsgewalt, gegen die führenden demokratischen politiker oder gegen eine mehrheit der bevölkerung durchgesetzt werden mußte. Sie fanden vielmehr unter der schirmherrschaft der polizei, der politischen klasse und der sie tragenden bevölkerungsmehrheit statt.

Damit währe zumindest die legende zerstört, die bereits schon einmal, nach dem militärischen zusammenbruch des NS-regimes für entlastung sorgen sollte. Die legende von einem volk, von einem demokratischen staat, die verführt und geblendet wurden, die opfer der NS-demagogie und des rassenwahns wurden.

So wenig der demokratische staat und sein stammvolk **opfer** des Nationalsozialismus wurden, so wenig die ddr-bevölkerung **opfer** einer sozialistischen diktatur wurde, so wenig ist heute das „anständige deutschland" **opfer** faschistischer und rassistischer „übergriffe" einer kleinen, fanatischen minderheit, die selbstverständlich und mit übung am rechten, äußeren rand einer ansonsten kerngesunden demokratie verortet wird.

Wenn wir eingangs etwas beschrieben haben, was nicht zu ddr-zeiten passierte, sondern nachdem sie in den „freien westen" entlassen wurde, könnte mann und frau ja auf den gedanken kommen, daß zu ddr-zeiten zumindestens der antifaschismus fest in partei, staat und bevölkerung verankert war. Daß dieser staatlich verordnete antifaschismus in der ddr mehr gegen das andere, kapitalistische deutschland gerichtet war, also mehr außen- als innenpolitik war, belegen jedoch nicht nur die karrieren von nazi-funktionären auch in der ex-ddr oder der entpolitisierende umgang mit faschistischen und neonazistischen organisierungsbestrebungen, die im besten fall als „rowdytum" oder „vandalismus" verfolgt wurden.

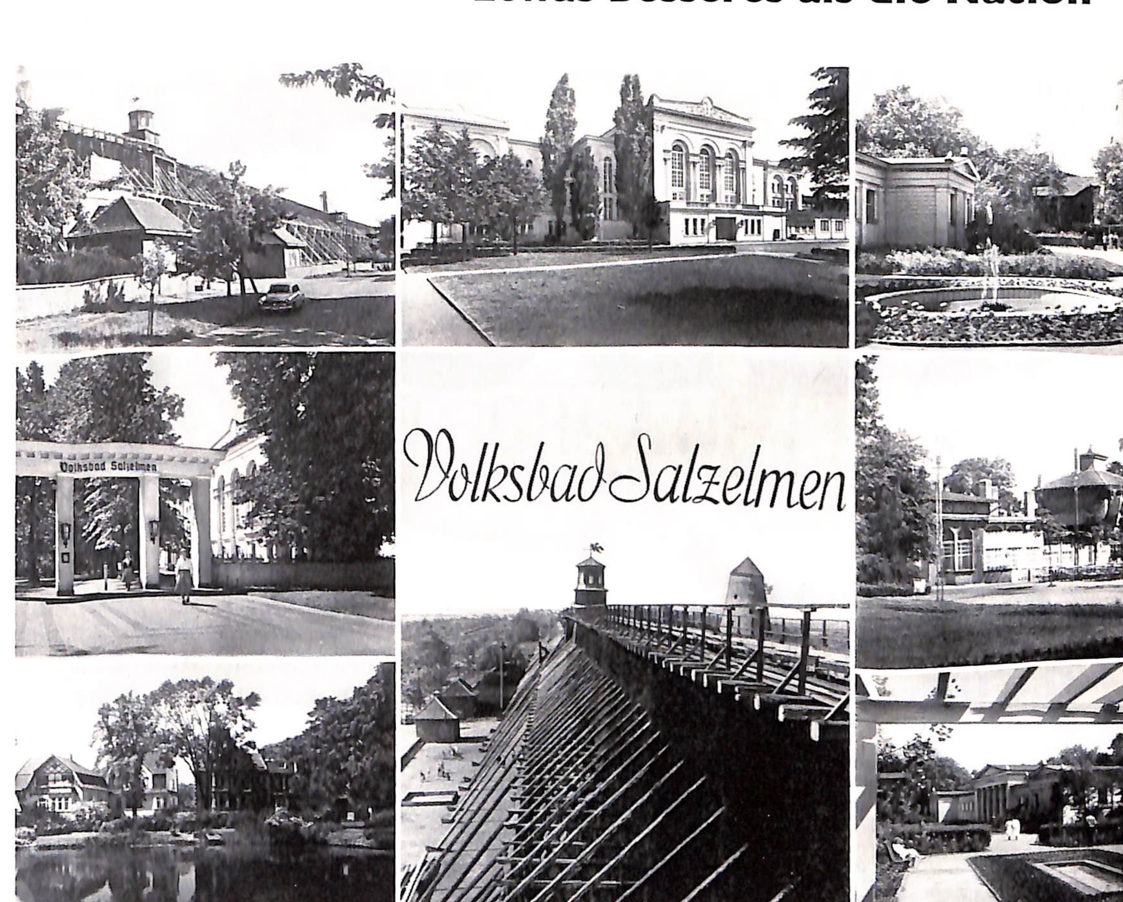
So wenig die brd mit den autoritären strukturen, mit wilhelminischen oder preußischen lebenshaltungen, die der faschismus nur konsequent zuende geführt hat, gebrochen hat, so wenig war dies in der ddr der fall. Weder in der ddr, noch in der brd heute, wurden tugenden wie fleiß, disziplin, unterordnung und staatsangehörigkeit als gleitmittel faschistischer herrschaft begriffen. Im gegenteil. In der brd wie in der ddr waren die selben „deutschen tugenden" wieder gefragt und gefordert, als es im westen richtung „wirtschaftswunder" ging, in der ddr in richtung „bauern- und arbeiterstaat". Diese tugenden haben im westen die „entnazifizierung" schadlos überstanden, im osten wurden sie nicht minder sozialistischer bestandteil einer spießigen, duckmäuserischen gesellschaft, die beim aufbau des sozialismus genauso mitgemacht hat, wie bei der verwirklichung des tausendjährigen reiches, wobei die ereignisse der letzten drei jahre den schluß zulassen, daß einem großteil der bevölkerung das „tausendjährige reich" entschieden näher ist, als die vorstellung von einer proletarischen weltrevolution.

Immerhin könnte mann + frau einwenden, daß es dem sed-regime zumindestens doch gelungen ist, antifaschismus zu **erzwingen**, wenn er schon nicht als lebenshaltung präsent war und ist. Immerhin könnte mann + frau sagen, daß mit (staats-)autorität, mit strafandrohung und schlichter gewalt es geschafft wurde, ereignisse wie in hoyerswerda oder rostock zu verunmöglichen. Die vorstellung ist verlockend, mit der macht einer sanktionsgewalt, rassist/innen und faschist/innen einzuschüchtern, sie zurückzuschlagen, wo sie versuchen aufzutreten, anti-fa-strukturen aufzubauen, die in der lage wären, glatzen, faschos und skinheads von der straße zu putzen. Eine saubere Sache.

Wir sagen selbst: Wir müssen bedingungen schaffen, wo es für faschist/innen und rassist/innen und eben nicht für flüchtlinge und nicht-deutsche zur ständigen gefahr wird, hier zu leben. Wir müssen es zum schmerzhaften risiko machen, sich zur herrenrasse zählen zu wollen, ob als glatze oder abgeordneter, ob als brandstifter oder „überfremdungs"-politiker, ob mit springerstiefeln oder mit aktenkoffer, ob im büro, in der verwaltung, in den dienstzimmern oder auf der straße.

Wenn wir uns darin einig wären, müßten wir mehr tun, als faschos und glatzen verjagen, faschistische treffen verhindern und faschistische führerfiguren verletzbar machen, damit sie diese erfahrung, dank ihrer autoritären, hierarchischen strukturen, an ihr fußvolk weiterleiten.

Wir müßten eine militante praxis entwickeln, die dem wissen und der geschichtlichen erfahrung gerecht wird,



daß rassistisches und völkisches handeln aus der **mitte** dieser gesellschaft kommt, daß es seine **legale** mitte in den staatlichen institutionen, in den demokratischen parteien, in den polizei- und justizapparaten, in den medizinischen und kulturellen denkfabriken hat (von eugenik angefangen bishin zu den theoretikern der kulturellen differenz ...)

Zu all dem ist mehr notwendig als starkes auftreten, geschlossene reihen und ketten, mutiges und unerschrockenes vorgehen.

Dazu gehört, unser vorgehen und umgehen miteinander **nicht am feind zu messen**, sondern an den eigenen vorstellungen, die uns vom feind erst unterscheidbar machen.

Dazu gehört, militanz nicht mit breitbeinigem machotum zu verwechseln, sondern als eine lebenshaltung, in der sich angst und mut, entschlossenheit und zweifel, herrschaftskritik und selbstkritik nicht gegenüberstehen, sondern aufeinander beziehen.

Dazu gehört ein solidarisches verhältnis unter uns, zwischen männern und frauen – um es unmißverständlicher zu sagen: von männern vorallem gegenüber frauen – das nicht von sexismus und selbst**herr**lichkeit geprägt ist, sondern von dem wissen, daß der soldatische mann dem faschismus nicht im weg steht, sondern auf ihn zuläuft.

Dazu gehört, daß wir den kampf gegen rassismus und faschismus nicht als einen kampf um eine **bessere** ideologie begreifen, sondern als einen kampf um eine **andere wirklichkeit**, in der unter uns erlebbar und spürbar wird, wofür es sich morgen noch lohnt, zu kämpfen.

Der Versuch, den kampf gegen die ideologie des rassismus und faschismus zu führen und nicht gegen eine soziale wirklichkeit, die der faschismus nur radikal zu ende führt(e), scheiterte geschichtlich schon einmal, blutig und tödlich. Gegen die faschistische propaganda, gegen SA-schlägertrupps und ehemalige frontsoldaten kämpfte eine breite basis aus sozialdemokratischen und kommunistischen antifaschist/innen, erbittert und ausdauernd. Doch die schlacht gegen die nazis wurde nicht nur auf der straße verloren, sondern gerade auch „zuhause“, in den eigenen reihen. Dort, wo die „helden der arbeit“ und der straße disziplin und bedingungslose unterordnung, patriarchale familienstrukturen und hierarchische parteistrukturen nicht angriffen, sondern gegen jede form der abweichung und infragestellung verteidigten. Für das scheitern des antifaschistischen widerstandes in der weimarer republik war die **unüberwindbarkeit** autoritärer, zentralistischer und männer-dominierter strukturen vielleicht entscheidender als die niederlagen auf der straße oder bei den wahlen. Peter weiss bringt diese kritik in seinem buch „Ästhetik des widerstandes“ eindrucksvoll auf den punkt: „Daß der kampf in seiner härte nur in völliger einheitlichkeit geführt werden kann, aktzeptiere ich, doch muß dabei deutlich werden, daß nichts uns festhält in unklarheiten, verstellungen und mystifikationen. Wären wir zu einem solchen nachgeben bereit, so hätten wir den millionen nichts zu erwidern, die sich bei uns zu hause in die illusion faschistischer demagogie treiben ließen, die sich in ihrer selbstverleugnung anfüllen lassen mit völkischem, rassistischem, nationalistischem schund... Solches konnte aufkommen, weil der boden brach lag, weil es die arbeiterbewegung es nicht vermocht hatte, ihre eigenen werte zur geltung zu bringen, weil sie sich allzu gern imponieren ließ von gartenzwergen und kanarienvögeln, bestickten kissen und wandsprüchen von ruhe und geborgenheit. Wie sollen wir wirkungsvoll dagegen angehen können, wenn wir selbst nicht mächtig sind, jede unserer handlungen zu vertreten, wenn auch wir festsitzten in selbstverleugnung, zwischen unklarheiten und zwängen.“ (s.248/249)

autonome L.U.P.US.-Gruppe juni 93

Wohlfahrtsausschuß Hamburg: RESUMEE

Ausgehend von unseren Zielen, eine Einschätzung der Durchführung:

Eines unserer Hauptziele war es, die gesamte Aktion so anzulegen, daß der Widerstand gegen den Rassismus nicht einfach nur erklärt oder proklamiert wird, sondern durch unser Verhalten symbolisch oder konkret in von uns bestimmten Situationen anwesend ist, wogegen sich die faschistische Gewalt und die faschistischen Tendenzen in der Normalität richten. Die Programmpunkte Aktionen in der Innenstadt, Diskussions- und Vortragsveranstaltung, Bands waren nur die Eckpunkte eines Rahmens, der von uns und allen beteiligten Gruppen zu gestalten gewesen wäre. Diese Idee ist eigentlich völlig gescheitert; dennoch bleibt sie als richtige Forderung an eine Praxis am Ende aller Überlegungen zurück und wiegt sogar die Mängel auf. Denn: Ein Erfolg ist es schon gewesen, daß soviele verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Praxisansätzen und Erfahrungen sich mit diesem formulierten Ziel zu einer Aktion zusammenschlossen. Der WA-Hamburg hat seinerseits zwar mit dieser Idee in Hamburg und einigen anderen west- und ostdeutschen Städten soweit mobilisieren können, daß die Reise schließlich durchgeführt wurde, er hat aber zu ihrer konkreten Gestaltung nicht durch initiierende Vorschläge beitragen können. Dies müssen wir uns vorwerfen, auch wenn wir es andererseits bewußt vermieden haben, den Beitrag der anderen Gruppen durch einen feststehenden Plan vorweg festzulegen.

Die Idee bleibt nach als Anspruch und als Frage an jeden und jede Gruppe: ist es nicht möglich, Aktionsformen zu finden, die unsere Fähigkeit zeigen, die Initiative zu ergreifen, oder können wir nur dann aktiv werden, wenn wir oder unsere Freunde angegriffen werden, wir also nurmehr reagieren? Insofern war der Umstand, daß wir auf der Tour weder von Bullen noch von Nazis behelligt wurden, mehr als glücklich, waren wir durch ihn doch mit unseren eigenen Handlungsvermögen und Vorstellungskräften konfrontiert. Mag sein, daß die Idee einer solchen Reise – 250



FOTO: MARILY STROUX

Leute in 4 Bussen durch drei Städte – schon so beeindrukkend war, daß die meisten es nicht für notwendig hielten, mehr dazu beizutragen. Herauszufinden, warum so viele Gruppen so wenig mit dieser Vorgabe anfangen konnten, ist keine Sache für mutige Anklagen oder selbstzerfleischende Schulddebatten. Wichtig ist vielmehr, daß niemand – und davon nimmt sich auch der WA-Hamburg nicht aus – irgendeinen außer sich selbst für diesen Mangel verantwortlich machen kann. Es hängt also auch von niemandem außer uns selbst ab, ob sich das ändert. Und von dort aus ergibt sich für die Zukunft auch die Frage, ob man sich aus dieser Situation durch einen schnell gefundenen Gegner wieder befreit oder selbst zu handeln beginnt – auf Gegner trifft man dann ohnehin.

Die mit den Gruppen in den besuchten Städten vereinbarte Vorstellung sah eine Vortragssituation und ein Diskussionsforum vor, in das möglichst viele verschiedene Gruppen aus den Städten eingeladen werden, um ein im weitesten Sinne linkes Spektrum zusammenzubekommen. Hier wollten wir vor allem ein Grundproblem antifaschistischer Politik zur Sprache bringen: wer gegen die Nazis praktisch vorgeht, wird selbst in linken oder alternativen Kreisen als der eigentliche Unruhestifter und böse Gewalttäter diffamiert, womit dann eine Strategie der Duldung und des Rückzugs gegenüber den organisierten oder unorganisierten Nazis einsetzt. Diese Auseinandersetzung in einer gewissermaßen repräsentativen Öffentlichkeit zu führen, um die Widersprüche und ungeprüften Allgemeinplätze sichtbar zu machen und dadurch eine radikale und militante antifaschistische Politik zu stärken, war Ziel des Diskussionsforums. Auch dieses Vorhaben ist mehr oder weniger gescheitert. Zudem lagen weder – wie vereinbart – genügend Beiträge von beteiligten Gruppen vor, noch waren uns ausreichend früh die Redebeiträge zugesandt worden. Außerdem zeigten die wenigen Momente in den Diskussionen, die unserer Vorstellung nahekamen, daß es an mehr als nur der schlechten Vorbereitung mangelte.

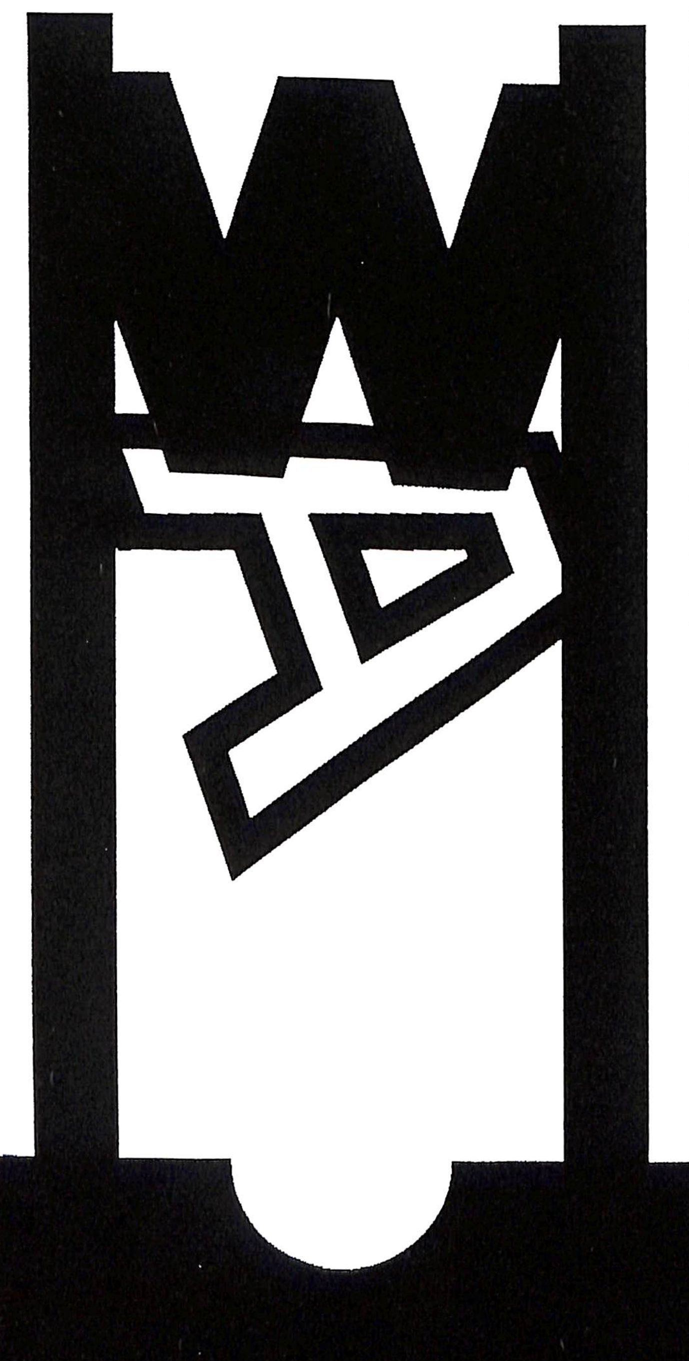
In Dresden beispielsweise haben wir es akzeptiert, eine Stunde lang eine Diskussion 100 gegen 1 in Form eines Tribunals zu führen, nur weil es zumindest so aussah, als wäre die von uns gewünschte Konstellation erreicht. Die in der Form schon unerträgliche Konfrontation verlief auch inhaltlich wenig erfreulich. Wir waren letztlich mit den Konsequenzen der seit langem für die Antifa-Dresden ungünstigen Kräfteverhältnisse konfrontiert, sodaß die öffentliche Diskussion sinnlos erschien.

In Leipzig kam es gleich zu mehreren Kollisionen. Eine inhaltliche Diskussion war schon öfter und scheinbar vergeblich gefordert worden. Sie sah sich in Leipzig nun tatsächlich vehement unterdrückt und zwar von einem ungreifbaren lokalen oder regionalen Selbstverständnis, mit dem sich einige Leipziger in der Diskussion positionierten oder genauer: mit dem sie von sich aus die Diskussion als einen Verteidigungskampf strukturierten. Sie stellten sich gleichzeitig gegen eine Stigmatisierung als Ostler und beharrten auf ihrem Unverstandensein durch die Westler, sprachen immer wieder von Erfahrungen, die nur sie machen und andere offenbar schwer verstehen, wobei zum Teil unakzeptable politische Positionen geschützt werden sollten und vor allem eine allgemeine politische Einschätzung der Situation in der BRD abge-

wehrt wurde. Der dramatische Ablauf der Intervention von Günther Jacob hat dazu geführt, daß die einen nur die Form, andere nur den Inhalt sahen. Form und Inhalt seiner Intervention gehören aber zusammen. Sein Statement war zugleich die Realisierung der geforderten inhaltlichen Diskussion und deren Besiegelung. Kritik und Verurteilung fielen zusammen, ein Kurzschluß, der an eine Situation in Rostock erinnerte, als das Nichtzustandekommen einer inhaltlichen Debatte mit deren Unterdrükkung gleichgesetzt wurde. Ähnlich aussichtslos angelegt war der Vorwurf, wir vollziehen womöglich eine Wiedervereinigung von links. Diese Befürchtung halten wir für vollkommen unangebracht. Erstens hatten wir vorher ausdrücklich klargemacht, daß es uns darum nicht geht. Und zweitens: Wenn gegenteilige Statements nicht berücksichtigt werden, wie soll der Vorwurf entkräftet werden. Es läuft dann auf ein Spiel mit der Eigendynamik von Schuldmechanismen hinaus.

Daß die Zusammenarbeit mit den Gruppen in den ostdeutschen Städten so gründlich gescheitert ist, sollte uns zu denken geben. Die „einfachsten" Schwierigkeiten hatten wir in Leipzig, denn dort war der Anspruch auf eine besondere Erfahrung seit der Auflösung der DDR zumindest formuliert – in den anderen Städten kam es gar nicht zu solchen Formulierungen.

Jede Station unsere Tour hat uns aber gezeigt, daß wir die in Leipzig formulierte Forderung nicht einfach übergehen können, allerdings nicht um Verständnis zu entwikkeln für die Akzeptanz der staatlichen Asylpolitik, für Ausländerfeindlichkeit oder die Seelennöte eines Faschisten, den man aus der Sandkiste kennt.



Kritik und Selbstkritik der Tour durch Rostock, Dresden und Leipzig.

Gesammelt im WA-Hamburg und mitorganisiernden Gruppen. Eine Sammlung; kein einheitliches oder durchdiskutiertes Resumee, in dem zuerst eine allgemeine Einschätzung vorliegt, gefolgt von vorwiegend organisatorische Fragen, obwohl diese sich natürlich von inhaltlichen nie ganz trennen lassen.

Allgemeine Kritik:

Übereinstimmend kritisieren alle die organisatorische Überforderung. Wir haben uns zu viel vorgenommen und waren daher auf unserer Reise fortwährend in Engpässen: zu viel pro Stadt, pro Tag, in den drei Tagen.

Darunter litt vor allem unsere Flexibilität und unsere Handlungsfähigkeit. Wir konnten nicht auf die Überraschungen in den einzelnen Städten reagieren oder – wenn es die richtigen Ideen gab – sie nicht umsetzen. Es gab keine Entscheidungsstrukturen, die die ganze Gruppe berücksichtigt hätten oder auch nur organisatorische Teilaspekte Betreffendes flexibel anzugehen erlaubten.

Die beträchtlichen organisatorischen Belastungen wurden unterdessen nur von wenigen getragen. Einige der Organisatoren beklagen eine gewisse Konsumhaltung bei denen, die 2 Wochen vor dem Start erst einstiegen und zwar nur – so der Vorwurf – weil es nun spannend wurde und man plötzlich dabei sein wollte. Das mag so gewesen sein oder auch nicht, aber letzlich können doch nicht alle alles organisieren; wir wollten und wir mußten Vorgaben machen und daher müssen wir auch akzeptieren, wie Veranstalter zu handeln und behandelt zu werden.

Die Organisationsaufgaben verhinderten eine inhaltliche Debatte, im WA, aber auch in größeren Vorbereitungsitzungen. Ob diese Debatte im größeren Rahmen von Vorteil gewesen wäre, ist allerdings auch fraglich: die Auseinandersetzung hätte die Reisegruppe womöglich auf ein Viertel reduziert. Andererseits zeigte sich in den Diskussionsveranstaltungen diese fehlende Vorbereitung als auffallender Mangel.

Das Vorhaben „Besetzung" ging nicht nur im städtischen Raum in die dort wartende Leere; wir blieben auch inhaltlich sprachlos. Wir waren – so die Formulierung – Sendboten, die ihre Botschaft vergessen hatten. Deutlich wurde einigen nur, daß in den Antifa-Gruppen der besuchten Städte ein diffuser humanistischer Ansatz herrschte, andere spürten ihn in den Bussen.

Wir haben uns offenbar zu sehr auf die ersten Kontaktpersonen und -gruppen verlassen bzw. beschränkt, sind Ausweichmöglichkeiten nicht nachgegangen und mußten daher einige zum Teil überraschende Enttäuschungen hinnehmen, bei den Innenstadtaktionen und auf den Diskussionsveranstaltungen. Das Vorhaben „Zusammenarbeit" mit den Gruppen in den Städten ist mehr oder weniger deutlich gescheitert. Für die meisten blieb nur Leipzig als Stadt, mit der die Arbeit fortgeführt werden sollte, für andere nicht einmal das und auch nicht Halle, als ein nächstes Ziel.

Ergebnis der schlechten Zusammenarbeit: die Städte waren uns nicht genügend bekannt; es gab keine kommentierten Stadtpläne. Die Innenstadtaktionen waren weit entfernt von unserem Plan, neue Aktionsformen zu entwickeln. Der provokatorische Aspekt ist völlig untergegangen. Soundsystem und Plakataktion sind dennoch gute Ausgangsformen.

Die Probleme in den Städten wurden von vielen zu leichtfertig auf ein „Unvermögen der Ossis" abgeschoben. Wir haben von unseren Mitorganisatoren immerhin verlangt, 250 Leute zu verpflegen und unterzubringen; verantwortungslos, wie dabei zum Teil mit ihnen umgegangen wurde.

Die Zusammensetzung der Diskussionsforen entsprach, wenn sie denn überhaupt entstanden, nicht unserem, auch mit den Gruppen in den Städten vereinbarten Ziel.

Die Redebeiträge waren – bis auf zwei Ausnahmen – in Form und Inhalt nicht in der Lage, eine inhaltliche Diskussion zu entfachen. Trotz diverser Papiere, die wir herumgeschickt hatten, gab es da wohl grundlegende Mißverständnisse mit den Gruppen im Osten und Fehleinschätzungen.

Außerdem lagen uns die Redebeiträge auch nicht einen Monat vorher vor; das war vereinbart worden, um die Veranstaltungsbeiträge aufeinander abzustimmen.

Der Aspekt der militanten Verteidigung war vielleicht etwas zu sehr betont worden, aber das hätten wir im Voraus nicht wissen können; auch heute, vor einer ähnlichen Reise, würde sich wohl jeder wieder auf den schlimmsten Fall einstellen und entsprechende Vorbereitungen treffen.

Die Tour fand bei fast allen Beteiligten trotz der großen Kritik immer noch Zustimmung; eine gute Erfahrung insgesamt, auch wenn man hier mit der Kritik fortfahren könnte: Für wen diese Reise? Eine gute Erfahrung womöglich nur für Hamburg und vielleicht auch nur bis kurz vor der Abreise, als der Höhepunkt der gruppenübergreifenden Auseinandersetzung erreicht war.

Und wenn wir sagen, wir hatten wenigsten unseren Spaß, so gilt umso mehr die Frage, was wir eigentlich in den Städten wollten.

ROSTOCK

Hier ist die Zusammenarbeit völlig gescheitert. Offenbar sind die Rostocker, die mit uns zusammenarbeiten wollten, ein Teil des Problems, das von ihnen auf der Vorbereitungskonferenz in Halle beschrieben worden war: „Wie soll es in Rostock weitergehen, wenn die Cliquen unter sich bleiben und nicht miteinander reden," hatte der Vertreter aus Rostock gefragt und als Thema der Diskussion in Rostock vorgeschlagen. Es scheint so, daß die von uns angesprochene Gruppe nicht viel mehr als ihren eigenen Kreis hat mobilisieren können. Ergebnis: keine Beteiligung der Rostocker Antifa an der Rathaus- und Innenstadtaktion, keine Rede aus Rostock lag vor, kein Diskussionsforum von verschiedenen Rostocker Gruppen, kaum Propaganda auch für die Musikveranstaltung, schlechte Organisation von Räumlichkeiten für Büchertische und Diskussionen auch am Abend, von Essen und Schlafplätzen.

Wir hätten dieses Desaster nun durchaus ahnen können. Es war aber auch ungreifbar und niemand wollte es ansprechen. Immerhin hatten einige Gruppen auch schon während der Aktionen in Rostock-Lichtenhagen schlechte Erfahrungen mit der Stadt gesammelt. Wieso konnte man diese Erfahrung nicht umsetzen? Für die Zukunft heißt dies: Zusammenarbeit und Gesamtkonzept sollten immer eine Situation zulassen, in der eine beteiligte Gruppe von der von ihr übernommenen Aufgabe zurücktreten kann.

DRESDEN

Wir verschwanden im Sumpf des Neustadtfestes: keine sichtbare Präsenz in der Stadt, nicht mal im Viertel oder in der Scheune. Während der Vorbereitung muß auch hier ein wesentliches Mißverständnis mit den Dresdenern über unsere Absichten entstanden sein, sonst hätte man uns nicht dort in der Ecke „Lederfabrik" als eine Attraktion unter vielen präsentiert. Oder Haben wir unsererseits entsprechende Informationen nicht ernst genug genommen, vielleicht weil wir uns so ein Fest gar nicht vorstellen konnten? Soweit es voraussehbar war, haben wir allerdings auch nicht darüber nachgedacht, wie damit umzugehen wäre z.B. einfach durch ein riesiges Transparent „Etwas Besseres als die Nation" quer über die „Scheune" – zumindest als ein paradoxer Kommentar auf das Neustadtfest.

Auch in Dresden fehlte uns die Flexibilität, die Stuktur, um in der Situation wenigstens Details in die Hand zu bekommen. Wir hätten auf jeden Fall gegen die Abmachung und Auflage Eintritt zu unserem Konzert verlangen müssen, schon allein wegen des absehbaren Finanzdesasters und auch, um die Jahrmarktbudenstimmung aus unserer Halle herauszuhalten.

Die Dresdener Ansprechpartner für Organisation waren auch nicht aufzufinden – Ergebnis: 2 Stunden Verhandlungen, damit alle und nicht nur die Hälfte der Schlafplätze gesichert sind; Parken des Musikerbusses und Instrumententransport in die Lederfabrik ein reines Durcheinander – in dieser Situation, ohnehin schon unter Zeitdruck, kamen wir nicht mehr zu unserer Innenstadtaktion.

Etwas besseres als die Nation

Wie in Rostock war auch in Dresden undurchschaubar, wie unsere Veranstaltungen in der Stadt angekündigt waren. Unverständlich auch, warum es keine Koordination mit dem gleichzeitig stattfindenden Treffen freier Radios in Dresden gab, von wo aus zudem während des ganzen Tages ein Radio auf Sendung war.

Einige Gruppen aus den Bussen, die hauptsächlich auf die Abwehr faschistischer Angriffe eingestellt waren, haben in Dresden nicht so agiert, wie wir es für richtig halten. Wir kritisieren nicht so sehr die Tatsache, daß irgendwelche Nazis aus dem Neustadtfest herausgehauen wurden oder eine Hoolgruppe nach einer Provokation vor der Schule verfolgt wurde, sondern wie das zum Teil geschah: militaristisches Auftreten als uniformierte Greiftruppe zeugt weder von Stärke, noch ist es rein taktisch für uns und für diejenigen, die so vorgehen, geschickt. Es sah eher so aus, als wolle man – gelangweilt vom Anblick herumtorkelnder Besoffener – in diesem Sumpf noch einen wirklichen Feind ausmachen und den Tag wenigstens mit einem lohnenden Kampf beenden.

LEIPZIG

Die Antifa aus der Stadt war nicht bei der Diskussion; ansonsten war hier alles so vorbereitet, wie wir es zusammen beschlossen hatten.

■



FOTO: MICHAEL KOTTMEIER

DIFFERENZEN

POSITIV BEWERTEN

Die Diskussion im Rahmen der „Etwas besseres als die Nation"-Tour in Leipzig orientierte sich kaum an den vorher erarbeiteten Diskussionspapieren, sondern ging mehr in die Richtung einer Positionsbestimmung der „Leipziger Linken". Da wir mit unserem Diskussionsbeitrag an dieser Programmänderung nicht ganz unschuldig sind, ist es uns wichtig, diese zu begründen und grundlegende Mißverständnisse soweit als möglich auszuräumen.

Es kann hierbei nicht darum gehen einen Ost-West-Konflikt herbeizureden oder gar, wie Günther Jacob fälschlicherweise annahm, „die ‚Einheit' auf der Ebene der Linken nachzuholen". Aber das Proletariat kennt kein Vaterland, weshalb wir Euer Angebot zur Zusammenarbeit – und als solches haben wir die Tour verstanden –, gern annehmen wollen. Zusammenarbeiten setzt allerdings Verstehen voraus und dieses Verstehen aufgrund einer größtenteils gleichen Sprache anzunehmen ist voreilig. So haben die bisherigen Erfahrungen der „gemeinsamen" Infoladentreffen gezeigt, daß der Stärkere (gemeint sind die „Westinfoläden", die aufgrund der historischen Gegebenheiten strukturell überlegen waren und sind) seine Interessen einfach durchsetzte und Diskussionen mit dem gesamten theoretischen Vorlauf, der existiert, führten. Ergebnis ist, daß zur Zeit getrennte Infoladentreffen abgehalten werden. Dies erscheint uns symptomatisch für den Zustand der Linken (West). Beleg für diese Annahme sind uns Buchtitel wie „Vom Autonomen zum Antiimp" oder das verstärkte Auftreten von getrennt geschlechtlichen Gruppen, aber auch Aussagen wie „militante Antifaarbeit ist wichtig, aber ich mache das sowieso nicht."

Woher kommt diese Zersplitterung? Wir glauben, daß eine der Hauptursachen das Festhalten an dem Dogma von der Gleichheit aller Menschen ist. Unter diesem Dogma, so vermuten wir, läßt sich auch eure Forderung „Nie wieder Volk!" einordnen, falls sie, und das war der Tenor der Diskussion in Leipzig, meint, es sei egal, wo ein Mensch aufgewachsen ist und unter welchen Bedingungen seine Erziehung stattfand. Natürlich ist es Schwachsinn eine Definition (=Abgrenzung) eines Individuums nach geographischen Gesichtspunkten vorzunehmen, es ist aber zumindest unehrlich, zu behaupten, eine Definition fände nicht statt. Ein Individuum konstituiert sich durch die Abgrenzung von anderen Individuen und seine Konstitution als gesellschaftliches kann nur durch die Bestimmung seines Platzes in Bezug auf andere erfolgen. Würde jetzt die These vertreten, daß diese Definition als gesellschaftliches Individuum unabhängig vom kulturellen Gesamtzusammenhang, in dem sie stattfindet, abläuft, so müßten wir euch fragen, ob Ihr nicht der Meinung seid, daß der Faschismus in Deutschland eine besonders gute Brutstätte hatte und hat. Woran liegt es, daß den Menschen in diesem Land der Faschismus so leicht ins Blut geht?

Zum anderen halten wir es für schlechterdings unmöglich, daß ihr mit dem Ansatz: „Ich bin wie ein ‚Türke', ein ‚Türke' ist wie ich", positive Erfahrungen gemacht habt. Vorausgesetzt natürlich, ihr definiert ‚Türken' nicht nach ihrer Ahnenreihe oder dem Paß, sondern nach der Kultur, der sie sich zugehörig fühlen. Dieser Ansatz hat nämlich zwangsläufig entweder zur Folge, daß der kulturelle Kontext des ‚Türken' ausgeblendet wird oder aber, daß ihr Euren eigenen Background verleugnet. Im ersten Fall erschlagt ihr, im zweiten könnt ihr nichts geben, weil ihr nichts habt. Fazit für uns ist, daß es Differenzen nicht nur gibt, sondern daß ihre Feststellung und Beachtung wichtig ist. Andernfalls halten wir die Zersplitterung einer linken Bewegung für unumgänglich, da Konflikte


Schönebeck (Elbe)

nicht ausgehalten werden können, sondern durch Spaltung beseitigt werden müssen.

In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Diskussion im Conne Island verstanden wissen. Die Einteilung in Ost und West ist dabei natürlich viel zu grob, um ein spezielles Individuum charakterisieren zu können, jedoch gibt es grundlegende Differenzen, und die galt es zu erarbeiten.

Das größte dabei aufgetretene Mißverständnis hängt wohl mit dem Begriff „Volk" zusammen. Wie von Euch richtig dargestellt, gab es im Osten nach 1945 eine beängstigende Kontinuität in der Sprache. Auch wenn Victor Klemperers „LTI" bei Reclam verlegt wurde und große Beachtung fand, kann von Aufarbeitung kaum gesprochen werden. Allerdings trat bei dem Begriff „Volk" ein Bedeutungswandel ein. Durch die ständige Kombination mit „werktätig" assoziierte der DDR-Mensch mit „Volk" die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Menschen. Das es sich um Menschen der DDR handelte, wurde ebenfalls mit kleinlicher Permanenz betont. Der Grund hierfür lag im Bestreben der damals Herrschenden ein neues DDR-Nationalgefühl zu schaffen. Bei der Frage, inwieweit das gelang, scheiden sich bei uns allerdings die Geister. Klar ist aber, das die Parole „Wir sind das Volk" in obiger Assoziation als „Wir sind die, die arbeiten (und in deren Namen ihr zu herrschen vorgebt)" zu verstehen war. Beim CDU-Werbegag „Wir sind ein Volk" wird uns bis heute vor allem deshalb schlecht, weil er Symbol für das Kippen einer Bewegung der Massen ist. Das heute, in Zeiten der Rezession, die damals konstruierte Community enger zusammenrückt und „Ballast" abwirft, indem sie sich schärfer definiert und „artfremdes" vom „heimischen Futterplatz" verdrängt, erscheint nur logisch.

Andere Mißverständnisse könnten unsere Forderungen nachvollziehbaren, linken Handelns verursachen. Diese zielen nicht auf einen Populismus zugunsten dessen inhaltliche Positionen aufgegeben werden. Wohin derartige Realpolitik führt ist uns durchaus bewußt, zumal den GRÜNEN in der Bundesrepublik und dem NEUEN FORUM/BÜNDNIS 90 bei uns die Früchte einer solchen Entwicklung als trauriges Vorbild dienen. Es kann aber nicht unser Ziel sein, ein Nischendasein in der Gesellschaft zu führen, in dem wir konstante Freiräume ausfüllen, ohne deren Grenzen anzutasten. Vielmehr glauben wir, um den Faschismus in diesem Land mehr als einen mehr oder minder gut organisierten Aktionismus entgegensetzen zu können, lebenswerte Alternativen schaffen zu müssen, die jedem Menschen einen persönlichen Gegenentwurf ermöglichen. Dafür sind abgehobene Diskussionspapiere extrem ungeeignet, da diese Menschen, die nicht ein gewisses Mindestmaß an linkem Politikverständnis verinnerlicht haben, von vornherein ausschließen. So würden wir dieses Papier zum Beispiel keinesfalls ohne ausführlichen Kommentar in einer unserer Publikationen veröffentlichen. Viel wichtiger als „Papierlinke" Standards sind für uns praktische Lebensentwürfe, die unserer Utopie von einem freien und selbstbestimmten Leben nah kommen. Das dafür eine enger Zusammenhang kultureller, theoretischer und praktischer Arbeit notwendig ist, erscheint uns klar zu sein. Das wir, sollen diese Lebensentwürfe dauerhaft umgesetzt werden, eine Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Situation benötigen, kann wohl auch nicht in Zweifel gezogen werden. Da wir der Idee einer revolutionären Elite sehr skeptisch gegenüber stehen, ist es essentiell, daß wir für breite Bevölkerungsschichten transparent und zumindest potentiell offen bleiben. Reine Opposition erfüllt zwar dieses Kriterium, ist aber weder befriedigend noch eine Alternative zur faschistischen Bewegung, die ganz konkrete Bedürfnisse der Menschen für ihre Ziele instrumentalisiert und mehr bietet als eine permanente Dagegen-Haltung.

Insgesamt bewerten wir die Tour positiv (jedenfalls was Leipzig betrifft), auch wenn die Besetzung des öffentlichen Raumes mit z.T. sehr guten Plakaten für uns keinerlei Freiräume brachte. Jedoch habt ihr mit Eurer Aktion uns gezwungen, einige theoretische Gedanken zu unserer Arbeit nachzuholen, die sonst vielleicht ausgeblieben wären. Die spärlichen Reaktionen dürft ihr nicht zu negativ bewerten, da die Leute in Leipzig viel Zeit und Kraft auf die Schaffung und Verteidigung von Strukturen verwenden müssen, die für Euch natürlich sind. Leute, die nicht an der Schaffung von Strukturen beteiligt sind, waren in Leipzig bei der Diskussion kaum anwesend, so daß von dieser Seite sowieso nichts zu erwarten war.

DRUCK Leipzig, d. 23. 7. 1993

Provokation der Normalität oder Produktion deutscher linker Identität

Da die organisatorischen Kritikpunkte der Osttour schon ausgiebigst behandelt wurden, beschränken wir uns in dieser Darstellung auf inhaltliche Kritik, die wir an dem Anspruch der Tour, „Etwas Besseres als die Nation" zu sein, messen wollen.

Der WA benannte ‚Nation'/Nationalismus in seinem Papier vom 18.6.93 als „die gemeinsame materielle Basis dieser großen Koalition" (meint die rassistische Koalition). Da ‚Nation'/Nationalismus Grundkonsens der deutschen Bevölkerung und damit zur Normalität geworden ist, könnte die Tour auch mit der Überschrift ‚Provokation der Normalität' versehen werden.

Die ‚Provokation der Normalität' wurde dann auch als ein Anspruch für die Innenstadtaktionen postuliert. Was denn darunter konkret zu verstehen ist, darüber wurde sich in der Vorbereitung nicht verständigt. Nachdem der, nach herkömmlichen Antifa-Verständnis, ‚direkte, materialisierte Feind' in Form von Faschisten und Staatsmacht nicht auftauchte, zeigte der Verlauf der Innenstadtaktionen, daß es darüber, was denn unter den gegebenen Bedingungen eine ‚Provokation der Normalität' ist, unter den Beteiligten erhebliche Unklarheiten und Widersprüche gibt. In der vorgefundenen Normalität verpufften Soundsystem, Klebeaktionen und Flugblätter als zum Teil exotische Randerscheinungen, wehgetan wurde damit niemandem.

Die Tournee leistete keinen Beitrag zum Angriff auf die Normalität. Sie war zu harmlos und nahm eher den Platz einer gewöhnlichen linken Agitationspolitik ein, woran auch die Idee der symbolischen Raumbesetzung nichts zu helfen vermochte. Als wesentliche Punkte, weshalb das Konzept scheitern mußte, sehen wir die verschiedenen Interpretationen der ‚Normalität' und das unterschiedliche ‚Feindverständnis' mit der darausfolgenden Praxis (d.h. vermittelnde Agitation oder provokatives Setzen antinationaler Inhalte).

Hierzu unsere Thesen, an denen wir eine theoretische Auseinandersetzung festmachen.

Die Konstituierung der ‚deutschen Volksgemeinschaft' durch den Schub der Wiedervereinigung basiert unserer Meinung nach auf dem nationalen Grundkonsens „Wir sind ein Volk" und dem gleichzeitigen „Stolz, einE DeutscheR zu sein". Die stabilisierende Sozialpartnerschaft hat das gemeinsame Interesse an deutscher Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt gefestigt. Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung der für die kapitalistischen Erfordernisse sogenannten ‚unwerten Existenzen' haben in Deutschland Massenbasis. Allgemein ist von einer Faschisierung des Bewußtseins in großen Teilen der Bevölkerung auszugehen.

Für die Entwicklung von antinationalen Strategien ist es vor diesem Hintergrund notwendig, die völkische Konsensbildung auf allen Ebenen anzugreifen, die aktive

,Volkskörperbildung' der ,Bewegung für ein besseres Deutschland' (Lichterketten, Multikultifeste usw.) zu stören.

Auch die Konstruktion einer eigenen Kulturidentiät der ,ewig Beschissenen' dient über die Herstellung eines ,Wir-Gefühls' der VerliererInnen dem völkischen Konsens. Die Diskussionsveranstaltung in Leipzig ist ein bezeichnendes Beispiel, das verdeutlicht, wie die immer wieder hervorgekehrte ,Betroffenheitsdiskussion' darauf abzielt, eine Auseinandersetzung über politische Strategien zu verhindern. Indem die eigene konstruierte Kulturidentität in den Vordergrund geschoben wird und sich die übrige Diskussionsrunde darauf einläßt, wird lediglich um ein Verstehen und eine Akzeptanz der eigenen Betroffenheit geworben.

Das in dieser Hinsicht aufschlußreiche Heul- und Flennpapier *(jenes, das die Gruppe in Leipzig vortrug, die Red.)* der Gruppe ,Druck' aus Leipzig führt uns dies anschaulich vor. Nachdem in dem Papier festgestellt wurde, daß die ,Ossis' eine andere Geschichte als die BRD gehabt hatten und nach der Bejammerung der nichtgleichberechtigt verlaufenen Wiedervereinigung sich jetzt erst mal ihrer selbst bewußt werden müßten, wird geschlußfolgert, daß es zu vermuten sei, „daß eine Ostfaschoorganisation ganz anders einzuschätzen ist, als eine, die in den BRD-Verhältnissen gewachsen ist. D.h. aber nicht, daß sie für uns nicht genauso gefährlich ist... Die Gegenaktionen und deren Wirkungen könnten sich schon grundlegend unterscheiden, von denen in den alten Bundesländern". Was unter Gegenaktionen und Wirkungen zu verstehen ist, wird in dem Papier anschließend als ein Neuaufguß sozialarbeiterischer, täterInnenentlastender Konzepte beschrieben, mit Kulturangeboten, Fun und Zukunftsvisionen, und dem Gebrauchtwerden...Vergessen wird in dieser Aufzählung der ,Druck'-Menschen die Forderung nach gemeinschaftlichen Buddelkisten für Antifas und Faschos, um sozusagen die alten gemeinsamen Kinderpsychosen mit einer Sandtherapie zu beheben.

Unsere Kritik richtet sich an dieser Stelle an alle, die sich auf das ,Druck'-Papier eingelassen und trotz der Einforderung einer theoretischen Diskussion zum Thema Nation und Nationalismus die Betroffenheitsschiene mitgetragen haben. Mit dem Argument, nicht als ,Besserwessis' dastehen zu wollen (als ob es eine einheitliche Position der aus dem Westen angereisten gäbe!), wurde eine kontroverse Auseinandersetzung umgangen und stattdessen Verständnis für die besondere Situation der Ex-DDRlerInnen eingefordert. Dieses war ein Versuch zur Herstellung eines ,Wir-Gefühls' **einer** deutschen Linken. Wenn keine Gemeinsamkeiten in der politischen Einschätzung Deutschlands und einer Diskussionsbereitschaft darüber vorhanden sind, kann eine Gemeinsamkeit in diesem Falle nur in ,etwas allgemeinerem, übergeordnetem' gesucht werden, welches in dem Thema: Deutsche linke Kulturidentität gefunden wurde.

Eine identitätsstiftende Zusammenführung von Ost- und Westlinken ist letztlich ein Sich-Einlassen auf nationale Grundmuster. Die Konstituierung einer ,wiedervereinigten Linken' ist zu dem gesellschaftlichen Zustand spiegelbildlich und nicht etwa ein Angriff auf Faschisierungstendenzen.

Der Ablauf der Tour hat uns gezeigt, daß es erhebliche Defizite in der theoretischen Auseinandersetzung um Nation und Nationalismus gibt. Unseres Erachtens geht es heute darum, eine Politik gegen den nationalen Konsens in diesem Land in Theorie und Praxis zu entwickeln. Die ,Provokation der Normalität' muß sich hier und heute gegen den Großteil der deutschen Bevölkerung richten, die durch ihr Verhalten die aktuelle Entwicklung Deutschlands bezüglich Rassismus, Geschichtsrevisionismus, Militarisierung etc. fordert, befördert und durch Weggucken begünstigt. Die deutsche Bevölkerung ist aktiver Teil des stattfindenden gesellschaftlichen Prozesses und muß deshalb bekämpft werden.

Nie wieder Deutschland!

Die süßen Dogmatikerinnen,
der mackerInnenhafte Anhang und AB negativ

Die nächste und somit siebte Ausgabe der 17°C erscheint voraussichtlich im Dezember. Geplant sind unter anderem ein Beitrag zum Thema „Staatlicher Antifaschismus in der DDR", die Fortsetzung der Berichterstattung über die Linke in der ehemaligen Sowjetunion und der Beginn einer mehrteiligen, umfangreichen Serie über die Geschichte der autonomen Bewegung. Ferner werden wir mehrere Reaktionen auf und Außeinandersetzungen mit dem „Lebenswelt"-Zyklus Günther Jacobs veröffentlichen. Über Zusendungen, Massenbestellungen, Abowünsche, Artikel sowie über Spenden ab ca. 1 Million DM freuen wir uns. Redaktions-, Anzeigenschluß und Kontonummer sind dem Impressum zu entnehmen.

ABOS

kosten DM 25 und gelten für 4 Ausgaben inklusive Porto. Sie verlängern sich nicht automatisch. Bezahlung bitte bar, per Scheck, Briefmarken oder Überweisung (Bankverbindung siehe Impressum, bitte deutliche Absenderangabe). Bitte Coupon kopieren und komplett ausgefüllt absenden an die Redaktionsadresse.

NAME/VORNAME

STRASSE/HAUSNUMMER

PLZ/ORT

Bitte schickt mir die 17°C ab Nr. ....

DM 25 liegen bar ❑ als Scheck ❑
in Briefmarken ❑ bei/wurden überwiesen ❑

Inhalt:

